Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt:

Dr. Hermann Rauschning
In memoriam John Fitzgerald Kennedy

Karl Graf von Westphalen
Sind Wege zur Wiedervereinigung in Sicht?

Prof. D. Josef L. Hromádka
Zur Arbeit der Prager „Christlichen Friedenskonferenz"

Heinz Abosch
De Gaulle und die Folgen

2,50 DM **VIII. Jahrgang** **Dezember** **12/63**

Postverlagsort Köln G 1800 E

INHALT

Chronik des Monats November 1963 S. 901
Zum Tode von Präsident John F. Kennedy S. 904

Die Lage:
Dr. Achim v. Borries
Neue Männer vor den alten Problemen S. 905

Dr. Hermann Rauschning
In memoriam John Fitzgerald Kennedy S. 914
Karl Graf von Westphalen
Sind Wege zur Wiedervereinigung in Sicht? S. 925
Prof. D. Josef L. Hromádka, Prag
Im Ringen um den Menschen und die echte Koexistenz S. 933
Pfarrer Rudolf Weckerling
Wer ist J. L. Hromádka? S. 937
Heinz Abosch
De Gaulle und die Folgen S. 940
Fenner Brockway, M. P., London
Disengagement in Südostasien S. 949
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
„Der permanente Notstand" S. 951
Dr. Elisabeth Freundlich, Wien
Reaktionen auf eine Ausstellung S. 956
Dr. jur. Ilse Staff
Bewältigung der Vergangenheit (II) S. 964

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften
DGB kein „Ordnungsfaktor"
Spenden für Kriegsgräber?
Ost-West-Handel — eine Notwendigkeit
Zur Notstands-Diskussion S. 967
Fernsehspalte
Das Fernseh-Jahr 1963 S. 973
Rudolf Rolfs
Was ich noch sagen wollte ... S. 974

Buchbesprechungen
Fortschrittliche Theologie
Strukturprobleme der Großgesellschaft
Neuerscheinungen S. 975

Dokumente zum Zeitgeschehen
UN-Resolution für ein Kernwaffenverbot im Weltraum — Aufruf zum Ostermarsch 1964 — Die „Humanistische Union" zur Strafrechtsreform — Bundesamt für Verfassungsschutz 1964: 18,8 Mill. DM — Otto Brenner gegen Notstandsgesetz — Doch Krupp-Krise? — Die Interparlamentarische Union für kernwaffenfreie Zonen S. 986

Blätter für deutsche und internationale Politik

HERAUSGEBER:
Hilde Bentele
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

VIII. Jahrgang | Dezember 1963 | Heft 12

Chronik des Monats November 1963

1. 11. — Sowjetunion. Unter der Beschuldigung der Spionage nehmen sowjetische Sicherheitsbeamte den amerikanischen Universitätsprofessor Frederick Barghoorn in Haft. Das State Department protestiert in Moskau, Präsident Kennedy fordert auf einer Pressekonferenz die Freilassung des Wissenschaftlers. — Am 16. 11. wird Barghoorn aus dem Gefängnis entlassen und als „unerwünschter Ausländer" aus der UdSSR ausgewiesen. In einem Kommunique der Sowjetregierung heißt es, die Voruntersuchung habe Beweise für eine Spionagetätigkeit ergeben, die geäußerte Besorgnis des USA-Präsidenten habe jedoch die Entscheidung der Justizorgane bewirkt.

— Südvietnam. Mit Hilfe der Armee stürzt ein „Revolutionärer Generalsrat" die Regierung. Präsident Diem und sein Bruder, der Chef des Geheimdienstes, werden während der Kämpfe erschossen. Die neue Regierung, die am 7. 11. die Anerkennung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens erhält, setzt die Verfassung außer Kraft und ruft zu verstärktem militärischen Vorgehen gegen die „Vietkong-Rebellen" im Lande auf.

— Mietgesetz. In 397 von insgesamt 565 Stadt- und Landkreisen tritt nach dem Lücke-Plan für rund 2,2 Millionen Altbauwohnungen der bisher geltende Mietstopp außer Kraft.

3. 11. — Griechenland. Die Parlamentswahlen verhelfen dem in Opposition zur Regierung stehenden „Vereinigten Zentrum" zur Mehrheit. Georgios Papandreou erhält von König Paul den Auftrag zur Kabinettsbildung und verkündet am 14. 11. eine Teilamnestie für politische Häftlinge. — Am 28. 11. deutet Papandreou die Möglichkeit vorzeitiger Neuwahlen an, falls die Kammer seinem Kabinett nicht eine feste Mehrheit biete.

4. 11. — Tschechoslowakei. Die amtliche Nachrichtenagentur veröffentlicht ein Interview des Staatspräsidenten mit einer Hamburger Illustrierten, in dem sich Novotny für die „Normalisierung der Beziehungen zur Bundesrepublik" ausspricht und Erleichterungen für die Einreise westdeutscher Besucher ankündigt. Novotny fordert von der Bundesregierung die formelle Annullierung des Münchener Abkommens von 1938.

— Algerien/Marokko. An der gemeinsamen Grenze tritt nach einer Vermittlungsaktion Äthiopiens und einiger ande-

rer afrikanischer Staaten wieder Waffenruhe ein. Entsprechend einem algerisch-marokkanischen Abkommen vom 30. 10. beginnen malinesische und äthiopische Offiziere noch am gleichen Tage mit der Markierung einer entmilitarisierten Zone in dem umstrittenen Gebiet.

6. 11. — Berlin. Erst nach zweitägiger Wartezeit kann ein US-Militärkonvoi (12 Fahrzeuge mit insgesamt 44 Mann) vom Autobahnkontrollpunkt Marienborn nach Westberlin weiterfahren. Ministerpräsident Chrustschow erklärt im Gegensatz zu amerikanischen Darstellungen, der Kommandant des Zuges habe sich schließlich den „üblichen Kontrollen" unterworfen. — Am 19. 11. fordert der demokratische Senator Pell Bemühungen der amerikanischen Regierung um einen „international garantierten Landweg nach Berlin". Als Gegenleistung sollte die USA die Regierung in Ostberlin und die Oder-Neiße-Linie anerkennen.

7 11. — Großbritannien. Premierminister Sir Douglas Home gewinnt die Nachwahlen in Kinnross (Schottland) und zieht damit ins Unterhaus ein. Der Vorsprung der Konservativen, der bei Sir Douglas Vorgänger noch 12 248 Stimmen betragen hatte, geht auf 9328 zurück.

— Verfassungsschutz. In Bonn konstituiert sich ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß, um die gegen das Bundesamt für Verfassungsschutz erhobenen Vorwürfe wegen der Verletzung des Post- und Telefongeheimnisses zu prüfen. Der Ausschuß hält in den folgenden Wochen mehrere Sitzungen ab, z. T. unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

9. 11. — Ostpolitik. Beauftragte der Bundesregierung unterzeichnen in Budapest ein langfristiges Wirtschafts- und Zahlungsabkommen, das die Einrichtung gegenseitiger Handelsvertretungen zwischen der Bundesrepublik und Ungarn regelt. — Am 15. 11. trifft Bundesvizepräsident Thomas Dehler (FDP) zu einem Besuch in Prag ein.

11. 11. — DDR. Vorschläge zur Bildung „gesamtdeutscher Kommissionen" und zur „innerdeutschen Abrüstung" wiederholt der Staatsratsvorsitzende Ulbricht in einer Rede. Westberlin müsse innerhalb der notwendigen Friedensregelung den Status einer „neutralen Freien Stadt mit garantiertem Zugang" erhalten. Ulbricht erläutert seine Ansichten Mitte November noch einmal in einem Interview mit dem „Stern".

12. 11. — Algerien. Präsident Ben Bella und der militärische Führer der Kabylei, Oberst el-Hadj, legen mit einem Abkommen ihre Meinungsverschiedenheiten bei. Darin ist neben der Entlassung politischer Gefangener die Einberufung eines Kongresses der FLN vorgesehen, zu dem Delegierte der oppositionellen „Front der sozialistischen Kräfte" (FFS) geladen werden sollen.

13. 11. — „Spiegel"-Affäre. Mit Verzögerung teilt der 3. Senat des Bundesgerichtshofes eine Entscheidung vom 31. 10. mit, mit der eine Verfassungsbeschwerde des „Spiegel"-Verlages gegen die polizeiliche Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktion vom 26. Oktober 1962 verworfen wird. — Am 18. 11. berichtet die Bonner Justizpressestelle, das Landgericht habe die Aufhebung der Immunität des früheren Verteidigungsministers beantragt, um gegen Strauß im Zusammenhang mit der Verhaftung des Redakteurs Ahlers in Spanien ermitteln zu können.

15. 11. — Abrüstung. Der politische Ausschuß der UN-Vollversammlung empfiehlt der Genfer 18-Mächte-Konferenz, die weiteren Beratungen unter „besonderer Berücksichtigung von Schritten zur internationalen Spannungsminderung" zu führen. Der Wiederbeginn der Konferenz wird auf den 21. Januar 1964 festgesetzt.

— Argentinien. Das Wirtschaftsministerium annulliert die Erdölkontrakte mit amerikanischen, britisch-niederländischen, belgischen und italienischen Firmen und überträgt die ausländischen Förderungsanlagen einem staatlichen Unternehmen. Das Ministerium bezeichnet die neuen Gesetze als einen „Akt der Wiedergewinnung unrechtmäßig veräußerten Nationaleigentums".

18. 11. — Irak. Im Verlauf von mehrtägigen Unruhen übernimmt Präsident Marschall Aref die Regierungsgewalt. Zu den ersten Maßnahmen gehört die Auflösung der von der Baath-Partei unterhaltenen Nationalgarde, der Terrorakte und politische Morde zur Last gelegt werden.

— Ost-West-Handel. Auf einer Sondersitzung des NATO-Rates drängt der amerikanische Unterstaatssekretär George Ball auf die „straffe Koordinierung der

westlichen Handelspolitik gegenüber dem Osten". Eine Einigung über dieses Thema wird nicht erzielt. Großbritannien behält sich das Recht vor, Kredite für Ostexporte nach eigenen Bedingungen zu gewähren. — Am 29. 11. erklärt ein Mitglied der sowjetischen Handelsvertretung in Washington, die Verhandlungen über Weizenkäufe mit den USA seien „vorläufig unterbrochen". Die amerikanische Regierung hatte gefordert, die Hälfte des verkauften Getreides müsse von US-Schiffen zu Frachtraten in bestimmter Höhe befördert werden.

19. 11. — K e r n w a f f e n. Ein von 11 Staaten eingebrachter Antrag zur Frage einer kernwaffenfreien Zone in Lateinamerika passiert mit 89 Stimmen die UN-Vollversammlung. Die Delegationen des Ostens enthalten sich, mit Ausnahme Rumäniens, zusammen mit den Vertretern Kubas und einiger anderer Staaten der Stimme. Der kubanische Vertreter hatte in der Debatte erklärt, einer „Entatomisierung" der westlichen Hemisphäre könne sein Land nur nach Einbeziehung der amerikanischen Stützpunkte in Panama, Puerto Rico und Guantanamo zustimmen.

21.—22. 11. — D G B. Der Außerordentliche Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes verabschiedet in Düsseldorf ein neues Grundsatzprogramm, das unter anderem eine „volkswirtschaftliche Rahmenplanung" und die „Ausweitung des Gemeineigentums" befürwortet. Bei der Formulierung verschiedener Programmpunkte kommt es zu heftigen Debatten (vgl. den Beitrag von Dr. Arno Klönne in „Anmerkungen, Glossen, Zuschriften").

22. 11. — U S A. Präsident John Fitzgerald Kennedy fällt in Dallas (Texas) einem Mordanschlag zum Opfer. Der Gouverneur des Staates, John Connally, wird schwer verwundet. Wenige Stunden später leistet Vizepräsident Johnson den Amtseid auf die Verfassung. Am gleichen Tage nimmt die Polizei den 24jährigen Lee Harvey Oswald fest und beschuldigt ihn des Mordes. — Am 24. 11. wird der mutmaßliche Attentäter im Gefängnishof von Dallas vor den Augen der Polizei und verschiedener Fotografen von Jack Ruby, dem Besitzer eines Nachtlokals, erschossen. Die örtlichen Justizbehörden erklären danach den „Fall Oswald" für abgeschlossen. — Nach den Beileidsfeierlichkeiten in Washington am 25. 11. führt Präsident Johnson im Weißen Haus erste Gespräche mit Staatspräsident de Gaulle, Bundeskanzler Erhard, dem sowjetischen Vizepremier Mikojan und anderen Regierungsvertretern. — Am 27. 11. versichert der neue Präsident vor dem Kongreß, er werde die bisherige Außenpolitik fortsetzen und die Verabschiedung der Bürgerrechtsvorlage beschleunigen. — Am 29. 11. beauftragt das Weiße Haus eine Sonderkommission mit der Untersuchung der Vorgänge in Dallas.

23. 11. — I t a l i e n. Die vier Parteien einer künftigen „Koalition des linken Zentrums" (Christliche Demokraten, Republikaner, Sozialdemokraten und Sozialisten) einigen sich „grundsätzlich" auf ein gemeinsames Regierungsprogramm.

24. 11. — K a m b o d s c h a. In gleichlautenden Noten an die Präsidenten der Genfer Indochina-Konferenz von 1954 fordert die Regierung die Einberufung einer „internationalen Konferenz zur Garantierung der Neutralität Kambodschas". — Am 12. 11. hatte Staatschef Sihanouk den Verzicht seines Landes auf weitere amerikanische Wirtschafts- und Militärhilfe bekanntgegeben und die Vereinigten Staaten der Unterstützung „umstürzlerischer Kräfte" beschuldigt. Kambodscha sei jedoch bereit, die Hilfe Frankreichs und der Volksrepublik China anzunehmen.

26. 11. — G i p f e l t r e f f e n. US-Senator Fulbright regt eine baldige Zusammenkunft zwischen Präsident Johnson und Ministerpräsident Chrustschow an.

27. 11. — N o t s t a n d. Das Bundeskabinett genehmigt einen Gesetzentwurf des Innenministers über die Aufstellung eines „Zivilschutzkorps" in Stärke von 200 000 Mann. Das Korps soll aus „ungedienten Wehrpflichtigen" bestehen.

29.—30. 11. — B u n d e s h a u s h a l t. Im Zeichen einer „angespannten Etatlage" suchen Abgeordnete der Koalitionsparteien mit den zuständigen Bundesministern nach Wegen zur Verbesserung der Kriegsopferversorgung, ohne das Haushaltsvolumen erhöhen und wesentliche Abstriche an anderen Positionen vornehmen zu müssen. Die Interessenverbände der Kriegshinterbliebenen bereiten zur Durchsetzung ihrer Forderungen für Anfang Dezember einen „Marsch nach Bonn" vor.

Zum Tode von Präsident John F. Kennedy

Die weltweite tiefe Erschütterung, die dem gewaltsamen Tod von Präsident Kennedy unmittelbar folgte, zeigt den Umfang der Hoffnungen und der Gefühle des Vertrauens, die sein Wirken in den Völkern lebendig gemacht hat. Sein Amt begann in einer von Mißtrauen verhärteten, dem Rüstungswahn ergebenen und jeglicher politischen Dynamik entbehrenden Weltsituation des Unfriedens. Kennedy sprach aus, es sei „ein gefährlicher defaitistischer Glaube, daß der Frieden nicht zu verwirklichen" ist. Er wußte, wie wenig der Frieden mit Schwäche zu tun hat. „Ich spreche vom Frieden als dem zwangsläufig vernünftigen Ziel vernünftiger Menschen". In der von seinem Vorgänger Eisenhower vorbereiteten und von ihm sodann verantworteten Kuba-Aktion, die zu der Oktoberkrise 1962, der wohl gravierendsten nach 1945, führte, stellte er den Menschen, das Leben, den Frieden vor die Anwendung der atomaren Gewalt, vor das falsche Heldentum sicherer Selbstvernichtung und vor kontinentales Dogmendenken. Seither vertrat er bewußt und zielstrebig, freimütig und wahrhaftig, in den Denknormen unseres Zeitalters und der Zukunft zugewandt die von ihm erarbeitete „Strategie des Friedens". Die objektive Wertung der gesellschaftlichen, ideologischen und machtpolitischen Gegebenheiten erschien ihm hierbei als eine geradezu selbstverständliche Voraussetzung. Er verleugnete nie seinen Standpunkt; er verlangte nie vom Gegner eine unzumutbare Selbstaufgabe. Er wollte, daß man ihm vertraute, und er gab Vertrauen. In seiner kritischen und dynamischen Art arbeitete er dafür, die Sicherung des Friedens nicht von persönlichen Entscheidungen, die zu treffen er stets bereit war, abhängig zu machen, sondern durch Verträge zwischen Ost und West zu gewährleisten. In seiner Inaugurationsansprache am 20. 1. 1961 hatte er gesagt: „Laßt uns niemals aus Furcht heraus verhandeln, aber laßt uns auch niemals Verhandlungen fürchten. Laßt beide Seiten prüfen, welche Probleme uns einigen, statt auf den Problemen herumzureiten, die uns teilen". Seine Aufforderung am Beginn seiner Präsidentenschaft lautete, „daß beide Seiten von neuem mit der Suche nach dem Frieden beginnen, bevor die von der Wissenschaft entfesselten dunklen Mächte der Zerstörung die gesamte Menschheit in geplanter oder zufälliger Selbstzerstörung verschlucken". Kennedy wußte, daß die Balance des Schreckens keine dauernde Sicherheit verheißt, die Ausbreitung der Atomwaffen droht und die Rüstungslasten den Reichtum und die Hilfsmittel der Völker verschlingen. Er sah in Tyrannei, Armut, Krankheit und Krieg die gemeinsamen Feinde der Menschheit. In Ministerpräsident Chrustschow hatte er einen Gegenspieler, mit dem ihn bei aller Verschiedenheit der Anschauungen und der Struktur der beiden von ihnen repräsentierten Gesellschaften eine tiefe und realistisch ausgerichtete Verantwortung für die Erhaltung und Festigung des Friedens verband. In der Paraphierung des für unbegrenzte Dauer geschlossenen Vertrages vom 25. 7. 63 über die Einstellung der Kernwaffenversuche zeigt sich als wohl bedeutsamstes Element die Wandlung des — für die politische Erstarrung verantwortlichen — Mißtrauens in gegenseitige Achtung und gegenseitiges beginnendes Vertrauen darin, daß jeder der Partner (Art. IV) souverän das Recht zum Rücktritt hat, „sofern er entscheidet, daß außergewöhnliche Ereignisse, die im Zusammenhang mit dem Gegenstand dieses Vertrages stehen, die höchsten Interessen seines Landes gefährdet haben".

Vertrauen und Rechtlichkeit, darum ging es Kennedy auch in der inneren Auseinandersetzung in den USA, der er sich mutig stellte, und die für ihn so jäh und unheilvoll endete. Kennedys Gegner waren die egoistischen Befürworter der Rassendiskriminierung und die Gegner der Entspannung. Einer von ihnen,

ein rechtsstehender ehemaliger General der USA-Armee, Edwin Al. Walker, hat jetzt in einem Zeitungsinterview geäußert, daß „der Tod Kennedys nicht überraschend kam, wie es jetzt dargestellt wird", denn es hätte sich, „genügend Zündstoff" angesammelt. Es erhebt sich die Frage, wer ihn zusammentrug! Doch welche Hintergründe immer es geben mag, sie dürfen kein Anlaß zu dunklen und spekulativen Machenschaften sein. Für den toten Präsidenten gilt, was beim Tode Dag Hammarskjölds eben dieser Präsident in der UNO sagte, daß es nicht auf das sterbliche Leben dieses Mannes ankomme, sondern darauf, daß Werk, Gedanken und Ideale des großen Dahingegangenen lebendig bleiben und verwirklicht werden. Der neue Präsident Lyndon B. Johnson hat inzwischen seinen Willen bekundet, die Politik Kennedys weiter zu führen. Aber niemand wird bei nüchterner Überlegung daran vorbeigehen können, daß für den neuen Mann sich nach innen und außen veränderte Gegebenheiten, wenn nicht gar Erschwernisse finden. Nichts aber wäre weniger am Platz, als nun sich irgendwo in der Welt von einem Gefühl der Entmutigung leiten zu lassen. Die geistige und politische Auseinandersetzung ist für die Sicherung des Friedens jetzt mehr denn je notwendig, damit nicht eines Tages „genügend Zündstoff" sich ansammelt, aus dessen emotionsgeladenem Aufblitzen der Untergang der Menschheit droht. „Wenn wir unsere Sicherheit restlos gewährleistet sehen wollen", dieses Wort von Präsident John F. Kennedy sei für uns ein großes und unabdingbares Vermächtnis, „bedürfen wir einer weit besseren Waffe als der Wasserstoffbombe, einer besseren Waffe als der Raketen und der Atom-U-Boote. Jene bessere Waffe ist eine friedliche Zusammenarbeit".

Die Herausgeber

Die Lage

Dr. Achim von Borries

Neue Männer vor den alten Problemen

I.

Die Welt ist am 22. November 1963 nicht nur Zeuge einer beinahe beispiellosen individuellen politischen (und menschlichen) Tragödie geworden, sie hat mit dieser eine besonders bewegende Szene eines geschichtlichen Dramas erlebt, dessen über ihr eigenes Schicksal mitentscheidender Ausgang noch durchaus ungewiß ist. Eine solche Betrachtung des Mordes an John F. Kennedy erscheint uns nicht nur statthaft, sondern geboten. Denn es wäre leichtfertig und damit gefährlich, nur das Irrationale dieses Verbrechens selbst, nicht aber die Zusammenhänge zu sehen, in die es sich einordnet und auf die es die ganze Welt, wie kaum ein Ereignis vorher, aufmerksam macht.

Die Ermordung des Präsidenten Kennedy war eine „amerikanische Tragödie" von weltpolitischer Bedeutung. Mag der Anschlag selbst buchstäblich „aus heite-

rem Himmel" gekommen sein und gerade darum ein so jähes Erschrecken ausgelöst haben — der Boden für eine solche Tat war doch längst bereitet. Ein nicht unbeträchtlicher und vor allem einflußreicher Teil seiner Landsleute hatte das Urteil über John F. Kennedy längst gesprochen. Und wer immer es nun gewesen ist, der sich, gedungen oder aus ganz persönlichen Antrieben, zu seinem Vollstrecker gemacht hat — ob der Präsident nun einem verirrten Einzelgänger oder einem Komplott zum Opfer gefallen ist — ob nun ein unmittelbarer konspirativer Zusammenhang zwischen dem Mord und der heftigen inneramerikanischen Opposition gegen Kennedy besteht bzw. sich nachweisen läßt: eine politisch-psychologische Beziehung zwischen diesem Widerstand gegen die politische Konzeption Kennedys und dem Verbrechen ist unzweifelhaft gegeben.

Den Hintergrund dieser Untat erhellt ein Bericht des Amerika-Korrespondenten der Zürcher „Tat", der wenige Wochen vor der Ermordung Kennedys erschien. Er spricht von der weiten Verbreitung und offenbar wachsenden Macht eines dumpfen Konservatismus, von einer tiefgreifenden Angst vor der Geschichte, er läßt ein verzweifeltes Sichklammern an gesellschaftlich-politische Gegebenheiten und Vorstellungen einer vergangenen oder doch unwiderruflich vergehenden Epoche erkennen. Der Verfasser spricht von einer ständig zunehmenden Haß- und Terror-Kampagne der Ultra-Rechten und sagt u. a.:

> „Angesichts der Neger-Revolution halten sie den Süden des Landes für ein natürliches Agitationsfeld, aber auch besonders in Texas und Süd-Kalifornien sind sie äußerst aktiv. Es gibt Kleinstädte nicht nur im Süden, sondern auch im Westen und Mittelwesten, die sie durch unsichtbaren Terror so gut wie beherrschen ... Es besteht kein Zweifel daran, daß in den letzten Jahren der rechte politische Flügel Amerikas auf Kosten der breiten Mitte gestärkt worden ist. Sichtbares Zeichen hierfür ist der Siegeszug des Senators Goldwater durch die republikanischen Reihen, die in ihrer großen Masse während der Eisenhower-Nixon-Epoche leicht rechts vom Zentrum standen und nun in die totale Opposition um jeden Preis abrutschen. Goldwater ist nur ein Symbol dieser Massen, die aus den verschiedensten Gründen die heutige Welt und vor allem die großen Verantwortungen, die die Vereinigten Staaten in dieser Welt zu tragen haben, nicht leiden können. Während sie nur im allgemeinen im Negativen einig sind, wie Anti-Kommunismus, Anti-Rassengleichheit, Anti-Wohlfahrtsstaat, Anti-Vereinte Nationen, Anti-Auslandshilfe, Anti-Entspannung, Anti-Atomteststop — ist in ihnen allen eine gemeinsame Sehnsucht verkörpert: ‚Zurück zur Normalität' ... Sehr groß ist die Zahl derer, die, jahrelang von den Parolen des Kalten Krieges gefüttert, in den jetzigen Entspannungsversuchen Washingtons ein Zeichen der Schwäche sehen, die angesichts des ständigen Goldabflusses Beendigung jeder Auslandshilfe fordern; die angesichts der Erstarkung Europas und ‚den vielen Schwierigkeiten, die Amerikas Verbündete machen', das Heil Amerikas in neuer Isolierung suchen. Vielleicht schwingt das Pendel gar nicht so stark aus, wie es den Anschein hat, aber die Propagandatrommeln hämmern laut. Diese Propaganda ist gut geölt —, und zwar zum guten Teil im wahren Sinne des Wortes, denn es sind viele Petroleum-Millionen, die die Agitatoren finanzieren. Wenn Geld wahlberechtigt wäre, so würde Senator Goldwater unschlagbar sein." (Die Tat v. 3. 11. 63.)

Die gesellschaftlich-politische Szenerie, in deren Rahmen der Mord an Kennedy gehört, ist bestimmt durch die ungelösten inneren Probleme der USA, vor allem die Neger-Frage, das Problem der Überproduktion einerseits, der Arbeitslosigkeit andererseits, mehr und mehr verschärft durch die zunehmende Automation in der Industrie, denkbar schwerwiegende S t r u k t u r probleme, denen nicht minder gewichtige außenpolitische Probleme wie das der Koexistenz mit dem Kommunismus, das Problem Latein-Amerika, das Problem der Entwicklungshilfe, um nur die wichtigsten zu nennen, entsprechen.

John F. Kennedy zeichnete sich gewiß nicht durch die tiefste theoretische

Erkenntnis dieser Probleme, wohl aber, als verantwortlicher Staatsmann, durch ein umfassendes und klares Wissen um sie, vor allem aber durch den entschiedenen Willen aus, mit Beharrlichkeit und Konsequenz auf eine geschichtlich sinnvolle Lösung der Probleme hinzuarbeiten. Er war, was sich keineswegs von selbst versteht, der geschichtliche Glücksfall eines Präsidenten „auf der Höhe der Zeit": Ein Präsident des bewußten, geplanten geschichtlichen Überganges, ein Präsident für das Morgen. Darauf beruht seine Größe, damit exponierte er sich aber auch im eigenen Lande außerordentlich. Nicht als ob er völlig aus dem amerikanischen Rahmen gefallen wäre. Aber seine Herkunft und sein Habitus, die intellektuelle Weltläufigkeit und politische Weltoffenheit entsprachen nicht gerade dem, was man in Amerika als „typisch amerikanisch" versteht. Kennedys politischer Intellektualismus blieb einem guten Teil seiner Landsleute fremd, er erschien ihnen, nicht zuletzt dank einer heftigen Agitation, „unheimlich", verdächtig. Dieser Präsident war sich darüber im klaren, daß die von so vielen Amerikanern zurückersehnte „Normalität" nicht mehr möglich, ihre bewußte Überwindung geschichtlich unumgänglich ist. Wie weit seine eigenen Konzeptionen der Größe der ungelösten Probleme wirklich hätten gerecht werden können, das muß hier offen bleiben. Aber unzweifelhaft bestimmte in den nicht einmal drei Jahren seiner Amtszeit eine ungewöhnliche Einsicht in das Notwendige die amerikanische Politik, Einsicht, die sich mit beträchtlicher Tatkraft verband. Dabei konnte Kennedy sich des Einverständnisses, ja einer gewissen enthusiastischen Zustimmung der besten Kräfte seiner Nation, vor allem der jüngeren Generation, sicher wissen. Mächtige Impulse sind von diesem Präsidenten ausgegangen, auch weit über die Vereinigten Staaten hinaus. Gerade wenn man sich die ungeheure Größe der ungelösten strukturellen Probleme der USA und die Macht der konservativen Gegenkräfte gegen den Reformismus Kennedys vergegenwärtigt, sich also auch keinerlei Illusionen über seine Möglichkeiten macht, wird man sich auch über die Bedeutung dieses Ansatzes (denn mehr war es noch nicht) klar werden.

Die Ermordung Kennedys hat die Welt wieder einmal daran erinnert, daß die Vereinigten Staaten, weltpolitisch die Führungsmacht des Westens, ein von innen her zutiefst gefährdetes Land sind, bedroht durch tiefe innere Widersprüche und Spannungen, voll offener und latenter innerer Konflikte. Angesichts der internationalen Rolle der USA hat der Ausgang des inneramerikanischen Kampfes um ein wirklich zeitgemäßes Amerika heute eine entscheidende Bedeutung für die ganze Welt. Man könnte hinsichtlich Kennedys wiederholen, was Thomas Mann über den Präsidenten Roosevelt nach dessen Tod an einen Bekannten geschrieben hat: „Er hatte sein Land über dessen Niveau gehoben" — und man möchte wünschen, daß im Falle Kennedys nicht der Nachsatz ebenfalls wahr wird: „Und es legt eine gewisse Eile an den Tag, auf das alte zurückzusinken." (Thomas Mann, Briefe 1937—1947, Frankfurt am Main 1963, S. 426)

Ganz besonders heftig war in den letzten Monaten die Polemik gegen die Entspannungs-Politik Kennedys. Als einer ihrer extremsten Wortführer erklärte Senator Goldwater in einem Interview mit der Hamburger „Welt am Sonntag" am 3. November, Präsident Kennedy und seine Regierung seien für den Bau der Berliner Mauer verantwortlich:"

> „Der Bau der Berliner Mauer und die gegenwärtigen Spannungen in Berlin sind direkt der schwachen Außenpolitik der Regierung Kennedy und ihren fortgesetzten Konzessionen gegenüber den Kommunisten zuzuschreiben."

Goldwater forderte seinerseits eine radikale antisowjetische Politik, mit massiven militärischen Pressionen und wirtschaftlichen Sanktionen. Immer wieder ist der ermordete Präsident als „zu nachgiebig", ja teilweise gar als eine Art Verräter an der Sache des Westens denunziert worden. Der Haß galt seinem

weltpolitischen Realismus. (Vgl. dazu den Aufsatz von Dr. Hermann Rauschning in diesem Heft.) Kennedys „Friedensstrategie" beruhte gewiß weniger auf rein idealistischen Motiven als vielmehr auf der Einsicht in die Zwangsläufigkeiten und Notwendigkeiten der Weltpolitik im Zeitalter der atomaren Vernichtungswaffen und des im wesentlichen nicht mehr veränderbaren Gleichgewichts der Kräfte zwischen den beiden Machtblöcken. Entscheidend war aber gerade, daß er daraus in einem umfassenden Sinne die Konsequenzen zog und das weltpolitische Selbstverständnis der USA neu zu formulieren begann. Seine Politik trug durchaus persönliche Züge, aber nicht im Sinne subjektiver Willkür, bloßen Eigensinnes, sondern sie ließ eine starke Persönlichkeit, einen offenbar wirklich konstruktiven, vielleicht hätte man eines Tages sagen dürfen schöpferischen Politiker erkennen.

Der Tod dieses Präsidenten hat darum zunächst einmal weltpolitisch eine neue Unsicherheit, zumindest psychologischer Art, „geschaffen", weil die Politik Kennedys noch keineswegs völlig selbstverständlich geworden, noch keineswegs sich schon völlig durchgesetzt hatte, weder in den USA selbst, noch innerhalb des westlichen Bündnisses. Kennedy stand erst am Anfang seines Weges, als ein Bahnbrecher, der nun schon nach einer kurzen Strecke sein Leben hat lassen müssen. Zu dem unverwechselbar persönlichen Moment der Kennedy'schen Politik gehörte vor allem der unmittelbare Kontakt zu Chrustschow, dessen Bedeutung für die Sicherung des Weltfriedens fraglos außerordentlich war. Das grundsätzliche Einverständnis dieser beiden mächtigsten Männer der Welt in den entscheidenden Fragen ließ eine weitere günstige Entwicklung der Entspannungsgespräche über das Atomteststop-Abkommen hinaus erwarten oder schien sie doch möglich zu machen. Der Ausfall Kennedys bedeutet nun zumindest, daß eine längere Zeit vergehen wird, bis der neue Präsident Johnson außenpolitisch voll aktionsfähig sein wird (und im Hinblick auf die Präsidentenwahlen Ende 1964 wird dieses Interim wahrscheinlich beträchtlich lange dauern). Und auch dann ist noch ungewiß, w i e er die Politik seines Vorgängers fortsetzen will und kann und schließlich, ob er ein ähnlich vertrauensvolles Verhältnis zu Chrustschow findet wie Kennedy.

Zu befürchten ist unter diesen Umständen zunächst weniger eine offene Abkehr von der Außenpolitik Kennedys, als vielmehr eine erhebliche Verlangsamung der Bemühungen um einen weltpolitischen Ausgleich mit der Sowjetunion, ein Zögern, ja vorübergehendes Innehalten auf diesem Wege, das den Gegenkräften Auftrieb geben kann, sie neuen Mut schöpfen läßt. Daß diese Gegenkräfte, in den USA selbst und im ganzen westlichen Lager, nicht zögern werden, jetzt aus der neuen Situation das für sie günstigste herauszuholen, ist gewiß.

Unter den zahlreichen Kommentaren zu der Bluttat von Dallas erscheinen uns zwei in der britischen Presse erschienene besonders bemerkenswert. Beide warnen im gleichen Sinne vor falschen Schlußfolgerungen und Reaktionen, die sich verhängnisvoll auswirken würden. Der „Daily Herald" schrieb am 25. November:

> „Es gibt keinen Zweifel an der aufrichtigen Trauer Chrustschows über die Ermordung Mr. Kennedys. Diese beiden Männer — die beiden mächtigsten Männer in der Welt — kamen zu der Einsicht, daß Amerika und Rußland, bei all ihrer Rivalität, zusammenarbeiten mußten für den Frieden. Anders konnte es für keine der beiden Nationen oder für die Menschheit Hoffnung geben. Doch Kennedy und Chrustschow mußten beide jeden kleinen Schritt des Weges erkämpfen, um die Extremisten der Alten Garde in ihren Ländern davon zu überzeugen, daß Koexistenz erforderlich sein könnte. Sowohl in Amerika und in der kommunistischen Welt gibt es mächtige Kräfte, die glauben, daß die beiden Systeme niemals versöhnt werden könnten. Schon sagt man uns dort, es müsse jetzt eine Pause ein-

treten in dem Kampf um wesentliche Übereinstimmungen zwischen Ost und West. Aber die Welt kann sich eine lange Pause in dem Bemühen um ein besseres Verstehen nicht leisten. Die Uhr könnte allzu leicht zurückgestellt werden auf den Kalten Krieg. Obwohl die amerikanischen Behörden sofort jede auswärtige Verbindung des Präsidentenmörders bestritten haben, könnte es eine Welle antiroter Gefühle geben, weil der vermeintliche Mörder als ein Kommunist beschrieben wurde."

Und die Londoner „Financial Times":

„Und doch besteht eine echte Gefahr, daß die zwar begrenzte, aber reale Verbesserung der Beziehungen, die seit der kubanischen Krise erreicht worden ist, nun zum Stillstand kommt ... Die Hauptgefahr in dieser Situation ist, daß man die Dinge einfach treiben läßt."

Die Grundauffassung des ermordeten Präsidenten selbst aber läßt sich kaum knapper und klarer ausdrücken als mit den Worten des Vorsitzenden der Außenpolitischen Kommission des Amerikanischen Senates, Senator Fulbright, der wenige Tage vor dem Tode Kennedys anläßlich der Diskussion über die umstrittenen Weizenlieferungen an die Sowjetunion vor der Bankkommission des Senates erklärte:

„Die Frage, vor der wir stehen, ist, ob wir die Sowjetunion für alle Zeiten und in jedem Betracht als unbeugsamen Feind betrachten oder ob wir in ihr einen mächtigen und gefährlichen Gegner sehen sollen, den wir auf verschiedene Weisen beeinflussen können, um ihn zu einer Preisgabe seiner aggressiven Pläne zu bringen." (NZZ v. 23. 11. 63)

II.

Zu den radikalsten Gegnern des Kennedy-Kurses außerhalb der USA haben in den vergangenen Monaten gewisse Bonner Kreise gehört. Die „harte Gruppe" innerhalb der CDU/CSU, der der vorsichtige außenpolitische Pragmatismus des in Anlehnung an Kennedy operierenden Außenministers Schröder bereits viel zu weit ging, machte gerade in den Wochen vor der Ermordung Kennedys kein Hehl daraus, daß sie alle Hoffnungen auf einen Wahlsieg des rechtsrepublikanischen Präsidentschaftskandidaten 1964, Senator Goldwater, setzt. Ja, diese Kreise scheuten sich auch nicht, bereits jetzt unmittelbar in den bevorstehenden amerikanischen Wahlkampf einzugreifen und Kennedys Position systematisch zu unterminieren. Zugleich begann eine lebhafte Werbung für Goldwater, etwa durch das schon erwähnte Interview mit der „Welt am Sonntag". Seine Wahlaussichten wurden als außerordentlich günstig dargestellt. Man könnte sagen: Goldwater wurde uns als eine Art weltpolitische „Geheimwaffe" empfohlen, als der Mann, unter dessen Ägide wir endlich „antreten" würden, um den „gordischen Knoten" der Probleme Kommunismus, Mauer, Wiedervereinigung etc. mit einem Schlage zu durchhauen ... Die Deutschen müßten eben nur noch eineinhalb Jahre Geduld haben, eineinhalb Jahre „ausharren", Konzessionen an die Sowjetunion verhindern, dann werde ein neuer Präsident in Amerika zurückkehren zu dem angeblich den deutschen Interessen am meisten dienenden harten Kurs gegen den Kommunismus ... Also: „Warten auf Goldwater" — dann ist der schon verloren geglaubte, von Kennedy und seinesgleichen angeblich verspielte „Endsieg" über den Kommunismus doch wieder nahe ...

In den Rahmen dieser Agitation gehören auch die immer wieder aufgewärmten Gerüchte über einen amerikanischen Truppenabzug aus Europa. Die Kennedy-Regierung sollte als ein eben doch nicht ganz zuverlässiger Verbündeter abgestempelt und daraus der Anspruch auf eine autonome oder doch weitgehend autonome „europäische", in Wirklichkeit deutsch-französische Atommacht abge-

leitet werden. Der frühere Bundeskanzler Adenauer warf kurz nach seinem Rücktritt in einem aufsehenerregenden Interview mit der amerikanischen Journalistin Marguerite Higgins Kennedy vor, er habe am 13. August 1961 versagt und sei für den Bau der Mauer mitverantwortlich. Der Deutschland-Redaktor der Zürcher „Tat" berichtete am 4. November aus Bonn, man sehe in Kreisen der CDU darin einen Rückenschuß gegen Erhard und Schröder als Anhänger einer „Bewegungsstrategie" innerhalb der CDU. In dem Aufsatz, mit dem bezeichnenden Titel „Eine Internationale der Entspannungsgegner?", hieß es dann weiter:

> „Aber der Zwischenfall hat auch noch eine andere und vielleicht noch interessantere Seite. Der voraussichtliche republikanische Präsidentschaftskandidat der USA der rechtskonservative Senator Goldwater hat, wie gestern berichtet, am selben Wochenende seinerseits in Erklärungen gegenüber dem deutschen Springer-Blatt ‚Die Welt am Sonntag' mit noch viel größerem Tralala ins gleiche Horn gestoßen, die Konzessionen der Kennedy-Regierung an die Kommunisten für den Bau der Berliner Mauer verantwortlich gemacht, das Ende der Koexistenz-Politik proklamiert und ist dafür eingetreten, die deutsche Wiedervereinigung durch eine Wirtschaftsblockade des Westens gegen die Sowjetunion zu erzwingen. Es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, daß Adenauer — man erinnere sich an seine Haltung gegenüber den westlichen und deutschen Getreide- und Mehllieferungen an Moskau — die Dinge ähnlich sieht wie der Exponent der amerikanischen Rechtsopposition, die zum Großangriff gegen Kennedy rüstet. Da Goldwater auch aus seinen von Adenauer (und der Anti-Schröder-Gruppe innerhalb der CDU) geteilten Sympathien für die Europa-Politik de Gaulles keinen Hehl macht, scheint sich hier eine internationale Front der Gegner der ‚Entspannungspolitik' abzuzeichnen, die sich gegenseitig die Bälle zuwerfen."

Die „Neue Zürcher Zeitung" ließ sich am 5. November aus Bonn melden:

> „Adenauers Kritik an der amerikanischen Haltung in den Stunden und Tagen nach der Errichtung der Berliner Mauer am 13. August 1961 fällt zeitlich mit einer neuen Attacke Senator Goldwaters gegen die Außenpolitik Kennedys zusammen; und der frühere Kanzler versieht die Gegner Kennedys so mit Munition zum Wahlkampf, was die gegenwärtigen deutsch-amerikanischen Beziehungen belasten könnte. Dabei hat man auch den Eindruck, daß Adenauer, wenn er den Kennedy von 1961 kritisiert, genau so den Kennedy von 1963 meint."

Diese Anti-Kennedy-Kampagne des außenpolitisch extremen Flügels der CDU/CSU muß hier nicht nur darum ausdrücklich erwähnt werden, weil die Trauer über die Ermordung des amerikanischen Präsidenten sie in Vergessenheit hat geraten lassen. Es ist vielmehr auch zu erwarten, daß die Wortführer der alten und einer neuen „Politik der Stärke" jetzt neue Chancen wittern werden, ungeachtet der Tatsache, daß Präsident Johnson sich zu einer Fortsetzung der Politik Kennedys bekannt hat.

Schon jetzt lassen sich die relativen außenpolitischen Gegensätze in Bonn nicht mehr mit bloßen Dementis überdecken. Die „Bewegungsstrategie" des Außenministers Schröder, die offensichtlich die Zustimmung des neuen Bundeskanzlers findet, hat kürzlich zum Austausch von Handelsmissionen nun auch mit Ungarn und zu der Vorbereitung entsprechender Verhandlungen mit der CSSR geführt. Anläßlich der Fernost-Reise des Bundespräsidenten sprach sich der Außenminister außerdem für eine flexiblere Bonner Asien-Politik aus. Auch der Besuch des Bundestags-Vizepräsidenten Dr. Thomas Dehler in Prag gehört in diesen Zusammenhang. Eine gewisse Auflockerung der Bonner Ostpolitik ist unverkennbar, wenngleich sich noch nicht abschätzen läßt, ob dahinter wirklich eine Art Kennedysche Gesamtkonzeption steht oder ob es sich nur um einen fraglos nützlichen, aber angesichts der Realitäten auf lange Sicht doch unzulänglichen Pragmatismus handelt, womöglich mit gewissen Illusionen hinsichtlich einer „sanften", zunächst handelspolitischen Umklammerung der DDR verbunden.

Daß es an gefährlichen Illusionen hinsichtlich der Möglichkeiten der deutschen Ostpolitik in Bonn nach wie vor nicht mangelt, zeigt die lebhafte Osthandels-Diskussion. Auch hier ist zwischen der ausgesprochen harten Linie der Gruppe Adenauer-Strauß etc. und einer taktisch etwas beweglicheren Gruppe zu unterscheiden. Für die erstere ist der Osthandel jetzt neben einer Präsidentschaft Senator Goldwaters die zweite „Wunderwaffe", mit der doch noch der so ferngerückte, in Wahrheit ja längst unmöglich gewordene „Sieg" im Kalten Krieg soll errungen werden können. So erklärte Dr. Adenauer am 12. November auf einer CDU-Versammlung in Bonn, er habe zum erstenmal seit Jahren einen Hoffnungsschimmer, daß es gelinge „die russische Gefahr ohne Krieg zu bannen". Er sprach von den sowjetischen Versuchen, im Westen riesige Mengen Weizen zu kaufen. Dafür sei nicht eine der üblichen Mißernten, sondern die wirtschaftliche Struktur der Sowjetunion ausschlaggebend. Dr. Adenauer ging soweit, von einem Zusammenbruch der Versorgung dort zu sprechen: „Rußland wird sich nicht selber helfen können, wir sollten nur dann helfen, wenn der Russe beweist, daß er eine andere Politik einschlagen will. Ich bin der festen Überzeugung, daß es möglich sein wird, die russische Frage uns gegenüber zu lösen und dann dem russischen Volk zu helfen. Diesen Weg müßten alle freien Länder gehen" (Süddeutsche Zeitung v. 13. 11. 63). Am Tage vorher hatte der ehemalige Bundeskanzler in einem Gespräch mit zwanzig amerikanischen Geschäftsleuten, die auf der Rückreise von Moskau in Bonn Station machten, erklärt: „Die Sowjetunion sollte wie in früheren Zeiten eine belagerte Stadt ausgehungert und so zur Übergabe gezwungen werden. Das westliche Bündnis müsse nun entscheiden, ob es die Gelegenheit der Weizenkäufe durch die Sowjetunion benutzen wolle, um von den Sowjets konkrete Zugeständnisse zu erhalten." (NZZ v. 13. 11.)

Also eine neue „Politik der Stärke" — mit anderen, handelspolitischen Mitteln. Hier wird ein neuer gefährlicher Illusionismus genährt, der kaum treffender hätte widerlegt werden können als durch eine Meldung in einer Nachrichtensendung des Westdeutschen Rundfunks am Samstag dem 30. November. Es wurde dort der vorläufige Abbruch der Weizen-Verhandlungen zwischen Washington und Moskau gemeldet, der zurückzuführen ist auf die amerikanische Forderung nach Anerkennung der über dem Weltdurchschnitt liegenden Frachtrate der amerikanischen Schiffahrt. Es hieß dazu, politische Beobachter in Washington zögen aus der Tatsache, daß die Sowjets diese Verhandlungen zunächst abgebrochen hätten, den Schluß, die Weizenkrise in der Sowjetunion sei doch nicht so ernst, daß Moskau „um jeden Preis" Weizen kaufen müsse.

So unsinnig alle Spekulationen auf ein „Aushungern" der Sowjetunion, falls sie nicht erhebliche politische Konzessionen etwa in Sachen Wiedervereinigung macht, sind, kaum weniger bedenklich erscheinen die Versuche, wenigstens durch eine „harte" Kredit-Politik politische Zugeständnisse in der Deutschland-Frage zu erzwingen. In diesem Sinne hat sich kürzlich der CDU-Abgeordnete Majonica in der Politisch-Sozialen-Korrespondenz geäußert, nicht ohne zugeben zu müssen, man habe im Westen immer wieder irrtümlicherweise geglaubt, die Sowjetunion werde aus wirtschaftlichen Gründen zusammenbrechen. Nicht nur Washington, sondern auch die Bundesregierung selbst wünsche, daß Kredite im Osthandel höchstens mit einer Laufzeit bis zu fünf Jahren gewährt werden sollten. (Auf der Nato-Ratssitzung vom 18. November haben sich vor allem die Engländer scharf gegen eine solche Kredit-Begrenzung ausgesprochen.) Bundeskanzler Erhard hat in seiner Pressekonferenz vom 3. Dezember diese Auffassung wiederholt und langfristige Ostkredite ausdrücklich abgelehnt, mit der höchst problematischen politischen Begründung, eine Kreditgewährung würde der Sowjetunion in ihrer derzeitigen wirtschaftlichen Bedrängnis helfen und damit auf russischer Seite

die Verständigungsbereitschaft verringern. Nach allen Erfahrungen der letzten Jahre — und es sind wahrhaftig zahlreiche und bittere Erfahrungen — möchten wir solche Konstruktionen als wenig überzeugend bezeichnen. Sie beruhen nur einmal mehr auf einer bedenklichen Überschätzung unserer eigenen und einer gefährlichen Unterschätzung der politisch-wirtschaftlichen Position der Sowjetunion.

Es ist immer wieder davon auszugehen, daß das Deutschland-Problem für die Sowjetunion aus naheliegenden Gründen ein, ja vielleicht d a s weltpolitische Schlüsselproblem ist. Die gegenwärtige sowjetische Außenpolitik wird bestimmt einmal von einem auch in einsichtigen westlichen Kreisen heute nicht mehr angezweifelten Willen zu Entspannung und Koexistenz, zum anderen von absoluter Unnachgiebigkeit in der Deutschland-Frage. Unnachgiebigkeit jedenfalls insofern, als Moskau nicht im geringsten daran denkt, sich eine Veränderung des politischen Status quo in Europa zu seinen Ungunsten abzwingen zu lassen. Dieser Status quo — das heißt die Existenz zweier deutscher Staaten — ist vorerst jedenfalls für die Sowjets unantastbar. Bestätigt worden ist das erst kürzlich wieder anläßlich des Besuches einer Delegation der französischen Sozialisten unter der Leitung Mollets in Moskau. Der ehemalige Außenminister Pineau erklärte, daß in der Deutschland- und Berlin-Frage im Augenblick keine Konzessionen von der Sowjetunion zu erhalten seien. (FAZ v. 11. 11. 63) Zugleich betonte Guy Mollet aber auch: „Die französischen Sozialisten hätten in Moskau ein bemerkenswert guten Willen angetroffen, sie teilten den Wunsch ihrer sowjetischen Gesprächspartner nach einer gemeinsamen Aktion aller Menschen guten Willens für den Frieden". (FAZ. v. 6. 11. 63).

Das heißt also: es muß und es kann verhandelt werden, aber es wird zunächst nur auf der B a s i s des Status quo, nicht aber ü b e r diesen Status quo selbst verhandelt werden. Von dieser Einsicht war mehr und mehr auch Kennedy ausgegangen. Es ist zu fragen, welche Konsequenzen eine besonnene deutsche Außenpolitik daraus jetzt zu ziehen hat.

III.

Einer solchen realistisch-konstruktiven, weder utopistischen noch fatalistischen Bonner Außenpolitik steht vorläufig nach wie vor das anhaltende Streben der Bundesregierung nach der sogenannten „atomaren Gleichberechtigung" im Wege. Es mag unter rein militärpolitisch-strategischen Gesichtspunkten außerordentlich bedeutsam sein, ob es zu einer solchen in der Form der geplanten multinationalen Atomacht oder in der einer atomaren Kooperation mit Frankreich kommt. Rein politisch aber ist das relativ dasselbe; in beiden Fällen würde es sich um ein Danaer-Geschenk an die Bundesregierung handeln! Die Mitbestimmung über Atomwaffen kann dieser angesichts des nicht mehr veränderbaren atomaren Gleichgewichts zwischen Ost und West militärisch nichts nutzen, sie muß ihr aber politisch in jedem Falle unermeßlich schaden. Atomwaffen sind für die Deutschen heute politische Waffen — aber im negativen Sinne. In demselben Maße wie sie das Vernichtungs-Potential der Bundeswehr stärken, setzen sie Deutschland der Gefahr eines erhöhten Gegendruckes der anderen Seite aus, steigern noch die ohnehin schon besorgniserregende Exponiertheit der Bundesrepublik im Ost-West-Konflikt. Das ist eine außenpolitische Binsenwahrheit, die in diesen „Blättern" seit Jahr und Tag vertreten worden ist. Doch ist es notwendig, sie immer wieder anzuführen, solange in Bonn nicht an die Stelle des offenbar aller politischen Überlegungen baren militärpolitischen Ehrgeizes außenpolitische Vernunft getreten ist. Nicht erst die vorläufig noch ausstehende und angesichts naheliegender westlicher Bedenken vielleicht noch eine gewisse Zeit sich verzögernde

Erfüllung dieses deutschen Verlangens nach atomarer Mitbestimmung, schon das Verlangen als solches bedeutet eine schwere politische Hypothek. Verbunden mit der Ablehnung all der zahlreichen schon vorliegenden Pläne für eine militärpolitische Entspannung in Europa und der offenkundigen Nichtbereitschaft zu ernsthaften Verhandlungen über einen allseits befriedigenden Modus einer solchen, stellt es die Glaubwürdigkeit der Bonner Entspannungs-Beteuerungen nach wie vor in Frage.

Ganz unsinnig ist die Vorstellung, mit Hilfe einer solchen atomaren Mitbestimmung werde die Bundesrepublik die Sowjetunion in der Wiedervereinigungsfrage unter Druck setzen können. Diese Variante der „Politik der Stärke", die doch nur eine der vermeintlichen Stärke ist, wird scheitern wie alle früheren auch. Es kommt etwas anderes hinzu: Die deutsche Mitverantwortung für den Frieden, die ja doch wohl über dem deutschen militärpolitischen Ehrgeiz steht. Die Welt erwartet von uns einen wirksamen Beitrag zur Milderung der weltpolitischen Spannungen und sie hat ein Recht, einen solchen Beitrag gerade von dem Lande zu verlangen, das die ungeheure Kriegskatastrophe von 1939/45 ausgelöst hat und damit die Hauptverantwortung für die Folgen dieses Krieges trägt. Unsere angesichts des Geschehenen ohnehin immer unzulängliche „Wiedergutmachung" muß auch dies, das heißt ein besonderes Maß außenpolitischer Vernunft, weltpolitischen Verantwortungsbewußtseins einschließen. Eine solche Haltung sollte uns um so leichter fallen, als sie allein auch unseren unmittelbaren nationalpolitischen Interessen auf die Dauer eine gewisse Genugtuung verbürgen kann.

Wenn sich in den letzten Jahren gezeigt hat, daß sich der politische Status quo von heute durch irgendeine Machtpolitik, sei es zu Gunsten dieser, sei es zu Gunsten jener Seite nicht mehr ändern läßt, so haben die Ereignisse der letzten dreizehn Monate den Beweis erbracht, daß sich im Rahmen dieses Status quo sehr wohl verhandeln läßt, und zwar im Sinne einer Sicherung des Friedens. Für die Bundesrepublik ist das von besonderer Bedeutung. Sie mag eifervoll gegen den Status quo in Mitteleuropa polemisieren — einen politischen Effekt verspricht solche Polemik angesichts der Machtverhältnisse nicht. Je länger desto weniger kann sie vernünftige politische Überlegungen ersetzen. Solche aber müssen vom Status quo ausgehen und nach Mitteln und Wegen suchen, ihn, der nicht mehr aufgehoben werden kann, nun doch so weit wie möglich zu verbessern. Das bedeutet für Deutschland nichts anderes als eine fortschreitende Überbrückung der zunächst unabänderlichen Spaltung des Landes in zwei Staaten. Nur in dieser Form ist eine Zwischenlösung des Wiedervereinigungsproblems möglich. Die Alternative dazu lautet: Weitere Vertiefung der Spaltung, weitere Zunahme der Spannungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands, mit den entsprechenden menschlichen und politischen, womöglich weltpolitischen Folgen. Ein drittes gibt es nicht mehr. (Vgl. dazu den Aufsatz von Karl Graf von Westphalen)

Die bemerkenswerte Wiederbelebung der Diskussion um die Wiedervereinigung, die seit einiger Zeit festzustellen ist, läßt sich wohl darauf zurückführen, daß diese Einsicht langsam aber sicher um sich greift. Es wird heute in der Bundesrepublik über die Wiedervereinigung weniger allgemein, weniger nichtssagend-schwülstig, weniger ins Blaue hinein geredet, dafür aber konkreter über bestimmte Möglichkeiten einer Wiederannäherung der beiden deutschen Staaten gesprochen. Die meisten Vorschläge mögen noch immer ein gewisses Maß von Illusionismus erkennen lassen, nur wenige mögen sich schon im Bereich des wirklich Möglichen bewegen. (Wir denken hier vor allem an die Diskussionen auf dem Jahreskongreß des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland" in Berlin.) Aber es hat doch so etwas wie eine Anpassung des politischen Denkens an die

Realitäten begonnen. Das Interview des „Stern" mit Walter Ulbricht hat die Position der anderen Seite, die unwiderruflich der eigentliche Partner solcher Gespräche und Verhandlungen über eine innerdeutsche Verständigung ist, noch einmal deutlich werden lassen. Der Spielraum ist gering, vor allem, wenn man immer noch von den unsinnigen Vorstellungen der bisherigen Bonner Politik aus geht. Die Chancen, die sich bieten, sind erst auf dem Boden der Wirklichkeit selbst zu erkennen. Sie nicht wahrzunehmen, gleichzeitig aber immer wieder die Spaltung Deutschlands, mit ihren Unzuträglichkeiten auf beiden Seiten, zu beklagen, wäre verantwortungslos.

Hier, an dieser Frage einer konstruktiven Bonner Politik in der Wiedervereinigungsfrage wird sich zeigen, was von der pragmatischen Ostpolitik des Außenministers Schröder wirklich zu halten ist. Hier ist der eigentliche Test für diese Politik. Daß andere Mächte uns Bemühungen um eine innerdeutsche Annäherung abnehmen, können wir weniger denn je erwarten. Und so wertlos es ist, diese anderen Mächte immer wieder verbal auf ihre vermeintliche „Verantwortung" für eine Wiedervereinigung Deutschlands festzulegen, so wenig steht es uns an, im Stillen über einen „schlechten Willen" der Anderen in der Wiedervereinigungsfrage zu jammern — solange wir selbst in eigener Sache so wenig tun wie bisher. NATO und EWG, deutsch-amerikanische und deutsch-französische Freundschaft, sie alle entheben uns nicht der Notwendigkeit, in der Deutschland-Frage ohne Überstürzung, ohne Illusionen, vielmehr klaren Sinnes und redlichen Willens endlich selbst aktiv zu werden. Der Kolumnist Voluntas hat in der „Revue" vom 1. Dezember 1963 mit wie uns scheint treffenden Worten gesagt, was wir hier angedeutet haben:

> „Wir müssen — wenn die Wiedervereinigung nicht leeres Geschwätz sein soll, vertagt auf Nimmerwiedersehen — über Mauer, Stacheldraht und Minenfelder hinweg mit der anderen Seite verhandeln. Wir müssen Ulbricht beim Wort packen, um festzustellen, wie ernst er es meint. Machen wir diesen Versuch, machen wir ihn aus zwei Gründen! Erstens um herauszubekommen, zu welchen Kompromissen die DDR bereit ist, beispielsweise in der Gewährung von Freiheiten für ihre Einwohner, unserer Landsleute. Zweitens, um zu erforschen, ob der Kreml zu einer von uns Deutschen eingeleiteten Annäherung tatsächlich ja sagen würde und ob auch der Westen geneigt wäre, einer grundlegenden politisch-militärischen Umgruppierung in Mitteleuropa zuzustimmen. Zunächst geht es für Bonn also lediglich um die Entscheidung, ob mit der DDR ein solches Erkundungsgespräch begonnen werden soll oder nicht. Alles andere käme später, erst wenn sich herausstellen würde, daß weitere Verhandlungen sinnvoll wären."

Dr. Hermann Rauschning

In memoriam John Fitzgerald Kennedy

35. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika

Es ist nicht allein die Erschütterung über das Attentat, das den amerikanischen Präsidenten mitten aus seiner fruchtbaren Tätigkeit herausgerissen hat, was ihn in tragischer Erhöhung zu der außerordentlichen Gestalt weit über den Bereich seiner Nation werden und zugleich ahnen läßt, daß mit ihm eine ungewöhnliche, eine einzigartige bewegende politische Kraft — politisch in dem umfassendsten Sinne — zu früh ausgelöscht ist; zu früh, weil allein noch solche außerordentliche Kraft aus den Verstrickungen der gefährdeten Gegenwart und gefährdeteren Zukunft lösen kann. Je weiter die Gestalt J. F. Kennedys aus der vordergründigen

Gegenwart in das Gedächtnis geistiger Bedeutung rückt, desto schärfer wird das Profil dieses Mannes. In knapp drei Jahren hat dieser jüngste aller Präsidenten der Vereinigten Staaten, dieser Politiker voll Feuer und Initiative, der seine Nation zwang, sich der Größe des Schicksals und ihrer Aufgaben zu stellen, den Ruf eines überlegenen, besonnenen, kühl abwägenden und geduldig seine Gelegenheit abwartenden Staatsmannes gewonnen, der bei Freund und Feind Achtung und Vertrauen genoß. Ein Politiker, der seine Aufgabe nicht darauf beschränkte, durch taktische Züge das gerade eben noch Mögliche im Widerstreit der Interessen zu verwirklichen und im Grunde leeres Stroh zu dreschen, sondern ein Mann voll Vision, ohne den Blick für das Gewicht der Realitäten zu verlieren; ein Politiker, der sich nicht scheute, durch Perioden der Unpopularität passieren zu müssen. Etwas von dem Feuer eines Bahnbrechers, eines Propheten zeichnete ihn aus; eines sehr nüchternen, eines sehr rationalen, zeitgemäßen Prophetentums. Und so hat er zwar in der ihm vergönnten knappen Zeit wenig von seinem großen Vorhaben verwirklichen können und mußte die meisten der Aufgaben seinem Nachfolger überlassen, aber er hat die Nation auf einen Weg gebracht, den sie nicht so leicht mehr wird verlassen können. Er hat ihr Impulse gegeben, die lange über seinen Tod hinaus nachwirken werden, und wie er selbst seine Tätigkeit mit der Aufforderung einleitete: „let us begin" —, so schloß sein Nachfolger seine Antrittsrede vor dem Kongreß mit dem folgerichtigen: „let us continue".

Wir wissen noch nicht die Hintergründe des Attentates, dem John F. Kennedy zum Opfer gefallen ist. War es die Tat eines aus den Fugen geratenen Menschen, eines „crackpots", ein persönlicher Racheakt, ein politischer Akt? Oder steckt dahinter mehr, der ruchlose Plan verschworener politischer Elemente? Wir wissen es nicht, werden es vielleicht nach dem Mord an dem mutmaßlichen Attentäter nie wissen. Aber eins wissen wir, daß es das Klima des Hasses und der Gewalt war, das diese Tat hat zum Ausbruch kommen lassen. Eine Atmosphäre voller Spannungen nicht nur über das Negerproblem, sondern über die Grundprobleme unserer Zeit, über Krieg oder Friede, über Fortentwicklung zu notwendigen neuen Formen der Gesellschaft oder starrem Festhalten an alten Vorrechten von Gruppen und Schichten. Niemand wird sich der Erkenntnis verschließen können, daß mit der Anerkennung der vollen Gleichberechtigung der Negerbevölkerung die Vereinigten Staaten aufhören „a white man's country" zu sein. Es ist auch nicht abzusehen, wie noch so ausgesprochen konservative Tendenzen es verhindern konnten, daß in der Folge der civil rights bill eine Entwicklung einsetzen muß, das amerikanische Prinzip „freedom under law" mit dem ihm seit Jefferson unlöslich verbundenen „equality under law" neu zu artikulieren. Es war der neue Präsident Lyndon Johnson, der in einer seiner früheren Reden darauf verwiesen hatte. Es war J. F. Kennedy, der in der Erkenntnis des zugleich revolutionären wie konservativen Ursprungs der amerikanischen Ordnung und Staatsschöpfung her versuchte, beiden Impulsen in der Fortentwicklung und Anpassung der Nation an die Anforderungen der neuen Zeit Rechnung zu tragen.

Der Präsident war sich des revolutionären Charakters unseres Zeitalters wohl bewußt. Er sprach von den „challenging revolutionary sixties". Der Schlüssel zum Verständnis seines politischen Wollens ist sein Wort „to get the nation moving", die Nation in Bewegung bringen. Das Gegenteil von jener Maxime, daß Ruhe die erste Bürgerpflicht sei („Keine Experimente")! Nur mit einer sich in Gang setzenden, einer fortschreitenden Nation glaubte er die „Antworten" auf die „Herausforderungen" der neuen Zeit finden zu können. Daher faßte er auch sein Amt als Präsident anders auf als seine Vorgänger. Der Präsident mußte sich mitten in das Dickicht des Kampfes begeben, betonte er. Auch dürfe er nicht davor

zurückschrecken, zeitweise seine Popularität aufs Spiel zu setzen, und Kennedy hat diese Direktive in seinem persönlichen Verhalten befolgt. Er war eine Persönlichkeit, dem das Charisma eines populären Führers nicht mangelte. Eine Ausnahme insofern, als er im übrigen ein Intellektueller war, ein überraschend gründlich informierter Sachkenner von schneller Auffassungsgabe und Entschlußkraft. Er war ein Mann von großem Charme, von Witz und seltener geistiger Anmut. Sein steiles, schmales irisches Antlitz mit den leicht vorquellenden Augen und einem edlen, feinfühligen, fast zarten Mund wurde im Laufe der drei Jahre durchfurcht und ernster. Er war eine einzigartige, eine noch nie dagewesene Erscheinung als Präsident; es fiel den Politikern der bisherigen Art nicht leicht, sich mit dem neuen Stil politischer Diskussion zu befreunden, und manchen Mitgliedern des Kongresses noch schwerer, dem gelegentlichen Sarkasmus eines überlegenen Intellektes standzuhalten. Kennedy war, wie auch sein Gegner zugestand, und der Rechtsradikale Senator Goldwater aussprach, ein gentleman, ein vornehmer Gegner, vielleicht kann man sagen ein Aristokrat im echtesten Sinne des Wortes. Er verschmähte die gängigen Mittel persönlicher Intrigen, die taktischen Behelfe subalterner Politiker, denen als das Wesen der Politik das Pokerspiel gilt. Seine Freimütigkeit, sein Wille zur Sachlichkeit gaben seinen politischen Äußerungen die Qualität einer Glaubwürdigkeit, die in unserer Zeit eine noch seltenere Ware ist als zu anderen Zeiten. Seine Aufrichtigkeit, die sagte, was sie meinte, und meinte, was sie sagte, war vielen unbequem und anstößig, die als zum Wesen der Politik jenen englischen „cant" gehörend glaubten, der sich zu dem Ungeheuer der modernen Propaganda ausgewachsen hat. Mit dieser Freimütigkeit und Glaubwürdigkeit gelang es Kennedy, das ärgste Erbe jener Zeit der außenpolitischen „brinkmanship" mit seiner gehörigen Portion leeren Bluffens, dem Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Widerstandswillens Amerikas, den Zweifel in die Ziele und Absichten der Vereinigten Staaten zu liquidieren. Kennedy war nicht für billige Etikettierungen und die üblichen Clichés und Schlagworte. Ihm war doktrinäres Denken fremd. Aber sein politischer Realismus ermangelte nicht großer Ideen und eines praktischen Idealismus. Er war in seinen Äußerungen ausgesprochen und klar, oft beredt. Ja, ihm standen die Worte in einer Weise zu Gebote, wie vor ihm wohl nur seinem Vorgänger im Martyrium, Abraham Lincoln, und manchen seiner Aussprüche kann das Schicksal zuteil werden, daß sie im Gedächtnis der Nation haften bleiben.

Kennedy war von einem immensen Fleiß und einer großen Arbeitskraft, ein unermüdlicher Leser. Er beherrschte das Detail der Probleme bis in die Einzelheiten. Er verlangte von seinen Mitarbeitern knappe und klare Antworten und verachtete Unentschlossenheit. Er organisierte seinen Mitarbeiterstab nicht nach dem Muster eines Generalstabes wie Eisenhower; er delegierte nicht Verantwortung und Macht. Er war es, der die letzten Entscheidungen traf. Er hatte sich ein ungewöhnlich hochstehendes team von Mitarbeitern erlesen, Persönlichkeiten von hoher Intelligenz und Sachkenntnis, meist jüngere Männer, ihr Altersdurchschnitt lag um rund zehn Jahre unter dem der Mitarbeiter Eisenhowers. Er wußte sie mit dem Geist seiner Initiative zu beseelen, seines Eifers, seiner Leidenschaftlichkeit, die hinter einer kühlen Haltung, von einer scharfen Disziplin kontrolliert selten, wenn überhaupt sichtbar war. Konventionelle breite Kabinettssitzungen verschmähte er als Zeit- und Kraftvergeudung. Er ersetzte sie durch kleine Gruppenberatungen der beteiligten Ressorts. Nicht das Kabinett entschied als Kollegium. Der Präsident war das zur Einheit integrierende Willenszentrum der Regierung.

Kennedy überschätzte zu Beginn die Machtbefugnisse seines Amtes. Er fand Widerstand nicht nur im Kongreß, er fand ihn auch bei anderen mächtigen Grup-

pen, in Wirtschaftskreisen. Er unterschätzte die Widerstände, die in dem amerikanischen System der „checks and balances", der Gegengewichte und wechselseitigen Kontrollen absichtlich begründet waren, um der Bildung eines diktatorischen Machtzentrums vorzubeugen, und schnelles und entschlossenes Handeln durch die zähe und langsame Prozedur eines „government by discussion" verzögern, zu der viele Faktoren ihren „advice and consent", Rat und Billigung beizusteuern hatten. Er glaubte den Kongreß leichter beeinflussen und Maßnahmen der Wirtschaft verhindern zu können, wie die Heraufsetzung der Stahlpreise. Er lernte aus der Verstimmung und dem stärkeren Widerstand der Wirtschaftskreise über die Bevormundung. Er fügte sich in die Grenzen und Befugnisse seines Amtes und tat es in der Erkenntnis, daß die notwendigen Reformen in der Anpassung an die großen Veränderungen der „revolutionären sechziger Jahre" einer längeren Zeit, einer gründlicheren Vorbereitung bedürften. In einem sehr freimütigen Fernsehgespräch hat der Präsident später zugegeben, die Schwierigkeiten seines Amtes unterschätzt zu haben. Daß er seine Mängel und Irrtümer schnell erkannte, daß er sich ständig einer strengen Selbstkritik unterwarf und aus seinen Fehlern lernte, ohne sie zu beschönigen oder zu rechtfertigen, macht einen Teil seiner Größe aus, die im Gegensatz zu der Kleinlichkeit des üblichen politischen Geltungsbedürfnisses steht, immer Recht gehabt zu haben und die Versäumnisse anderen aufzubürden. Die Charakterstärke, mit der er für begangene Fehler persönlich einstand, die Vornehmheit der Gesinnung, die es ihn verschmähen ließ, Irrtümer und Fehlschlüsse auf andere abzuwälzen, bewies er in der großen, ihn empfindlich treffenden Niederlage bei dem Versuch das Castro-Regime in Kuba zu stürzen, gelegentlich des Debakels der „Schweinebucht".

Kennedy lernte schnell und gründlich aus seinen Niederlagen, den innen- und außenpolitischen. Er erfuhr, wie jeder in eine führende verantwortliche politische Stellung Berufene, die Härte und schwere Beweglichkeit der konkreten politischen Fakten. Es wäre banal, hier ein bekanntes naheliegendes Schillerwort zu brauchen. Denn Kennedys Irrtum gegenüber dem Gewicht faktischer, nicht im menschlichen Willen allein begründeter Widerstände, liegt nicht darin, daß sich hart im Raum die Dinge stoßen, indessen die Gedanken nahe beieinander wohnen, nicht darin, daß der Wille keine Taten herbeilockte, sondern in der Hoffnung, daß die große Dringlichkeit der zu lösenden Aufgaben ihre Lösung im Überspringen gewöhnlicher Hindernisse beschleunigen könnte. Er liegt in der Überschätzung der Macht vernünftiger Erkenntnis der gefährlichen Lage und in der Voraussetzung einer einigenden Macht einer alle bedrohenden Gefahr. Überprüft man die zeitliche Folge der Hauptereignisse in den knapp drei Jahren der Präsidentschaft Kennedys, so ergibt sich das eindrucksvolle Bild einer in der Überwindung von Irrtum und Niederlage wurzelnden staatsmännischen Reifung, die den Präsidenten in dem Zeitpunkt des tragischen Abbruches seiner Tätigkeit auf der vollen Höhe einer politischen Meisterschaft zeigt; in der Erkenntnis, daß es einer methodischen Grunglegung für dauerhafte Lösungen sowohl in der Außen- wie in der Innenpolitik bedürfe, und daß dies nicht nur die Vorlage wichtiger Gesetzesentwürfe und politischer Entscheidungen zeitlich begrenze, sondern auch inhaltlich; daß es notwendig sei, auch mit geringen Teilergebnissen einen Beginn zu setzen. Das klang wohl bereits in seiner großen Inauguralrede durch. Aber es ist ein Unterschied, die Langfristigkeit notwendiger Wandlungen intellektuell zu erkennen und sich im praktischen Handeln konkrete Beschränkungen aufzuerlegen.

So wurde das erste Jahr der Kennedy'schen Amtszeit das Jahr der Rückschläge, der Enttäuschungen und der notwendigen Selbstkorrektur. Der Präsident hatte sein weitausholendes legislatives Programm in einer Reihe von Bot-

schaften an den Kongreß entwickelt, einer mit etwas Unbehagen entgegengenommenen Flut von solchen Botschaften. Der Kongreß stimmte wohl dem Rüstungsprogramm, der Unterstützung der Entwicklungsländer zu; er billigte auch das Weltraumprogramm. Er versagte sich dagegen den Vorschlägen hinsichtlich eines Ausbaues der sozialen Gesetzgebung, wie Alters- und Krankenunterstützung. Die eigentliche Prüfung lag auf dem Gebiet der Außenpolitik. Es war das Jahr des Abtastens der Schwächen Amerikas durch die Sowjets, des wirklichen Widerstandswillens. Die Begegnung des Präsidenten mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chrustschow in Wien zeigte Kennedy die Schwierigkeiten einer Verständigung mit Sowjetrußland und die Unverrückbarkeit der Hindernisse, die einer Entspannung im Wege standen. Die in diesem Jahr 1961 errichtete, West- von Ostberlin trennende, Mauer bestätigte Kennedy den in Wien empfangenen Eindruck, daß Sowjetrußland unter Verständigung und Entspannung die einseitige Preisgabe westlicher Positionen zu verstehen schien, und daß hinter dieser Haltung der Zweifel an dem Widerstandswillen Amerikas stünde, für seine Alliierten mit dem Risiko der eigenen Existenz einzustehen. Kennedy zog daraus die Schlußfolgerung, die unabänderlichen Grenzen einer Verständigungsbereitschaft und die Ernsthaftigkeit des Widerstandes bei einer Verletzung dieser Grenzen über jeden Zweifel zu erhärten. Die Kennedy'sche Außenpolitik versagte sich das Ziel, die sowjetische Macht „zurückzurollen". Sie war aber entschlossen, auch ihrerseits im Macht- und Geltungsbereich des Westens nicht einen Schritt zurückzuweichen, weder in Berlin noch anderwärts. Kennedy folgerte, daß es zwecklos sei, über die Beendigung des Kalten Krieges und einen dauerhaften Frieden zu verhandeln, der das Fern-, aber zugleich auch das Hauptziel seiner Politik war, ehe nicht der Nachweis eines absolut gewissen Widerstandes der Vereinigten Staaten gegenüber jedem Akt einer Politik der faits accomplis erbracht sei. Er wurde in seiner Beurteilung bestärkt, daß nur ein Machtinstrument ohne Rüstungs- und Bereitschaftslücken und eine Machtpolitik, die keinerlei Schwächen zeigte, die Versuchung zu kriegerischen Handlungen oder Aktionen von jener Zwielichtigkeit verhindern könnte, die zuerst Adolf Hitler zu einem System entwickelt hatte. Kennedys Aufmerksamkeit und Hauptsorge wandte sich der wirksamen Zusammenfassung der amerikanischen Streitkräfte zu. Seine Hauptsorge galt der Entwicklung einer in allen Teilen der Welt einsatzbereiten Macht. Die amerikanische Politik schien damit in dem Hauptproblem der Beziehung zum Sowjetblock in die bisherigen Bahnen einer vorwiegend militärischen Strategie zurückzugleiten und die Impulse in der Richtung auf einen Frieden der Kooperation, der Kennedy in seinem Appell an die Sowjetunion beredten Ausdruck gegeben hatte, verloren zu sein.

Da bot ihm im zweiten Jahr seiner Amtszeit der Versuch der Sowjetunion, die Unterstützung des Castro-Regimes in Kuba zu dem Ausbau einer russischen Raketenbasis zu verwenden, die Gelegenheit, den Widerstandswillen der Vereinigten Staaten im vollen Risiko eines Atomkrieges mit dem sicheren Verlust von Hunderten von Millionen von Menschenleben zu beweisen. Die Hintergründe des riskanten sowjetischen Entschlusses sind nicht bekannt. Es liegt nahe zu vermuten, daß Chrustschow ein wohlkalkuliertes Risiko einging, weil ihm zur Ausrichtung seiner Politik mindestens ebensoviel daran liegen mußte, den Widerstandswillen Amerikas zu erproben, wie Kennedy, den gültigen Nachweis seiner Ernsthaftigkeit zu erbringen. Kennedy hat mit Umsicht, Mäßigung und Geduld diese bisher schwerste Nachkriegskrise, die die Atomkatastrophe in greifbare Nähe gerückt hatte, gelöst. Er hatte den konkreten Beweis der Festigkeit und Verläßlichkeit, zugleich aber auch seiner Bereitschaft zum Frieden erbracht. In diesen Wochen begründete er seinen internationalen Ruf eines Staatsmannes.

Aber auch Chrustschows Verhalten verdiente Aufmerksamkeit als Beweis der Mäßigung und Friedensbereitschaft. Der Rückzug aus Kuba war kein russisches „Olmütz". Die Krise reinigte die Atmosphäre. Beide Machtblöcke hatten bekundet, daß die etwa vorhandenen Kräfte, die zu einem Kriege drängten, unter Kontrolle stünden und daß beide Großmächte den Krieg als Mittel ihrer Politik auszuschließen bereit waren. Damit war die Grundlage für einen neuen ernsthaften Versuch gelegt, mittels beiderseitiger und gleichrangiger Zugeständnisse, ohne Änderung des bestehenden Machtgleichgewichtes, eine allgemeine Entspannung zu erzielen. Somit wurde dieses zweite Jahr der Kennedy'schen Präsidentschaft zu dem Wendepunkt, und bedeutsame Erfolge in der nahen Zukunft wurden möglich. Kennedy hatte nicht nur seine Nation „in Bewegung gebracht", die steifgefrorenen Fronten des Kalten Krieges begannen aufzutauen. Auch wirtschaftlich begann die bedenkliche Stagnation einer neuen Bewegung aufwärts zu weichen.

Das dritte Amtsjahr des Präsidenten wurde mit einem neuen Kongreß, der inzwischen gewählt worden war, begonnen. Nicht alle Hoffnungen der Demokraten waren erfüllt. Dem Zuwachs demokratischer Stimmen in den beiden Häusern trat der Verlust der Gouverneure einiger der wichtigsten Bundesstaaten entgegen. Kennedy hatte sich, durch die fühlbare Entspannung nach der Kubakrise veranlaßt, energischer der Innenpolitik zugewandt. Sein Hauptvorhaben, für das er nunmehr unermüdlich bis zu seinem Tode kämpfte, war ein Nachlaß in den Steuern, um die Wirtschaft anzureizen, neue Investments zu tätigen, neue Jobs zu schaffen und die Expansion der Wirtschaft zu beschleunigen. Der Steuernachlaß würde ein vergrößertes Defizit zur Folge haben. Diese Wirtschaftspolitik eines im voraus kalkulierten Defizites begegnete dem Widerstand nicht nur konservativer Kreise. Wie denn befremdlicherweise die Kritik an Kennedy in der Nation selbst zugenommen, und seine Popularität, im scharfen Gegensatz zu der Statur, die er im Auslande durch die Glaubwürdigkeit seiner Politik gewann, in Amerika selbst abgenommen hatte; so erheblich sogar, daß seine Anhängerschaft bis fast zu dem niedrigen Prozentsatz der Stimmen zurückgegangen war, mit dem er 1960 den Sieg über Nixon errungen hatte. Die Gründe sind komplizierter Art. Sie lassen sich nicht mit wenigen Worten charakterisieren. Eine Verschärfung der innerpolitischen Gegensätze machte sich bemerkbar. Radikale Rechtselemente säten Mißtrauen und Haß. Der Präsident hatte in Erkenntnis der Lage weitere Punkte seines innerpolitischen Programmes zurückgestellt für das folgende Jahr 1964. Da veranlaßten ihn wachsende Unruhen und Demonstrationen der Negerbevölkerung, seiner geplanten civil rights legislation, die er für eine zweite Legislationsperiode zurückzustellen gewünscht hatte — dem Bürgerrechtsgesetz, das der rassischen Benachteiligung der Neger ein Ende und ihre bürgerliche Gleichheit hundert Jahre nach ihrer Befreiung aus der Sklaverei sicherstellen sollte — erste Priorität zu geben. Aber als der neue Kongreß seine erste Sessionsperiode zu beenden im Begriff war, erwies sich, daß keines der Gesetze von elementarer und dringlicher Bedeutung verabschiedet werden würde. Weder der Steuernachlaß, noch die civil rights bill. Der Kongreß, aus welchem Ressentiment auch immer, beschnitt vielmehr dem Präsidenten auch in anderen wichtigen Positionen seines großen politischen Programmes die erforderlichen Mittel. Am empfindlichsten als Zeichen der Kritik waren die Abstriche an der für die Hilfe für fremde Länder zur Verfügung stehenden Summe. Selbst außenpolitischen Erfolgen im Versuch des Beginnes einer Entspannung, wie es das Kernwaffenversuchsverbot war, gab der Kongreß nur zögernd seine Zustimmung, und das Weizenabkommen mit Rußland blieb bis zu des Präsidenten Tode umstritten.

Der Präsident schien, trotz begeisterter Zustimmung der Massen gelegentlich seiner letzten öffentlichen Ansprachen, wie ein edles Wild umstellt zu sein, das

zur Strecke gebracht werden sollte, noch vor der neuen Wahlkampagne. Selbstverständlich bestehen keinerlei kausale Zusammenhänge zwischen dem tragischen Ende des Präsidenten und seiner politischen Isolierung. Aber einen inneren, einen symbolisch bedeutsamen Zusammenhang wird man nicht ganz ablehnen können, so wenig wie man die Tat des Schauspielers, der Abraham Lincoln ermordete, von der durch den Bürgerkrieg erregten Leidenschaft und dem dunklen Hintergrund dieses tragischen Kampfes loslösen kann. Es ist auf die Frage nach den Gründen für das zögernde Mitgehen der gesetzgebenden Körperschaft mit den politischen Absichten des Präsidenten darauf hingewiesen worden, daß der Präsident es am Geschick an der Beeinflusung des Kongresses habe fehlen lassen. Solch ein erfahrener und kluger Senator wie Fulbright hat das angedeutet. Andere haben auf den neuen eminent persönlichen politischen Stil Kennedys hingewiesen, der als zu intellektuell und unamerikanisch Anstoß erregt habe. Solche Erklärungen bleiben an der Oberfläche. Man wird vielmehr die Erklärung in dem Unbehagen und Unwillen der älteren Generation der Politiker zu suchen haben, die mit der Erkenntnis der von Grund aus veränderten Weltlage und den daher notwendig gewordenen neuen Mitteln und Wegen einer ihr entsprechenden Politik, nicht Schritt halten konnten. Es spielt gewiß auch das Generationsproblem eine Rolle. Man wird nicht das Wort Kennedys vergessen, in dem er von dem Weiterreichen der Fackel an eine neue Generation sprach, an eine Generation, die voll und ganz, von Geburt an diesem Jahrhundert angehört. Die einfachste Erklärung mag wohl die sein, daß das durch die Größe der Wandlungen tief befremdete und konsternierte Gros der Politiker, die die Unzulänglichkeit bisheriger Maßstäbe der Beurteilung fühlten, seinen Protest gegen die neue Zeit in dem Widerstand gegen Kennedys Reformen Luft machte. In der tiefen Erschütterung über den tragischen Tod des jugendlichen Präsidenten, in dem lang anhaltenden Applaus an den wichtigsten Punkten der Regierungserklärung des neuen Präsidenten Lyndon Johnson im Kongreß, der eine schnelle Verabschiedung der civil rights bill, der taxcuts möglich erscheinen läßt, schwingt so etwas wie eine dunkle Ahnung einer sublimen Mitschuld an dem frühen Ende eines vor allem mutigen Politikers mit, der noch vor seiner Erwählung zum Staatsoberhaupt in einem Buch den Mut als die Voraussetzung für die rechte Begegnung mit dem heraufsteigenden neuen Äon gefordert hatte, Mut zu einer im amerikanischen Sinne revolutionären Politik.

In der Tat ist die Politik Kennedys revolutionär; aber in dem einzigen Sinne, in dem das noch sinnvoll und möglich ist, zugleich auch konservativ. Konservativ im echtesten Sinne, nicht in dem einer Erhaltung der zur Zeit vorhandenen sozialen Situation als gültige Norm. Die politische Konzeption Kennedys enthielt mehr neue Elemente oder doch Ansätze zu solchen als die konkrete Politik auf den ersten Blick vermuten läßt. Es ist notwendig, sich wenigstens in einigen Sätzen Rechenschaft über einige dieser neuen Elemente zu geben, nicht allein um der Würdigung der aus dem Leben gerissenen Persönlichkeit willen, derem Gedächtnis diese Zeilen gelten, sondern auch um der Beurteilung künftiger politischen Entwicklung in den Vereinigten Staaten willen.

Kennedy hat die Elemente der amerikanischen Politik wie sie ihm von seinem Vorgänger im Amt übermittelt worden sind, unverändert gelassen; aber er hat ihnen eine neue Richtung, einen neuen Gehalt zu geben versucht. Das ist für viele das Beunruhigende seiner Politik gewesen; andere haben das Neue nicht bemerkt und sind ihm gegenüber deswegen kritisch geworden. Für den Historiker wäre es eine notwendige Aufgabe, das Neue, das Kennedy'sche, das gewiß nicht nur im persönlichen Stil lag, im einzelnen herauszuschälen. Hier mag es genügen,

an einigen Beispielen dies aufzuweisen. Es sind erste Schritte auf einer langen Wanderung. Immerhin: es sind die entscheidenden ersten Schritte.

Kürzlich antwortete der einflußreiche Senator Fulbright etwas erstaunt auf die Frage eines Television-Interviewers nach der neuen Artikulation der amerikanischen Außenpolitik und nach dem Beitrag Kennedys zu einer solchen dem Sinne nach, daß sich diese Politik seit Marshall-Plan und Truman-Doktrin nicht geändert habe, wohl in ständiger Entwicklung begriffen sei, aber nicht ihre Kontinuität und bisherige Linie aufgegeben habe. Das mag, äußerlich gesehen, stimmen; aber diese Politik wurde in einem neuen Geist, auf ein neues Fernziel fortgesetzt. Es war keine anti-kommunistische Politik mehr in dem Sinne, den Kommunismus überwinden zu müssen, wenn anders ein Überleben möglich sein sollte, sondern in dem Bestreben, einen Frieden universaler Kooperation, über den bestehenden Gegensatz hinweg, zu gründen. Der Gegensatz der Ordnungssysteme wird demnach als dauernder Faktor respektiert. Das ist eine fundamentale Abkehr von einer Politik, die in der Gewinnung von „Positionen der Stärke" ihr taktisches Nahziel sah, um aus ihnen heraus den Kommunismus zu Verhandlung und Kompromissen bereit zu machen. Das Kernproblem der amerikanischen Außenpolitik blieb die Beziehung zwischen den USA und der Sowjetunion. Aber die Absicht einer Wendung wird aus den Kennedy'schen Worten ersichtlich: „Laßt uns nicht blind gegenüber unseren Differenzen sein, sondern laßt uns unsere Aufmerksamkeit auf unser gemeinsames Interesse lenken und auf die Mittel, durch die solche Differenzen werden können." Kennedy hat auf den Zwang hingewiesen, unter dem die Politik stehe, auf die Ironie der Lage, daß gerade die am stärksten gerüsteten und gesicherten Großmächte die allergefährdetsten seien. „Heute", charakterisierte er im Juni dieses Jahres die Lage, „sollte totaler Krieg jemals wieder ausbrechen, — gleichgültig wie, werden unsere beiden Länder (USA und UdSSR) die vornehmsten Ziele sein. Es ist eine Ironie, aber das genaue Faktum, daß die zwei stärksten Mächte sich der meisten Gefahr der Zerstörung ausgesetzt sehen. Alles, was wir aufgebaut haben, alles, wofür wir gearbeitet haben, würde in den ersten vierundzwanzig Stunden zerstört werden". Er gab damit nicht die „toughness", die Zähigkeit und Festigkeit den Russen gegenüber preis. Im Gegenteil da eine solche politische Wendung zum Frieden als Schwäche ausgelegt werden konnte, war es geboten, die Rüstung zu verstärken und die Grenzen einer Verständigungsbereitschaft über allen Zweifel festzulegen. Aber das geschah im Sinne und mit der Absicht, dadurch dauerhafte Entspannungsergebnisse zu erzielen und nicht den Beginn des Vertrauens, der sich zwischen Washington und Moskau angebahnt hatte, aufs neue zu zerstören. In ähnlicher Weise gab Kennedy der Beziehung der Vereinigten Staaten zu den U n i t e d N a t i o n s eine neue Bedeutung und ein stärkeres Gewicht im Rahmen der amerikanischen Politik als ein unentbehrliches Friedensinstrument. Er versuchte die Entwicklungshilfe für fremde Länder von innen heraus zu reformieren, ohne ihr äußerlich ein anderes Ansehen zu geben. Sie sollte nicht mehr — kraß gesprochen — Subsidiengeld für Verbündete im Kampf gegen den Kommunismus sein oder die Anschonung eines künftigen Absatzmarktes für amerikanische Waren befördern. Wenn auch die Sorge um eine Veränderung des Weltgleichgewichtes durch die Einbeziehung in den Orbit des Bolschewismus nicht verstummte, so war doch das eigentliche Motiv die Erkenntnis, daß ein universaler Friede — und es kann nur noch ein universaler sein — nur in der Verantwortung für das Wohl aller Völker und Nationen zu verwirklichen sei. Daher hatte er in seiner Botschaft schon 1961 auch die Sowjetunion zur Mitarbeit aufgefordert „gegen die Feinde der Menschheit — Tyrannei, Armut, Krankheit und Krieg", dadurch bekundend, daß er unter Tyrannei etwas Tieferes und Allgemeineres verstanden wissen wollte als das bolsche-

wistische, auf Autorität begründete System. Der Präsident hat wiederholt betont, daß die Vereinigten Staaten nichts anderes wünschten und zu helfen bestrebt seien, als daß jedes Volk sein Anrecht auf Unabhängigkeit und Souveränität, soweit die allgemeine Erosion der Souveränitt das noch zuläßt, verwirklichen könne. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Art Entwicklungshilfe einer besonderen Art von Partnern bedarf. Ihr Fehlen macht sich besonders in der „Alliance for progress" für die lateinamerikanischen Länder bemerkbar. Es ist somit nicht zu verwundern, daß beide Vorhaben, auf die Kennedy besonders großes Gewicht legte, zur Zeit im Argen liegen. Anstatt sozialer Reformen häufen sich in den Entwicklungsländern der westlichen Hemisphäre Staatsstreiche von rechts mit Faschismus-ähnlichen Diktaturen. Auch die Idee des Atlantischen Gemeinwesens war für Kennedy nicht das, was sie in den Köpfen vieler Europäer und einiger Amerikaner war, eine moderne Ausgabe des Imperium Romanum, als die Kernmacht, die die übrige Welt beherrscht. Sie war ihm ein möglicher Schritt, ein Mittel in der Erreichung eines universalen Gemeinwesens, nicht Selbstzweck nicht Ziel.

Es wäre vieles über die Entwicklung der Kennedy'schen Europapolitik zu sagen. Aber gerade hier war alles noch in der Klärung und Entwicklung begriffen. Doch kann soviel gesagt werden, daß auch hier diejenigen irren, die das Äußere seiner Politik als ihr Wesen nehmen. Auch hier hielt der Präsident zwar an bestehenden Positionen und Institutionen der festgesetzten, der „astablished" amerikanischen Politik fest, aber willens und im Begriff, sie in der Richtung auf neue politische Möglichkeiten zu benutzen und die gesamte Politik mit neuem Geist und neuen Impulsen zu erfüllen. Klar war dieser Wandlungsprozeß voerst nur insofern, als der Präsident als die Voraussetzung für eine neue Politik die Absteifung und Sicherung der bestehenden Lage erkannte. Nicht um dabei zu verharren, sondern um eine verläßliche und indiskutierbare Ausgangslage zu haben, verstärkte er das Engagement Amerikas in und für Europa, machte er glaubwürdig und unterstützte er Bestrebungen, die NATO als eine schlagkräftige Verteidigungsmacht zu erhalten und weiter zu entwickeln. Alles in der Erkenntnis, daß, solange nicht ein tiefes und breites gegliedertes Gleichgewichtssystem der Nationen als machtpolitisches Fundament der United Nations entwickelt werden könne, — und eine solche Entwicklung kann nur im Einverständnis und mit der Mitwirkung der Sowjetunion geschehen — das Atom- und Machtgleichgewicht der beiden Großmachtblöcke die einzige, wenn auch fragwürdige Sicherung vor einer endlosen Kette von örtlichen Kriegen, größeren Konflagrationen und dem totalen Kriege sei. Aber auch hier in der Absicht, nicht dieses Gleichgewicht, nicht diese Polarisierung der Kräfte zu verewigen, sondern sie mit Hilfe politischer Vereinbarungen allmählich durch eine dauerhafte und verläßlichere Ordnung zu ersetzen. Unter solchen Gesichtspunkten sind auch die großen Reformen der amerikanischen Streitkräfte zu beurteilen, die unter Kennedy durch MacNamara durchgeführt wurden und noch werden. Sie sind nicht zum Zweck des Angriffes, einer militärischen Einkreisung erfolgt; sie sind nicht vorwiegend militär-technischen Überlegungen der Zweckmäßigkeit erwachsen, sondern der politischen Notwendigkeit, wo immer eine Gefährdung des Gleichgewichtes droht, sofort mit überlegener Macht eingreifen zu können, zugleich aber auch die Voraussetzungen für einen allmählichen Rückzug aus vorgeschobenen Positionen und bisherigen Kampffrontabschnitten zu ermöglichen, sofern die politischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden können, ohne daß dadurch das bestehende Gleichgewicht gefährdet werden würde, ehe neue Elemente der Sicherung es ablösen könnten.

Es bleibt noch übrig, auf zwei leitende Ideen oder konstituierende Prinzipien hinzuweisen, ohne deren Kenntnis das Wesentliche der Kennedy'schen Einsichten

und Absichten unverständlich bleiben würden. Beide sind viel mißverstanden oder als Ausdruck jugendlichen Idealismus' belächelt worden. Es ist die Idee von der New Frontier, und es ist der Glaube, der der Bildung des Peace Corps' zu Grunde liegt. Die Idee der „Neuen Front", der „neuen Grenze" knüpft an die alte Tradition der sich immer weiter nach Westen verschiebenden Grenze Amerikas im 19. Jahrhundert an. Sie ruft die Erinnerung an den „Pioniergeist", an den Geist der Selbsthilfe und des harten Lebens in ständiger Gefahr und im willigen Opfern wach, und sie sublimiert und vergeistigt diese Tradition. Denn die neue Front ist nicht die eines erweiterten Lebensraumes, eines nur materiellen Fortschrittes. Sie ist die Kampffront um einen neuen geistigen, einen ethischen Raum. Es ist eine Idee, die mit Roosevelts New Deal und Trumans Fair Deal, im wesentlichen wirtschaftliche und soziale Markworte, wenig gemein hat, wenn auch dabei weder die soziale noch die wirtschaftliche Note fehlt. Gewiß ist das der Ausdruck einer Art Idealismus und des Glaubens an die Priorität des Geistigen statt seiner Degradierung zum Instrument ideologischer Rechtfertigung bestehender Ordnungen und eines ideologischen Überbaues. Wie immer man über diese Idee denken mag, sie ist der Erweis der Ernsthaftigkeit des Friedenswillens, der im Glauben an einen sittlichen Kosmos wurzelt, wie einst die Anschauungen der Gründerväter des amerikanischen Gemeinwesens, der großen Virginier, John Adams des Konservativen und Jefferson des Liberalen. Daher ist die Aufforderung, die Kennedy 1961 an Moskau zur Zusammenarbeit richtete, kein bloßer taktischer Zug in der psychologischen Kriegsführung. Es war ihm ernst, als er sagte: „Ich fordere Sie auf, daß sich beide Seiten neu um die Suche nach dem Frieden bemühen, ehe die dunklen Mächte der Vernichtung die ganze Menschheit in einer gewollten oder zufälligen Selbstzerstörung verschlingen."

Das Peace Corps ist zwei Einsichten erwachsen. Die eine, die politische, ist die Erkenntnis, daß der Friede, den unsere Zeit braucht, nicht allein durch die Staaten und auf Grund politischer Verträge geschlossen werden könne, sondern seine Wurzeln im persönlichen Willen und Opfer eines jeden haben müsse. Die andere ist eine Frage der Erziehung. Für Kennedy war die Sorge um eine breitere und bessere Erziehung eine vordringliche. Auch hier gingen des Präsidenten Vorstellungen vom Notwendigen über die Verständnisbereitschaft des Kongresses hinaus. Auch eine bill über „Federal aid to education" blieb unerledigt zurück. Kennedys Appell, „die Leere einer zu geringen Bildung und nicht ausreichender Schule zu füllen", blieb unbeantwortet. Doch es ging ihm nicht allein um Vermehrung von Schulen. Es ging ihm nicht in erster Linie um bessere technische und technisch verwertbare wissenschaftliche Schulung im Wettbewerb mit den Sowjets um den technischen Vorrang, in welchem Sinne die Erziehungsfrage in der Öffentlichkeit Amerikas überwiegend erörtert worden ist. Solche Sorge hatte auch in der Vergangenheit mit dem eigentlichen Bildungsproblem wenig zu tun. Man erinnert sich solcher, fast wörtlich geäußerter Sorge aus der Zeit vor 1914 in England. Damals war es nicht die Überflügelung durch Rußland, sondern durch Deutschland. Schon der englische Education Act von 1870 wurde durch den Wettbewerb mit Deutschland und die Notwendigkeit „technischer Erziehung" begründet. Solcher Art ist die Sorge Kennedys nicht. Sie geht vielmehr von dem Gedanken aus, daß die Jugend nicht durch Übermittlung von Wissen geformt würde, und daß es wichtiger als Halbintellektuelle heranzubilden sei, Charaktere zu formen, was nicht besser als durch ein persönlich geleistetes Opfer, einen Dienst, durch Akte der Selbstverleugnung geschehen kann. Vielleicht kann man hier einen Zusammenhang mit jenen wenigen Schulen und Kurzschulungen annehmen, wie sie in Salem in Deutschland unter dem Pädagogen Hahn, später in Schottland, in Goudastown wirkten, den Erziehungsstätten dort des englischen Prinzgemahls,

hier des künftigen Thronfolgers. Schulen, von deren Zentren der Gedanke der „Rettung", der Rettung aus Seenot, aus Bergnot, aus was für Not immer, stand, einer Rettung durch persönliche Hingabe, durch persönliche Opfer. Wie dem sei, mit der Schaffung des Friedenskorps als Avantgarde einer ethischen Disziplinierung, hoffte der Präsident in längerer Entwicklung der amerikanischen Jugend das wiederzubringen, was ihr in ihrer Erziehung am bittersten fehlt, was ihr über den positivistischen Erziehungstheorien des für lange Zeit herrschenden Pädagogen Dewey verloren gegangen war, und was die Voraussetzung der Bewältigung der Zukunft ist.

So hat Kennedy gezeigt, daß der führende Mann seiner Nation auch im Zeitalter der Massendemokratie kein bloßer Demagoge und Taktiker zu sein brauche. Er hat gezeigt, daß man als Politiker nüchterne Sachlichkeit verbinden kann mit dem, was man „Vision" nennt, ohne die eine große Politik nicht möglich ist. Er hat erwiesen, daß man Realismus mit praktischem Idealismus verbinden könne. Er hat vor allem eins bewiesen, daß man ein erfolgreicher Politiker sein kann und dabei ein aufrichtiger, ein ehrlicher Mensch, daß sich Ethik und Politik nicht ausschließen, sondern, daß im Grunde alle politischen Probleme solche ethischer Art, oder — wie ein großer preußischer Konservativer und Gegner Bismarcks sagte — sogar theologische Probleme sind. Kennedy hat erwiesen, daß man als Politiker das ethische Fundament auf das unser Menschentum sich gründet und ohne das Ordnungen keine Dauer haben, nicht nur nicht preiszugeben braucht, sondern nicht preisgeben darf.

J. F. Kennedy hat „das letzte volle Maß der Hingabe" erreicht, mit den Worten der Gettysburger Adresse des anderen Märtyrerpräsidenten Lincoln, die Hingabe seines Lebens für die große Aufgabe, die ihm gestellt war. Aber nicht erst sein Tod durch Mörderhand hat ihn zu der tragischen Gestalt werden lassen. Die Tragik liegt nicht nur in dem unvollendet gelassenen Auftrag, in dem gewaltsamen Abbruch eines viel verheißenden Lebens. Die Tragik liegt in dem Wollen dieses Mannes selbst, in der — menschlich gesprochen — unmöglichen Aufgabe, die ihm, die uns allen in der Wandlung unserer Ordnungen, in der Erneuerung unseres Menschentums gestellt ist. Sein Tod durch Mörderhand ist ein hoch aufbrennendes Warnungsfanal: er zeigt die Gefährlichkeit unserer Lage, das Unheil, das von einem einzigen fanatischen, gewalttätigen Menschen über uns alle in eines Augenblickes Dauer gebracht werden kann. Uns alle ergriff in diesen Tagen die Furcht, wie leicht es fällt, das spinnwebzarte Gewebe unseres menschlichen Kosmos zu zerreißen, wie unsicher äußere Schutz- und Sicherungsmaßnahmen sind, wo nicht Gesetzlichkeit und Rechtlichkeit im Willen jedes einzelnen Menschen wurzeln. Es ist im Grunde nicht dieser junge tapfere Mann, über den wir in diesen Tagen trauern. Es sind wir selbst, über deren ungewissem Schicksal unsere Gedanken schwer und unsere Ahnungen dunkel wurden, im Gedenken, wie zerfressen das ethische Fundament unserer Ordnungen und Institutionen ist, wie wenig es noch tragen kann. Aber dieser junge amerikanische Präsident gab uns das Beispiel des Mutes, der durch die tragischen Verstrickungen ins Freie bricht und noch im Erliegen siegt. Unter den letzten Worten, die er geschrieben hat, stehen diese: „In einer Welt der Vereitelung und Beirrung muß Amerikas Führertum geleitet sein durch die Erleuchtung des Wissens und der Vernunft." Voll Zuversicht sah er den Aufstieg der jungen Generation, die „geformt durch den Krieg, diszipliniert durch einen harten und bitteren Frieden" geschult sei für die großen Aufgaben einer neuen Zeit. Wird diese ratlose Jugend sein Vertrauen rechtfertigen? Diese Generation, die unter dem überwältigenden Andrang materieller Glücksgüter in Versuchung steht, sich verantwortungslos an den bloßen Augen-

blick und seinen Genuß in einen früh greisenhaften Zynismus und Skeptizismus zu verlieren?

Man kann dem Gedächtnis John Fitzgerald Kennedys nicht besser dienen als indem man die Worte wiederholt, die er in diesem Sommer (26. Juli) in einer Fernsehrede gesprochen hat: „Aber jetzt, zum erstenmal in vielen Jahren, könnte der Weg zum Frieden offen sein . . . Geschichte und unser eigenes Gewissen werden uns strenger beurteilen, wenn wir nicht jede Anstrengung machen, unsere Hoffnungen durch Handlungen zu erproben, und dies ist der Ort um zu beginnen. Nach einem alten chinesischen Sprichwort muß ‚eine Reise von 1000 Meilen mit einem einzelnen Schritt beginnen' . . . Laßt uns diesen ersten Schritt tun. Laßt uns, wenn wir können, von dem Schatten des Krieges zurückkehren und den Weg des Friedens suchen. Und wenn auch die Reise 1000 Meilen und selbst länger sein sollte, laßt die Geschichte verzeichnen, daß wir, in diesem Land, zu dieser Zeit, den ersten Schritt taten." J. F. Kennedy tat diesen ersten Schritt.

Karl Graf von Westphalen

Sind Wege zur Wiedervereinigung in Sicht?

Kein Zweifel: auf dem Felde der deutschen Wiedervereinigungspolitik, das so lange brachlag, so lange sträflich vernachlässigt wurde, regt sich etwas.

Der Zahn der Zeit hat das Dogma ausgehöhlt, daß uns die Wiedervereinigung auf dem Wege der „Politik der Stärke" eines Tages in den Schoß fallen werde. Noch bis zum 13. August 1961, ja selbst lange Zeit nach der Kuba-Krise und der beginnenden Veränderung in den Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion galt in Bonn noch immer das stillschweigend respektierte Gesetz, an die Unerreichbarkeit der deutschen Wiedervereinigung auf dem bisherigen Wege allenfalls zu denken, aber auf keinen Fall öffentlich davon zu sprechen.

Damit ist es nun vorbei. Neue Ideen werden vorgetragen, über die Möglichkeiten der Wiedervereinigung wird öffentlich und von offizieller politischer Seite her gesprochen. Erste praktische Vorschläge werden vorgebracht. Endlich!

Schon die von Außenminister Schröder im letzten Abschnitt der Adenauerschen Regierungszeit eingeleiteten Bemühungen um die Errichtung von Handelsmissionen in osteuropäischen Staaten ließen aufhorchen. Der Widerstand, den die Gruppe um Adenauer, v. Brentano, Krone, Höcherl, v. Hassel und Guttenberg diesem Vorpreschen Schröders entgegensetzte, ist bekannt. Die Regierungserklärung Professor Erhards aber hob Schröders erfolgreiche Tastversuche aus dem Zwielicht des Halboffiziellen und machte sie zum Regierungsprogramm.

Nur wenige Wochen nach dem Regierungswechsel und den gleichzeitigen personellen Veränderungen im gesamtdeutschen Ministerium bekräftigte der neue gesamtdeutsche Minister und Vizekanzler Dr. Erich Mende entsprechend vorausgegangenen Andeutungen in der Regierungserklärung die Kreditangebote an die DDR und trug den Gedanken vor, gesamtdeutsche Kommissionen auf der Ebene der Evangelischen Kirche, des Sports und der Wissenschaft anzustreben. Der Vorsitzende des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland", Schütz, sprach sich kurz danach in Washington unter „bestimmten Voraussetzungen" für eine zeitweilige Föderation zwischen zwei deutschen Staaten aus. Auch wenn Schütz sich inzwischen von seinen Äußerungen distanziert hat (wir vermuten aufgrund eines Einspruchs der ‚harten' Politiker hin), bleibt dieser Vorschlag in sich logisch.

Das Eis scheint gebrochen. Die Kombination von handfesten Handelsangeboten mit undogmatischen und flexibel gehaltenen politischen Initiativen — diese von vielen so lange erwartete und so oft schmerzlich vermißte Anwendung des der Bundesrepublik zur Verfügung stehenden Instrumentariums — ist in Bonn, wenn nicht alles trügt, zum Gegenstand ernsthafter Überlegungen geworden.

Nun sollte es gerade für diese Zeitschrift die vornehmste Aufgabe sein, dazu beizutragen, daß die von den neuen Männern entwickelten neuen Ansätze auch von Erfolg gekrönt werden. Niemand wird abstreiten — die Initiatoren dieses neuen politischen Versuchs wohl am wenigsten —, daß der Weg, auf den die erwähnten Initiativen zielen, nicht einfach zu gehen ist, daß es vorläufig eine Fülle faktisch-politischer und psychologischer Hemmnisse gibt, die nur mit Geduld, Zielstrebigkeit und großem politischem Einfallsreichtum zu überwinden sind.

Eines der größten Hemmnisse, das zuerst ins Auge fällt und von den Gegnern jeder Neuerung mit Vorliebe vorgebracht wird, dürfte der Einwand sein, daß solche an den Gegebenheiten der heutigen Lage orientierte pragmatische Politik nur zu einer Anerkennung der Zweistaatlichkeit führen könne, nicht darüber hinaus. Es handelt sich also um die Warnung der Gegner einer flexibleren Politik, eine Anerkennung der DDR als Verhandlungspartner liefe nur auf die Zementierung des Status quo hinaus.

Dazu aber ist zu sagen, daß die Adenauersche Politik der Nichtanerkennung ja eben deshalb beendet werden mußte, weil sie den Status quo nicht nur nicht ändern konnte, sondern im Gegenteil seine Verfestigung zur Folge hatte. Gewiß ist, daß die Veränderung des Status quo nur möglich ist, wenn sie von den heutigen Wirklichkeiten ausgeht und diese also im notwendigen Maße auch anerkennt. Ebenso gewiß ist, daß eine Anerkennung des Status quo für sich allein wertlos ist, daß wir sie aber wollen müssen, wenn seine Veränderung möglich werden soll.

Für alle, die heute einer nüchternen Betrachtungsweise zuneigen, wird selbstverständlich sein, daß wir auf dem neuen Wege, der viel Geschick verlangt, nicht vorankommen werden, wenn wir durch eine allzu auftrumpfende und rechthaberische Haltung dem Bild Nahrung geben, das im gesamten Ostblock und in weiten Kreisen der westlichen Welt aufgrund der Vergangenheit von Deutschland besteht. In der Sowjetunion weiß man zu gut, daß den Deutschen ihre östliche Grenze eigentlich immer ungenügend erschien, und zwar auch zu Zeiten, als sie vertraglich festlag. Spannungen in Europa hat es schon gegeben, als Deutschland noch groß und ungeteilt war. Man weiß dort um die Kontinuität der Anmaßungen deutscher Regierungen, man kennt die deutsche Geschichte als die Geschichte sich wiederholender irrealer Zielsetzungen. Man weiß, wie wir selbst, daß die deutsche Regierung im ersten Weltkrieg, als alle Welt ihre Sache bereits für hoffnungslos ansah, weiterkämpfte, bis sie die endgültige Niederlage im Wald von Compiégne entgegennehmen mußte, und daß sie diese Kapitulation in der Hoffnung vollzog, sie in einem neuen Krieg wieder ausgleichen zu können. In der Weimarer Republik organisierten sich diese Hoffnungen zu starken innenpolitischen Kräftegruppen. Aus dem Boden, den sie bestellt hatten, stieg Hitler auf und führte den zweiten Krieg — mit dem Programm des ersten, denn auch damals wollte man ja bereits die Ukraine, wollte man Teile Frankreichs und Belgiens (s. dazu Fritz Fischer: „Griff nach der Weltmacht"). Als uns das Schicksal nach 1945 die Chance der endgültigen Umbesinnung anbot, da vertat sie Dr. Adenauer, indem er im Bündnis mit der nach menschlichem Ermessen nun stärksten und also „richtigen Seite" das Kriegsergebnis wiederum zu „korrigieren" versuchte. Er hatte durchaus einen Wiedervereinigungsplan, nur war er Bestandteil eines größeren Konzepts: dem von der „Neuordnung Europas", die durch

das Zurückrollen der Sowjetunion — nicht unbedingt mit Hilfe des Krieges, aber doch mit Hilfe des Druckes einer gewaltigen militärischen Übermacht — erfolgen sollte. Man vergesse nicht, daß dieses Konzept erst vor etwa fünf Jahren endgültig zusammengebrochen ist, und selbst dann noch nicht aufgegeben wurde, sondern bis heute von maßgeblichen Kreisen vertreten wird.

Wie ein roter Faden zieht sich durch unsere deutsche Geschichte, wovor der Stuttgarter Historiker Professor Golo Mann in den eindringlichen Sätzen, die wir im vorigen Heft der „Blätter" wiedergaben, gewarnt hat. Wir zitieren noch einmal die wichtigsten Passagen:

„Den Deutschen könnte die Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen seit 1914 zeigen, daß in den gierigen Träumen, daß in den apokalyptischen Fragestellungen, mit Rußland gegen den Westen, mit dem Westen gegen Rußland, das Heil nicht liegt. Deutschland hat Illusionen und bitteres Ende der Machtpolitik wie kein anderes Land erfahren. Es kann heute keine machtpolitischen und auch keine territorialen Ziele verfolgen. Selbst in dem Ruf nach Wiederherstellung der Grenzen von 1937 stimmt etwas nicht. Nicht bloß Hitler, alle deutschen Politiker haben ja über diese Grenzen Zeter und Mordio geschrien, solange sie bestanden. Die Länderordnung von Versailles war eine viel zu künstliche, gebrechliche, allseits unbefriedigende, als daß die Rückkehr zu ihr heute ein konstruktives Ziel wäre. Und das trifft selbst auf die Grenzen von 1914 zu. War Deutschland denn mit denen zufrieden? Man kann nicht in die Vergangenheit zurück; am wenigsten in eine momentane, zufällige, von anderen, gleichfalls vergangenen Dingen abhängige vergangene Ordnung, wie die von 1871 oder 1919. Das Zerstörte, mutwillig Gewagte, mutwillig Verlorene läßt sich nicht wiederherstellen. Deutschlands politische Ziele können heute nur funktioneller Natur sein: wirtschaftlich, moralisch, praktisch. Der Besiegte von 1945 hatte noch einmal die Chance, die der Besiegte von 1918 in den Wind schlug: auszubrechen aus dem verhexten Kreis der Streitenden um fiktive Gegenstände, um Expansion, Imperium, Prestige, Sicherheit und glaubensleere Religionen."

Neue politische Vorstöße, die mit dem Ballast des Anspruches auf die Grenzen von 1937 beladen sind, könnten uns daher nicht weit bringen. Verzichten wir auf diese Fesseln, dann wäre der Weg frei, auf dem sich West- und Osteuropa um ein Beträchtliches näher kommen können. Handel, Sport und Kulturaustausch würden Brückenschläge ermöglichen, die schließlich zu einer Interessenverzahnung führen, die keine Seite leichten Herzens mehr rückgängig machen könnte.

Gewiß, die deutsche Frage wäre damit noch nicht gelöst. Nach wie vor gäbe es ein dem westlichen und ein dem östlichen Wirtschaftssystem zugehöriges Deutschland, und so sehr Handels- und Kulturaustausch hier zu beiderseitigen Verbindungen geführt haben mag, es wären zwei Staatsgebilde, die noch immer im Tauziehen um das für Gesamtdeutschland schließlich gültige System gegeneinander stünden. Uns aber interessiert hier zunächst die Frage, inwieweit die jetzt anvisierten Schritte Entwicklungen zur Wiedervereinigung auf der Grundlage eines vom ganzen deutschen Volk vollzogenen Aktes der Selbstbestimmung herbeiführen können — und unter diesem Gesichtspunkt dürften die bislang aufgeführten Voraussetzungen für eine Verbesserung des politischen Klimas nicht ausreichen.

Wege zur Wiedervereinigung beginnen mit der Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen. Am Anfang dieses Weges stehen wir im Augenblick. Handelsangebote an die DDR, wie sie vorgeschlagen werden, technische Kommissionen, erst auf nichtstaatlicher Ebene, aber doch offenbar mit dem Ziel, sie bei gegebener Zeit auf die politische Ebene zu heben, sind erste erfreuliche Ansätze zu einer solchen Entwicklung.

Sollen diese Kontaktbemühungen zu einer Versachlichung des Klimas führen, dann müssen sie im ersten Stadium strikt sachbezogen sein, d. h. Handelsaustausch um des Handels, Kulturaustausch, Sportaustausch um der Kultur und des Sportes willen. In diesem frühen Stadium sollten politische Forderungen nicht dazu führen, daß weitere Kontakte nicht mehr zustande kommen. Nur aus einer solchen Haltung heraus können Verhandlungssituationen entstehen, in denen weitergehende Fragen zur Sprache gebracht werden können.

Bei allen Verhandlungen mit der DDR wird uns von den Interessen des ganzen Ostblocks her die Frage nach der Vertrauenswürdigkeit unserer Zukunftsabsichten sofort entgegentreten. Denn hier handelt es sich für die östlichen Staaten um eine elementare Frage. Es ist kein Zufall, daß alle östlichen Noten, die sich bislang der deutschen Frage widmeten, auf den militärischen Status Deutschlands das Hauptgewicht legten, und es ist sicher, daß die in den Noten der DDR parallel auftauchenden Stellen die Deckung seitens des gesamten Warschauer Paktes genießen. Denn eben eingedenk einer geschichtlichen Tradition, die wir für beendet halten mögen, die östlichen Völker aber nicht gleichermaßen für unwiederholbar ansehen, läßt sich die Frage der Wiedervereinigung von Bundesrepublik und DDR nicht von der Frage nach einer dauerhaften europäischen Sicherheit trennen. Bogislav v. Bonin hat in den letzten Jahren überzeugend — und leider mit viel zu wenig Resonanz bei den entscheidenden Führungsstellen — darauf hingewiesen, daß bei nüchterner Betrachtung im Grunde genommen kein russischer General, stünde er nun im Dienste des Zaren oder der KPdSU, auch nur eine Division aus dem Bereich zwischen Elbe und Oder abziehen kann, so lange diesseits der Elbe eine modern gerüstete Armee mit einer Mannschaftsstärke von 750 000 Mann steht. In der Tat liegt hier eines der Hindernisse, auf das innerdeutsche Verhandlungsinitiativen, wo immer sie ansetzen, stoßen müssen, sowie sie in ein weitergehendes Stadium rücken.

Man muß sich das Bild, das die gegenwärtige offizielle Politik der Bundesrepublik den für den Wiedervereinigungsprozeß unerläßlichen östlichen Partnerstaaten im Augenblick bietet, ohne Beschönigung vor Augen halten. Es ist das Bild eines zur multilateralen NATO-Atommacht strebenden Staates, dessen Regierung den Anspruch auf die Grenzen von 1937 soeben bekräftigt hat, und der im Innern durch Territorial-Armee, Luftschutz-, Selbstschutz- und Notstandsmaßnahmen die Signale setzt. Von diesem Staat gehen nun Bemühungen besonnenerer Politiker aus, die in Phasen zur Wiedervereinigung führen sollen. Man stelle sich für einen Augenblick vor, auf der anderen Seite, nämlich in Ost-Berlin, stände nicht Walter Ulbricht, sondern ein Mann von der Sinnesart eines Gomulka: — man wird leicht erkennen, daß das in diesem entscheidenden Punkt nicht das geringste ändern könnte. Denn so lange sich ein Prozeß der beiderseitigen deutschen Annäherung nur im Rahmen der Übereinstimmung mit den Blockpartnern vollziehen kann — und in dieser Lage sind wir, auf der westlichen Seite Deutschlands nicht weniger als auf der östlichen —, so lange ist es keinem Mann an der Spitze der DDR, selbst wenn er es wollte, möglich, die Wiedervereinigung mit einem hochgerüsteten, in seinen Ansprüchen und seinen militärischen Möglichkeiten über das Territorium der DDR hinauszielenden Westdeutschland zu vollziehen.

Wir sagten oben, eine Anerkennung des Status quo sei nur deshalb vertretbar, weil ohne sie seine Veränderung unmöglich bleibt. So gewiß wie dies ist aber auch ein zweites: daß keine Veränderung des Status quo unseren Wünschen genügen kann, wenn sie nicht letztlich, selbst wenn es lange dauern sollte, zu einem Akt freier Wahlen, also nur Wiedervereinigung durch Selbstbestimmung führt. Und eben dies, was ja auch der anderen Seite nicht unbekannt ist, macht neben

allen anderen Schwierigkeiten das folgende zu einer sicheren These: es wird von östlicher Seite her keine Entwicklung zur deutschen Selbstbestimmung hin akzeptiert werden können, wenn es denkbar bleibt, daß die Selbstbestimmung der mit uns wiedervereinigten 17 Millionen genutzt werden kann im Sinn einer Selbstbestimmung zu offensiver anti-östlicher Politik.

Weniger auf Grund von Erklärungen und Zusicherungen als auf Grund von Tatsachen muß also schon in den allerersten Phasen eines Normalisierungs- und Annäherungsprozesses für die östlichen Nachbarn der DDR sichtbar werden, daß wir den militärischen Machtapparat keineswegs so hoch schätzen, wie es bei derartigen Hintergedanken vonnöten wäre. Der Verzicht auf die Bemühungen um eine Beteiligung an der multilateralen Atommacht der NATO ist eine der ersten Maßnahmen, die in diesem Sinne unsererseits notwendig wird, weil sich ohne sie überhaupt keine Tür wird auftun lassen. Militärisch muß die Bundesrepublik weitgehend abbauen, was u. a. heute den Ostblock jenseits aller ideologischen Überlegungen hindert, die DDR in die riskanten Gewässer eines zu engen Zusammenspiels zu entlassen. Bogislav v. Bonin schlägt beispielsweise vor, die Bundeswehr auf eine Stärke von 200 000 Mann zu reduzieren und diese Armee, da im gegenwärtigen Zeitabschnitt kein Konfliktsfall mit westlichen Nachbarländern vorstellbar ist, unmittelbar an der Zonengrenze zu stationieren. Das hätte einen doppelten positiven Effekt: ein solches Heer wäre nach Meinung v. Bonins ausreichend, um die Bundesrepublik zu schützen; zugleich aber würde der Welt demonstriert, daß diese Armee in der Tat keinem anderen Zweck, als eben dem der Sicherung der Bundesrepublik dient. Das entzöge nicht nur den Militärs der Ostblockstaaten ihr vorläufig noch geradezu zwingendes Interesse an einer fest in den Ostblock integrierten DDR, es würde auch den Stand der Bundesrepublik im westlichen und neutralen Ausland, auf dessen Gestimmtheit es ja bei der Wiedervereinigung entscheidend ankommen wird, ganz erheblich verändern.

Wir legen uns meistenteils viel zu wenig Rechenschaft über die Schatten ab, die auch im nichtkommunistischen Ausland durch manche unserer vehementen außen- und innenpolitischen Vorstöße auf das Bild der Bundesrepublik fallen. Nicht nur das Drängen nach einer Teilhaberschaft an atomaren Vergeltungsmöglichkeiten, auch die Reden auf den Vertriebenen-Kundgebungen, seltsame Sympathie-Erklärungen in Richtung Madrid und Lissabon, und alles, was irgendwie Erinnerungen an die Zeiten des Dritten Reiches wachruft, hinterläßt im Ausland Eindrücke, die für den Grad der Bereitschaft, uns letztlich bei unserem Drängen auf Wiedervereinigung die entscheidende, ins Gewicht fallende Unterstützung zu geben, nicht ohne Folgen bleiben. Als Dr. Thomas Dehler kürzlich aus Prag zurückkehrte, berichtete er, daß man dort jedem Wort, das von Politikern wie Seebohm etc. geäußert wird, übertriebene Bedeutung beimesse. Wie weit wirkliches Vertrauen in die Aufrichtigkeit des deutschen Selbstbestimmungsverlangens bei den westlichen, östlichen und neutralen Staaten aufkommen wird, hängt jedoch weniger davon ab, wie glaubwürdig unsere Militärs, unsere Vertriebenen-Funktionäre und Vorsitzenden antikommunistischer Exilorganisationen erklären, daß sie Gewaltanwendungen aus ihren Gedanken ausschließen. Hier wird mit von Fall zu Fall wechselnder Resonanz Behauptung gegen Behauptung stehen bleiben, solange der östlichen Überzeugung vom revanschistischen Charakter der Bonner Politik nicht einleuchtend für die ganze Welt einfach dadurch der Boden entzogen wird, daß sich von den Möglichkeiten der Bundesrepublik her eine solche Entwicklung nicht vorstellen läßt. Es ist ein Unterschied, ob die Führung der stärksten Armee Westeuropas, die überdies atomare Mitsprachebefugnis verlangt, von sich selber sagt, daß sie nur defensiv sei, oder ob dies für die Sachverständigen

aus der Stärke, der Art des Aufbaus und der Bewaffnung dieser Armee von selber hervorgeht.

Im Grunde sind damit Fragen angeschnitten, die zum Teil innenpolitischer Natur sind. Denn es läßt sich ja nicht übersehen, daß die Belastungen, die heute jeglicher Bemühung um ein Vorankommen auf dem Wege der Wiedervereinigung wie Bleiklötze anhängen, uns von politischen Gruppen in den Weg gelegt werden, die sich in der einen oder anderen Ausprägung mit dem einen oder anderen speziellen Ziel heutzutage in jedem Lande erkennen lassen und die überall den auf der Höhe der Zeit stehenden Politikern das Leben schwer machen. Es sind Kreise, die man vielleicht am treffendsten als geschichtsblinde Kräfte bezeichnen kann, und wenn in diesen Zeilen die Möglichkeiten für eine deutsche Wiedervereinigung mit einigem Optimismus beurteilt werden, so deshalb, weil sich die geschichtsblinden Kräfte eigentlich überall in der Welt erkennbar auf dem Rückzug befinden.

Als prototypisch kann die Entwicklung gelten, die sich innerhalb weniger Jahre in den USA vollzog. Was dort an geschichtsblinden Widerstand dem nur mit knapper Mehrheit gewählten jungen Präsidenten entgegenschlug, was gegen seine moderne Haltung zur Frage des Rassenstreits ebenso wie gegen seine Koexistenzbereitschaft anrannte — wer gäbe dem heute, drei Jahre später, noch eine Chance, jemals wieder das Bild der offiziellen amerikanischen Politik zu prägen? In Europa ist es im wesentlichen nicht anders. Nimmt man das Entwicklungsbild der europäischen Politik, so zeigt sich, selbst bis nach Spanien hinein, daß sich modernere Denkweisen überall, wenn auch langsam, vor die Erstarrung des letzten Jahrzehnts schieben.

Bekanntlich sind es die starren und geschichtlich nicht mehr anpassungsfähigen Kräfte, die in all diesen Ländern einer flexibleren Handhabung der Beziehungen zum Osten den schärfsten und mächtigsten Widerstand entgegensetzten, weil ihnen die Kategorie der Beweglichkeit abging und sie den Boden unter den Füßen verloren, sowie sich die Fronten auch nur im geringsten verwischten. Die Maximalansprüche, die Forderung „Alles oder Nichts" rührte von ihnen her oder hatte zumindest in ihren Kreisen die überzeugteste Anhängerschaft. Mit Männern wie Außenminister Schröder, Bundeskanzler Erhard und Vizekanzler Mende sind nun zweifellos auch in der Bundesrepublik Repräsentanten einer politischen Generation in die Verantwortung gelangt, denen im Gegensatz zu Adenauer politische Elastizität kein Buch mit sieben Siegeln mehr ist. Es gibt keinen Anlaß, zu zweifeln, daß dies nicht nur ein glücklicher Zufall ist, sondern ein Symptom dafür, daß die allgemeine Entwicklung um unser Land keinen Bogen macht. Die Maximalforderungen, seien sie nun militärischen oder territorialen Inhalts, werden mitsamt ihren Trägern von Jahr zu Jahr mehr in den Hintergrund treten, weil sich die maßvolleren, auf das Mögliche konzentrierten Forderungen bei der Mehrheit aller Politiker durchzusetzen beginnen, auf Grund des gesamten internationalen Klimas und des Entwicklungszuges, der allgemein in der Welt nicht auf die Zuspitzung, sondern die Abflachung der Gegensätze hintendiert.

Damit würde sich nicht nur die Aussicht eröffnen, daß die jetzt angestrebten Kontakte zwischen den beiden deutschen Staaten an der militärischen Kraftentfaltung der Bundesrepublik und an der Frage von Oder-Neiße-Grenze und Hallstein-Doktrin kein zwangsläufiges Ende zu finden brauchen. Es würde sich gleichzeitig auch für eine spätere Etappe, die für das Zustandekommen der Wiedervereinigung selbst von Gewicht ist, die notwendige innere Voraussetzung ergeben. Bis zu einer Art föderativem Bund der gesellschaftlich nach wie vor unterschiedlichen Staaten läßt sich ein Prozeß der Versachlichung und Intensivierung

der beiderseitigen Beziehungen relativ mühelos denken. Auch der Zustand, der während der Zeit eines solchen föderativen Zusammen- oder Nebeneinander-Existierens der beiden Staaten herrschte, wäre im Sinne beiderseitiger Achtung der koexistentiellen Regeln in ungefähr vorstellbar. Aber in diesem föderartiven Gremium, in dem die Regierungen beider Staaten Fragen der beiderseitigen Zusammenarbeit besprechen und über weitere Annäherungsschritte beraten, müßte ja dann von der Bundesrepublik die Forderung nach freien Wahlen zur Debatte gestellt werden. Und im Vorausblick auf diesen Zeitpunkt ist allerdings von Belang, wie der Staat aussieht, der für die Durchsetzung dieser Forderung in die entscheidende Kampfrunde geht und Verbündete sucht.

Wenn der DDR eine Bundesrepublik gegenübersteht, dergegenüber jeder Vorwurf, sie verfolge weitergehende Absichten als die friedliche Wiedervereinigung, auf Grund ihrer faktischen Verhältnisse lächerlich ist, dann steht ihr eine international starke und angesehene Bundesrepublik gegenüber. Es käme also darauf an, daß sich die Bundesrepublik so bald wie möglich den Blicken der Welt darstellen könnte:

als eine mustergültige Demokratie, über der keinerlei Schatten liegt, der zur Keimzelle neuen großdeutschen Dranges nach Osten werden könnte;

als eine Wirtschaftsmacht, die sich auf Grund ihrer Handelspolitik und ihrer Marktverbindung ausweist als an harmonischen Beziehungen nach West und Ost hin interessiert;

als eine politische Macht, die ihren Willen zur Abrüstung und Entspannung permanent nachgewiesen und durch die Einwilligung in vorausgegangene vertragliche Abmachungen zur Reduzierung der Streitkräfte unter Beweis gestellt hat.

Es versteht sich, daß heute niemand mit der Gebärde des Wissenden vorhersagen kann, wie sich der Übergang von einem föderativen Zustand zur staatlichen Einheit im einzelnen wird erreichen lassen. Jeder setzt dabei voraus, daß ihm die Geschichte der nächsten Jahre zu Hilfe kommt und Entwicklungen mit sich bringt, die seinem Ziel günstig sind. Und solche Erwartungen braucht man nicht mehr als bloßes Wunschdenken abzutun, es gibt immerhin Anzeichen dafür, daß sie mit einem gewissen Grad von Wahrscheinlichkeit zu Recht bestehen. Dann aber wird die Frage, ob aus dem föderativen Zustand die freien Wahlen hervorgehen können oder nicht, eines Tages in der Tat — aber nur völlig anders, als Adenauer es dachte — eine Frage der Stärke sein. Nicht der Stärke der Rüstung — denn eben damit erreichen wir nichts; wohl aber der Stärke der wirtschaftlichen und sozialen Leistungskraft, der Anziehungskraft einer vorbildlichen Demokratie, der Stärke unserer internationalen Stellung, die sich auf eben diesen allgemein anerkannten Eigenschaften gründen muß. Das Gewicht solcher Kraft fällt auf die Dauer in die Waagschale. — Allerdings sind die hier aufgezählten Bedingungen, die noch lange nicht selbstverständlich sind, und die nur in einem zähen Ringen mit den unverbesserlichen ‚harten' politischen Kräften in unserem Staat durchgesetzt werden können, geradezu unerläßliche Voraussetzungen dafür, daß die Entwicklung bis dahin voranschreiten kann.

Versucht man, sich vom Boden dieser Voraussetzungen her eine Vorstellung davon zu machen, wie die jetzt sichtbar werdenden Bemühungen eine Entwicklung bis hin zur Wiedervereinigung ermöglichen könnten, dann lassen sich ungefähr folgende Phasen voraussehen:

In einer ersten Phase Bemühungen um die Versachlichung des Klimas zwischen den beiden deutschen Staaten, und zwar, etwa dem Vorschlag Mendes entsprechend, durch Kontakte auf kirchlicher Ebene, auf der Ebene von Sportverbänden, der Hochschullehrerschaft und der Studentenverbände, der Kunst und der Wissenschaft. Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen.

Als nächster denkbarer Schritt Bildung von Expertenkommissionen, also von Gremien, in denen Fachleute Vorschläge zur Lösung gemeinsam interessierender Fragen, wie etwa eines erleichterten Reiseverkehrs, eines Erfahrungsaustauschs auf dem Gebiete der friedlichen Nutzung der Atomenergie und weiterer Verbesserungen der kulturellen Beziehungen, ihren Regierungen zur Beratung vorlegen. Gleichzeitig Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen.

Die zweite Phase würde die so entstandenen Beziehungen auf die offizielle diplomatische Ebene heben. Ständige Kontaktgespräche zwischen Regierungsvertretern müßten zum Thema haben: beiderseitigen Verzicht auf Besitz und Lagerung von Nuklearwaffen (man wird sagen, dies sei eine Vorleistung — aber dann wird man nicht sagen können, wie es überhaupt weitergehen soll), Einigung auf ein beiderseitiges Nichtangriffsversprechen und eine beiderseitige Begrenzung der Rüstungen, Einigung auf die Umrisse eines Friedensvertrages, einschließlich der endgültigen Regelung der Oder-Neiße-Frage, Einigung auf die Verlagerung der Regierungskontakte in eine Art föderatives Gremium.

Vor oder nach der Bildung dieses Gremiums: Friedenskonferenz und Unterzeichnung des Friedensvertrags nach einem ausgehandelten Modus.

Die dritte Phase wäre die des föderativen Zusammenlebens der beiden noch selbständigen Staaten; sie ist gekennzeichnet durch die Koexistenz der beiden staatlichen Gebilde auf der vom Friedensvertrag umrissenen Grundlage und durch die Vorbereitung gesamtdeutscher freier Wahlen.

Beide Staaten vergewissern sich, daß sie am Tage der Wiedervereinigung aus den Verpflichtungen ihrer militärischen Blockbindung entlassen werden und lassen mit den vier Großmächten und evtl. weiteren Schutzmächten einen Sicherheitspakt aushandeln, der die militärische Neutralität des künftigen Gesamtdeutschland garantiert.

Vierte Phase: freie Wahlen in beiden Teilen Deutschlands, aus denen eine gesamtdeutsche Nationalversammlung hervorgeht, die an den Friedensvertrag und den Sicherheitspakt völkerrechtlich gebunden ist, im übrigen aber keinen Beschränkungen ihrer Handlungsfreiheit unterliegt. Bildung einer gesamtdeutschen Regierung.

Jeder Entwurf dieser Art krankt daran, daß er ein Vorgriff in die Zukunft ist. Das Kriterium dafür, ob er realistisch ist oder nicht, liegt aber immer nur darin, ob sein Ziel nach menschlichem Ermessen, den guten Willen und die erforderlichen Anstrengungen vorausgesetzt, erreichbar sein kann. Wo ein neuer Anfang gemacht wird, ist die Frage berechtigt, wohin er uns führen kann und wohin nicht. Die Frage, ob die Vorschläge, die von Mende und Schütz gemacht werden, Wege zur Wiedervereinigung eröffnen können, wenn sie zur offiziellen Politik der Regierung Erhard erhoben werden, läßt sich nur durch ein derartiges Weiterdenken in die Zukunft, das sich an den heute sichtbaren und wißbaren Gegebenheiten orientiert, beantworten. Und von daher fällt die Antwort günstig aus. Ja, auf diesem Wege läßt sich eine Entwicklung, die bis zur Wiedervereinigung unseres Volkes führt, denken.

Aber es hängt nicht allein, wie landläufig oft geglaubt wird, vom guten Willen oder der Schwäche der anderen Seite ab, ob ein möglicher Weg auch politische Wirklichkeit wird. Es hängt zunächst einmal von uns selber ab. Um es im Bild zu sagen: für eine an der multilaterale NATO-Atommacht partizipierende Bundesrepublik ist der Weg zu schmal; sie wird bei den ersten Schritten bereits stecken bleiben. Für eine Bundesrepublik, die den Ballast ihrer autoritären und geschichtsblinden Kräfte, ihrer Rufer nach den Grenzen von 1937 und der Befreiung Ost-Europas, auf diesem Weg mitzunehmen versucht, ist er desgleichen zu schmal;

sie wird keinen Schritt vorankommen können. Lassen wir dieses Gepäck der Vergangenheit aber zurück, dann ist der Weg aussichtsreich. Einer entspannungswilligen, der Abrüstung und der Koexistenz zuschreitenden Demokratie, die ihre Nixons, Goldwaters und Diems überwunden hat und einen Schuß Kennedyschen Mutes besitzt, bietet sich dieser Weg als gangbar und durchaus erfolgversprechend an.

Hier also gilt es zu ändern, wenn die vor uns liegenden Möglichkeiten mit Vernunft und wirklichem Ernst genutzt werden sollen. Hier haben wir mitzuhelfen, denn hier liegen die ersten und wichtigsten Aufgaben. Wege zur Wiedervereinigung sind in Sicht — zum ersten Mal seit Adenauers Truppenangebot an die Westmächte! Zwischen den sichtbaren Wegen und unserem augenblicklichen Standort aber liegen wie Schrottberge die Relikte der Adenauerschen „Politik der Stärke", samt all ihren Illusionen, ihres Aufrüstungsfiebers, ihrer anachronistischen Interessen-Kampfgruppen und ihrer Notstandspsychose. Wir können diese Berge wegräumen und damit den Weg für die neuen Gedanken der neuen Männer nach Adenauer freilegen — am Versuch, die Berge von gestern in Richtung des neuen Weges mitzuzerren, werden wir scheitern.

Daher: es gibt zunächst so viel Aussicht auf eine Entwicklung zur Wiedervereinigung hin, wie die Politik Erhards den Mut aufbringt, und auch von uns ermutigt wird, für das möglich gewordene Neue das mit ihm unmöglich vereinbare Alte hinter sich zu lassen. Daß das geschieht, dafür sprechen die Zeichen der Zeit und die Logik, noch nicht die Politiker. Deshalb wandeln wir den Zuruf, der uns eigentlich auf den Lippen liegt, nämlich: „Wir heißen Euch hoffen!" lieber um in die nüchterne Mahnung: vor uns allen liegt ein gewaltiges Stück Arbeit!

Prof. D. Josef L. Hromádka, Prag

Im Ringen um den Menschen und die echte Koexistenz

Anläßlich seiner Teilnahme an einer kirchlichen „Ost-West-Begegnung" und einer Regionalkonferenz der „Prager Christlichen Friedenskonferenz" in Köln am 30. November / 1. Dezember 1963 haben wir Prof. D. Josef L. Hromádka gebeten, die Zielsetzung der in der Bundesrepublik vielfach mißverstandenen, zum Teil absichtsvoll mißdeuteten „Christlichen Friedenskonferenz" zu erläutern, deren Präsident Prof. Hromádka seit 1958 ist.
D. Red.

I.

Wir haben die Vorarbeiten zu der ersten Allchristlichen Friedensversammlung 1961 mit Furcht und Zittern getan, in Ungewißheit darüber, ob wir der Aufgabe, die wir uns vorgenommen hatten, gewachsen sind. Wir waren nicht sicher, ob unser Bestreben in der Weltchristenheit genug Widerhall finden würde. Wir versuchten, unsere Arbeit auf die Bibel zu gründen, um deutlich zu machen, daß wir unser Ringen um den Frieden unter den Völkern in den tieferen Dimensionen der menschlichen Gemeinschaft führen wollen.

Die katastrophenartigen Entwicklungen seit 1914, die Kriege und ihre Folgen, haben nicht nur die internationalen, d. h. politischen Beziehungen, sondern auch

geistige Werte und ethische Normen zerrüttet, ohne die man eine wirklich dauerhafte friedliche Koexistenz nicht aufbauen kann. Wir sind an unsere Arbeit mit dem bußfertigen Bewußtsein herangetreten, daß die Christenheit selbst zersplittert, geistlich geschwächt und erschöpft ist, und daß ihr Bemühen um friedliche Koexistenz in der Welt unfruchtbar bleibt, wenn nicht die Kirche im ganzen wie in einzelnen Gemeinden eine wahre Erneuerung erlebt. In unserer Arbeit haben wir immer darauf aufmerksam gemacht, daß unsere Bestrebungen weit über den rein politisch-diplomatischen Bereich hinausgehen, daß wir jedoch durch unsere Tätigkeit eine Basis und die Atmosphäre schaffen wollen, die die Voraussetzung für das Gedeihen von Verhandlungen auf politisch-diplomatischer Ebene ist. Wir kennen unsere Mängel; aber wir glauben, daß wir wenigstens den ersten Schritt gemacht haben.

Auf der zweiten Versammlung im Juni 1964 werden wir das Thema „Unser Bund ist Leben und Friede" (Maleachi 2,5) behandeln. Wir werden alle drei Begriffe erörtern: B u n d , F r i e d e und L e b e n. Im Rahmen der Diskussion über den ersten Begriff werden wir den Grund und den Ausgangspunkt unserer Tätigkeit erläutern. Unsere Tätigkeit wird uns zur Verpflichtung als eine Konsequenz des Bundes, zu welchem wir durch die Botschaft des Evangeliums gerufen sind. Es wird nun darum gehen, daß wir noch deutlicher als bisher vor der Kirche und vor der Welt bezeugen, daß alle unsere Aktionen in ihrer Tiefe durch das Evangelium motiviert sind, wenn auch ihre konkrete Gestaltung die heutigen Bedürfnisse des elementaren menschlichen Zusammenlebens widerspiegelt. Mit dem Begriff „Friede" werden die tieferen Dimensionen der friedlichen Koexistenz angedeutet: es geht nicht nur um einen äußeren politischen internationalen Zustand ohne Krieg, sondern um die Voraussetzungen für eine schöpferische Zusammenarbeit von Völkern mit einem verschiedenen sozialen und kulturellen Erbe oder System. Und mit dem Begriff „Leben" werden wir schließlich den Sinn, die Sendung und die Fülle des Menschenlebens untersuchen, die die Sehnsucht wie die Errungenschaften der Vergangenheit und der Gegenwart realisieren.

Wir tun so in vollem Bewußtsein unserer Verantwortung vor unserem Gott, dem Vater Jesu Christi, dem Herrn des Lebens und des Todes, dem Geber des Lebens und des Friedens. Wenn sich durch das Alte Testament der Gedanke der Sehnsucht nach Erfüllung von Gottes Verheißungen zieht, d. h. des Königreichs des wahren Friedens (schalom) auf Erden, so begegnen wir im Neuen Testament der Erfüllung dieser Versprechen in Jesus von Nazareth. Er ist die Quelle und der Geber des wahren Friedens, der Freiheit und der Gerechtigkeit, des echten Menschentums und der brüderlichen Liebe. Ihm sind wir den unbedingten Gehorsam schuldig. Der Glaube an das Evangelium bedeutet nicht nur edle ethische Prinzipien oder Gefühle. Der Glaube ist eine Antwort auf den Eintritt Gottes in das Menschenleben, auf die Einladung zu dem Bund, in welchem Gott mit dem Menschen leben will, und welcher gleichzeitig uns zum Dienst verpflichtet, und zwar zum Dienst an dem Menschen in seiner Not und Angst, in seiner Ohnmacht und Ratlosigkeit, aber auch in seiner Sendung zur Fülle des Friedens und des Lebens.

Wir sind uns dessen bewußt, daß wir nicht nur durch unsere Interessen und Gedanken, sondern vor allem durch den Bund verbunden sind, welchen Gott mit uns in Jesus von Nazareth geschlossen hat. Dieses Bewußtsein soll uns bei allen unseren Verhandlungen und persönlichen Gesprächen leiten.

In unserer Bewegung gibt es verschiedene Ansichten und Vorstellungen über die Gegenwart und die Zukunft, tiefe Unterschiede, ja sogar Gegensätze in der Beurteilung der internationalen Entwicklung, es gibt verschiedene Urteile darüber, wo die größte Gefahr liegt und in welcher Weise wir um die friedliche

Koexistenz ringen sollen. Bei unseren Bemühungen haben wir manche Krise durchgemacht, und auf unseren Schultern liegen die Widersprüche der heutigen Welt. Aber das Bewußtsein, zum Bund des Lebens und des Friedens gerufen zu sein, zwingt uns immer wieder, nicht aufzuhören, bis wir durch Unterredungen und gemeinsame Analysen wenigstens eine solche Einigkeit bei der Lösung der heutigen Probleme erreicht haben, die eine Zusammenarbeit möglich macht.

II.

Ich möchte nicht wiederholen, was ich schon mehrmals in den früheren Beratungen und Konferenzen gesagt habe. Aber es ist wichtig, daß wir unsere Tätigkeit im Rahmen der bisherigen Arbeit sehen, und so den Zusammenhang zwischen dem Gestern und dem Heute verstehen, ja daß wir gewissermaßen zu ermessen versuchen, was uns morgen erwartet. Oft haben wir uns über manche, wenn auch kleine Schritte auf dem Wege der friedlichen Koexistenz gefreut, bald aber wurden wir durch neue akute Krisen in verschiedenen Kontinenten beunruhigt. Im letzten Jahre haben wir mehrmals besprochen und auch heute wollen wir erwägen, wie wir die friedliche Koexistenz verschiedener sozialer und politischer Systeme, verschiedener Kontinente, die friedliche Koexistenz zwischen den reichen und armen, den satten und den hungernden Völkern aufbauen und festigen können.

In besonderem Maße wollen wir die tiefen Vorurteile bekämpfen und überwinden, die aus den Verschiedenheiten der Rasse und Religion, der Geschichte und Kultur erwachsen. Die eigentliche Arbeit wird in gewisser Hinsicht erst dann anfangen, wenn die akute Kriegsgefahr vorbei ist. Der Mord an dem Präsidenten der USA, John F. Kennedy, hat uns auf grausame Weise deutlich gemacht, wie ungeheuer kompliziert und verantwortungsschwer unser Ringen sowohl im internationalen Rahmen wie innenpolitisch, in den jeweiligen Ländern, ist.

Darum haben wir uns mit der Frage beschäftigt: worin die wahre friedliche Koexistenz liegt und auf welche Weise die sozialen, politischen und kulturellen Unterschiede ausgeglichen werden sollen, um die menschliche Gesellschaft in schöpferischer Weise aufzubauen. Wir wollen wahre Unterschiede und scheinbar unüberwindbare Gegensätze nicht übersehen und auch nicht leicht nehmen.

Wir wollen Realisten im biblischen Sinne des Wortes sein. Wir wissen, daß die heutige erschütterte Welt nur durch geduldige Arbeit, durch offene Gespräche und freimütige Begegnungen unserer und kommender Generationen zu einer neuen Ordnung finden kann. Es geht nicht nur um Unterschiede zwischen dem Osten und dem Westen, d. h. zwischen der bürgerlich-demokratischen und der sozialistischen (kommunistischen) Welt. Es geht auch um die Risse innerhalb dieser Gebiete. Wir sehen auch, wie die politische Freiheit der unabhängig gewordenen ehemaligen Kolonialvölker neue Gefahren und schwere, der Zeit der kolonialen Nivellierung und Diktatur unbekannte Konflikte mit sich bringt.

Wir sind uns dessen bewußt, daß man vom Fernen Osten aus die Lage der Welt, die künftige Entwicklung und die konkreten Aufgaben grundsätzlich anders sieht, als sie vom europäischen oder amerikanischen Kontinent aus gesehen werden. Unsere Mitarbeiter außerhalb Europas warnen uns vor einer zu europäischen und dabei einseitig europäischen Orientierung. Sie machen uns darauf aufmerksam, daß unsere europäische Konzeption der Lage als Ost-West-Spannung zwar ein gewisses Recht hat, daß sie aber nicht ausreicht, um die ganze Weltproblematik zu erfassen und um unsere Bewegung wirklich als all-christliche und universale zu bezeichnen.

Es liegt an uns, die Aufgliederung der ganzen heutigen Menschheit zu umfassen, die latenten Krankheiten, die Mängel, Schwierigkeiten und Gegensätze in

allen Kontinenten ernst zu nehmen. Wir sind kein Debattierklub der Mitteleuropäer oder der Europäer und Amerikaner. Wir sind eine Plattform, auf der unsere Brüder und Schwestern von überallher dasselbe Recht und dieselbe Pflicht haben, auf die gefährlichen Probleme hinzuweisen und ihre eigenen Lösungsvorschläge vorzulegen. Wieviel Selbstverleugnung, wieviel innere Freiheit, wieviel Mut und Voraussicht brauchen wir, um richtig zu verstehen, worin die sog. Deutschland-Frage, die Frage der Volksrepublik China, die Frage Kapitalismus und Kommunismus, die Frage der neuen Staaten und ihrer schöpferischen Mitarbeit in der Völkergemeinschaft bestehen! Wieviel Bußfertigkeit und Souveränität des Glaubens sind nötig, damit wir die Schuld der Christen an der heutigen Situation sowie die große Verantwortung der erneuerten Gemeinschaft des Glaubens an das Evangelium in ihrer Tiefe verstehen!

III.

Ich vermute, daß unsere Bewegung sich besonders auf die Frage konzentrieren wird, die in unseren früheren Diskussionen nur am Rande erwähnt wurde, die heute jedoch zum Gegenstand einer systematischen Analyse geworden ist. Die Koexistenz selbst zwingt uns, uns mit der Frage des Menschen und des wahren Inhaltes seines Lebens zu befassen.

Wir merken, daß in der ganzen Welt, in Ost und West, der Mensch, seine Substanz und seine Bestimmung, zum Hauptgegenstand der philosophischen, literarischen und politischen Gespräche wird, und daß die Christen durch das Wort der Propheten und der Apostel hier ihr eigenes Wort zu sagen gerufen sind. Die Vertreter und Philosophen des dialektischen Materialismus (Marxismus-Leninismus) beschäftigen sich immer ernsthafter mit dem Menschen in der neuen Gesellschaft, mit der Frage, wie der Mensch innerlich gestaltet und geformt sein soll, damit er die klassenlose Gesellschaft nicht nur aufbauen, sondern auch erhalten und festigen kann. Im Westen sind sich die hervorragendsten Vertreter der Philosophie, der Literatur, der Kirchen einer schweren Krise des modernen Menschen, seines Glaubens, seiner Überzeugung, Bestimmung und Sendung bewußt. Die, welche am Aufbau des Sozialismus beteiligt sind, wissen also, daß die neue Gesellschaft nur dann bestehen wird, wenn dem Menschen wirklich zu einer höheren Freiheit und Gerechtigkeit und zu einer wahrhaft schöpferischen sozialen und politischen Gemeinschaft verholfen wird. Gleichzeitig ist die westliche Gesellschaft bei all ihren wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften in eine Ära der Krise und Umwandlung geraten. Die wirklich ernsthaften Philosophen und Erzieher sind sich darüber im klaren, daß die Freiheit leicht in Willkür und Anarchie mündet, ja sogar in Ratlosigkeit und Chaos, wenn der Mensch nicht von einer höheren objektiven Ordnung und Bestimmung jeder Einzelperson erfüllt ist.

Was ist der Mensch? Was ist das Leben? Worin liegt die tiefe Dimension des Menschentums, aus welcher all das Schöpferische und Mächtige wächst, all die wahre Freiheit und Gerechtigkeit, die nie austrocknen darf, damit die menschliche Gesellschaft nicht in Desorganisation, Verfall und Dekadenz geraten? Das ist die Frage an alle Christen, ja an alle Menschen.

Wir kommen jetzt zurück zu dem, was wir schon früher erwähnt haben: daß die Frage einer echten friedlichen Koexistenz und des echten Menschentums ein sehr ernstes Problem ist. Als Christen verstehen wir, daß in den Grundsätzen des Glaubens an das Evangelium Jesu Christi von Nazareth kein Kompromiß möglich ist. Unser Aufruf zur Mitarbeit, zum ständigen und tiefgehenden Dialog der verschiedenen politischen, philosophischen, sozialen und kirchlichen Gruppen bedeutet nicht Gleichgültigkeit, keinen falschen Relativismus in den Grundfragen des

Glaubens und der Überzeugungen. Und doch: immer intensiver erfahren wir: je tiefer wir zu den Wurzeln des Evangeliums durchdringen und je entschiedener wir unser Leben in den Dienst am Menschen stellen, desto empfindlicher und empfänglicher verstehen wir das Bestreben, die Schmerzen und Leiden, die Hoffnungen und Sehnsüchte der anderen Menschen, sei es der Gläubigen oder der Nichtgläubigen, der Europäer, Asiaten oder aus welchem Kontinente sonst Stammenden. Und desto offener lernen wir die richtigen Wege im Ringen um den Menschen kennen.

Wir werden uns gemeinsam nicht nur mit der Botschaft über den Menschen, wie wir sie vom Evangelium her kennen, befassen, sondern auch mit der gegenwärtigen Problematik, die durch den Verfall und Zerfall der alten Gesellschaftsordnung, der alten internationalen Gemeinschaft nach den Katastrophen der beiden Weltkriege und im Zusammenhange mit den revolutionären Tendenzen der heutigen Menschheit wie mit der Entwicklung der jungen Staaten und Völker entstanden ist.

Auf diesem Hintergrund werden dann die Fragen der Freiheit, der Gerechtigkeit, des Rechts, des internationalen Ethos erörtert werden, damit wir wenigstens die ersten kleinen Grundsteine für eine echte friedliche Koexistenz legen. Wie riesengroß ist unsere Arbeit, wie schwach sind unsere Kräfte! Aber Gott befohlen!

Pfarrer Rudolf Weckerling

Wer ist J. L. Hromádka?

Diesem gespannt zuhörenden und lebhaft anwortenden Mann, der durch Liebenswürdigkeit und Güte Distanz und Mißtrauen abbaut, merkt der Besucher die 74 Lebensjahre nicht an.

> „Meine Anfänge" — heißt es in einem selbstbiographischen Abriß — „reichen weit in die prähistorische Zeit der oesterreichisch-ungarischen Monarchie zurück. Damals habe ich Theologie studiert. Als junger Vikar und Feldkurat erlebte ich Ende Oktober 1918 den totalen Zusammenbruch der Armee. Es hat mich erschüttert, wie ein so großer Koloß über Nacht zugrunde gehen kann. Ich erlebte unmittelbar, daß in dieser Welt nichts endgültig ist und daß wir wirklich in einer Zeit der Umwälzung, des Umbruchs leben."

So zeigte Hromádka schon früh einen ausgeprägten Sinn für geschichtliche Entwicklungen. Er wurde oft als Geschichtsphilosoph bezeichnet, der sich mehr mit Geschichtsspekulationen als mit Theologie befaßt. Wer dies behauptet, hat sich ein falsches Bild gemacht. Wohl sieht Hromádka in der Erkenntnis der geschichtlichen Situation und ihrer richtigen Deutung eine wesentliche Aufgabe der Theologie. Sein zentrales Anliegen aber ist die rechte Ausrichtung der Botschaft des Evangeliums, die nicht verkoppelt werden darf mit irgendeiner Bindung an eine überkommene Weltanschauung oder Gesellschaftsform. Erst wer begriffen hat, daß es Hromádka darum geht und um nichts anderes, der kann sinnvollerweise in einen kritischen Dialog mit ihm eintreten; der wird dann auch Hromádkas Äußerung in der Festschrift zu Karl Barths 70. Geburtstag (1956) würdigen können:

„Mein Anliegen geht dahin, zu zeigen, daß gerade die Kirche Jesu Christi und ihre Theologie mutig der Geschichte ins Auge schauen und die gegenwärtige Wirklichkeit in aller Nacktheit und Unerbittlichkeit erfassen müssen. Und dies nicht zu dem Zweck, sich der Geschichte und ihren Wandlungen, aus welchen Gründen immer, anzupassen oder sogar die theologische Existenz geschichtsmächtig zu gestalten, sondern um die jeweilige geschichtliche Lage wirklich theologisch zu bewältigen ... Und nun scheint es mir, daß die meisten Theologen und Kirchenmänner Europas nur einige anstößige Begleiterscheinungen des Vordringens des Ostens nach dem Westen sehen, daß sie aber den Sinn und die realste Realität dieser Lage nicht verstehen wollen ... Die Kirche hinkt sehr oft hinter der Geschichte und der politischen Entwicklung her ... Die allergrößte Gefahr besteht in der Gottlosigkeit der Kirche, in ihrer Trägheit, Verständnislosigkeit, Blindheit, Härte des Herzens und in ihrer Feigheit."

Schon diese wenigen Sätze machen klar, warum Hromádka zu den umstrittensten Gestalten der Weltchristenheit gehört. In Deutschland wurde sein Name bekannt durch einen Brief, den sein Freund Karl Barth 1938 mitten in der Tschechen-Krise an ihn schrieb: „Jeder tschechische Soldat, der dann streitet und leidet, wird es auch für uns und ... für die Kirche Jesu Christi tun, die in dem Dunstkreis der Hitler und Mussolini nur entweder der Lächerlichkeit oder der Ausrottung verfallen kann". Nachdem es zu dem von Karl Barth erwarteten Widerstand der Tschechen nicht gekommen war, mußte Hromádka, der u. a. auch wegen seiner Mitarbeit in einem Hilfskomittee für das demokratische Spanien auf der Suchliste der Gestapo stand, den Weg in die Emigration gehen. In den USA erhielt er eine Professur am Princeton Theological Seminary. In den USA und in London erschien im letzten Kriegswinter eine kulturkritische Studie, die den voraussichtlichen Siegermächten die Größe ihrer Verantwortung für die Gewinnung des Friedens vor Augen stellte. Dieses Buch ist 1961 unter dem Titel „Sprung über die Mauer" in deutscher Sprache in Berlin veröffentlicht worden. Es enthält die Vorlesungen, die Hromádka in den USA hielt und die heute noch in eigentümlicher Weise aktuell sind. Die deutsche Ausgabe hat er dem Andenken an den 1960 plötzlich verstorbenen Bonner Theologen Hans Iwand gewidmet, „den Bruder und Mitbegründer der Prager Christlichen Friedenskonferenz, der uns vorangegangen ist auf dem Wege zur Friedensepoche der Menschheit". In dem umgearbeiteten und erweiterten Schlußkapitel wird „die bedrückende Frage" aufgeworfen,

„ob die heutige Christenheit überhaupt in der Lage ist, Sinn und Tiefe des gegenwärtigen Umbruchs, der weit über die sozialpolitische und internationale Ordnung hinausreicht, zu verstehen ... Der Durchschnittschrist steht nicht mit dem Gekreuzigten in der Tiefe der Hölle, des Todes ..., weiß wenig von der majestätischen Freiheit in der Buße und Reue und versteht nicht den neuen Anfang im Wunder der Auferstehung ... Ein Normalchrist lebt heute mehr aus Stimmungen als aus einem klaren Glauben."

Nach seiner Rückkehr in die Tschechoslowakei (1947) wurde Hromádka bald der führende Sprecher des Protestantismus, der sich unter kommunistischer Herrschaft zu bewähren hat. Als theologischer Lehrer und Dekan der Evangelisch-Theologischen Amos-Comenius-Fakultät in Prag versucht er, das besondere Erbe der hussitischen Kirche und der Böhmischen Brüder für unsere Zeit neu zu interpretieren und in der Ökumene fruchtbar zu machen. Seit seinem Auftreten als einer der Hauptreferenten (mit John Foster Dulles!) auf der ersten Weltkirchenkonferenz 1948 in Amsterdam wirkt er unermüdlich im Zentralkomittee und seit 1954 im Exekutivkomittee des Weltkirchenrates, im Reformierten Weltbund und als Initiator der Prager Christlichen Friedenskonferenzen, deren vierte „allchristliche" Tagung im Sommer 1961 stattfand. Hier geht es Hromádka um den jeweils

fälligen Dienst der Kirchen in einer Welt, die durch das geschichtliche Versagen der Christen hart am Rande der Selbstvernichtung lebt. Christliche und kirchliche Existenz ist für ihn kein Selbstzweck. Weil Christus sich mit der Welt und ihren Gefährdungen in der tiefsten Tiefe liebend und rettend solidarisiert hat, macht Hromádka sich keine Sorgen um den Bestand der Kirche oder eines „kirchlichen Raumes" in der sozialistischen Gesellschaft. Er ist bemüht, die Christen für die neuen Aufgaben in dieser Gesellschaftsform und darüber hinaus in der sich rapide verändernden Welt zu öffnen und auszudrücken. Er selbst geht dabei gefährliche und nicht selten mißverstandene Wege. Seine Mitarbeit in der Weltfriedensbewegung wurde ihm als Mitläufertum verübelt, aber sie gab ihm Gelegenheit, die Weltlage genauer zu studieren und an Orten ein christliches Zeugnis abzulegen, an denen dies sonst nicht geschehen wäre. Als ihn die Theologische Fakultät der Humboldt-Universität Berlin 1959 zum Ehrendoktor promovierte, sprach er über das für ihn so bezeichnende Thema „An der Grenze zwischen Kirche und Welt". Sein Leben steht im Dienst eines großen und kleinen Grenzverkehrs. Seine Stellungnahme zur Ungarnkrise 1956, die Verleihung des Leninpreises 1958, sein Eintreten für die Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen sind Beispiel dafür. Mißverständnisse und heftige Kritik haben ihn nie erbittert, sondern zu demütiger und oft entwaffnender Bereitschaft veranlaßt, sich zu stellen und zu verantworten. Viele, die ihn theologisch auf der Linie der Opportunisten und Konformisten sahen und aus ökumenischen Leitungsgremien ausschließen wollten, haben ihre Meinung inzwischen revidiert. Andere freilich sind unbelehrbar geblieben und bringen die gleichen Vorbehalte immer neu vor.

Mit Selbstverteidigung pflegt sich Hromádka nicht aufzuhalten, sondern er ist bemüht, seine Erkenntnis immer neu, immer aktuell und immer besser zu formulieren. Einige Titel seiner in deutscher Sprache erschienenen Werke zeigen die Richtung an, in der er unterwegs ist: „Evangelium für Atheisten" (1958); „Von der Reformation zum Morgen"; „Theologie zwischen gestern und morgen" (1960); „Das Evangelium vom Wege zum Menschen" (1962).

Als Berliner Studenten aus Anlaß der 15-Jahrfeier für Lidice 1957 Prag besuchten sprach Hromádka mit ihnen über sein Grundanliegen und führte im Beisein kommunistischer Funktionäre etwa Folgendes aus:

Unser Staat befindet sich im Stadium einer radikalen Sozialisierung. In dieser Lage bekennen wir Christen mutig und hoffnungsvoll unseren Glauben. Wir können und wollen das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen. Für uns gibt es keinen Unterschied zwischen Kommunismus und Nichtkommunisten. Wir lieben auch die, die uns nicht verstehen. Unser Glaube ist keine Ideologie oder Weltanschauung, sondern Zeugnis von dem, was Gott durch Jesus Christus tut. Nur durch mein Zeugnis wird sich erweisen, daß die Menschen nicht recht haben, die dem Christentum den Untergang prophezeien. Wir haben ebensoviel Freiheit, wie wir Mut dazu aufbringen. Ich fühle mich freier als manche Kollegen im Westen, die in einem dunklen Kommunismus das Schicksal sehen. Nicht die Kommunisten sind es, die unsere Zukunft und unser Schicksal in Händen haben. Wir müssen durch unsere Arbeit den Staat mitgestalten und Verantwortung für die neue Gesellschaft übernehmen. Wir müssen durch Christus und den Heiligen Geist gebildete Menschen werden und so dem Kommunisten zu einem Rätsel, zu einem Geheimnis werden und ihm auf einer ganz anderen Ebene begegnen.

Es ist verständlich, daß auch in der Tschechoslowakei Christen diesen Weg für ungangbar und utopisch halten. Doch auch sie erkennen an, daß Hromádka eine Richtung einschlägt, die nach vorn weist. Er kann und will keine Patentlösung

anbieten. Aber niemand sollte urteilen oder gar verurteilen, der sich nicht ernsthaft mit seinen Gedanken befaßt hat. Karl Barth hat in aller Vorsicht und Umsicht die Bedeutung Hromádkas für die Christenheit im Nachwort zu „Evangelium für Atheisten" folgendermaßen charakterisiert:

> „Die Stimme Josef Hromádkas ist eine Stimme aus der Gemeinde Jesu Christi im heutigen Osten. Die Gemeinde Jesu Christi ist, lebt, redet auch dort. Daß dem so ist, das ist für uns, die wir ihr im heutigen Westen angehören möchten, wichtiger und interessanter als alles, was wir sonst von dort zu hören bekommen. Und diese Stimme richtig zu verstehen, ist für uns dringlicher als die Deutungsversuche, mit denen wir das, was dort sonst geschieht, mit mehr oder weniger Aufgeschlossenheit, Sachkunde und Sympathie verfolgen mögen."

Heinz Abosch

De Gaulle und die Folgen

Auf einem der letzten Empfänge, den der französische Staatspräsident den Parlamentariern gab, erklärte er mit stolzer Zuversicht: „Wir sind das einzige beständige und solide Land. Das habe ich gebracht und das wird nach mir bleiben . . ." Tatsächlich wird kein Gedanke in Frankreich weniger geteilt als dieser. Insbesondere unter den Anhängern des Generals wird die bange Frage nach der Machterhaltung abgehandelt. Heute sind sie an der Macht, und solange es de Gaulle gibt, werden sie weiter daran teilhaben. Aber was wird, wenn dieser von Glorienschein Umgebene nicht mehr an seinem Platz ist? Da sind sie allesamt — ob sie zur Regierungspartei oder zur Opposition gehören — weit weniger zuversichtlich als der General selber.

Das Symbol

Nach ihm kommt die Ungewißheit. Für die einen die Angst um die Erhaltung des Regimes, für die anderen die Hoffnung, es zu ersetzen. Zweifellos gab de Gaulle dem Lande die Regierungsstabilität, was ihn in vielen Augen günstig abhebt von der Vierten Republik, die fast ununterbrochen Kabinettskrisen kannte. Er verfügt über eine reelle und gesetzlich ihm zuerkannte Macht wie keiner seiner republikanischen Vorgänger. Um Verwandtes zu finden, muß man auf außerhalb der Demokratie sich anbietende Beispiele zurückgreifen: auf Pétain, auf die beiden Napoléon. Ein so achtsamer Beobachter wie Professor Raymond Aron kennzeichnet das bestehende Regime denn auch nicht als demokratisch, sondern als „aufgeklärte Monarchie". Seine Solidität erhält es durch nichts anderes als durch de Gaulle. Er trägt es, sein Name gibt ihm Kraft, sichert ihm eine breite Basis im Volk. Was die Stärke des Regimes ist, bedeutet gleichzeitig seine unheilvolle Schwäche. Eine Monarchie beruht nicht auf der Person des Herrschers, so überragend seine Leistungen auch sein mögen. Die Person ersetzt die Institution nicht, drückt sie nur aus. Anders in Frankreich: Die Fünfte Republik ist Charles de Gaulle, die Institutionen sind nichts ohne ihn, sie wurden für ihn geschaffen, und er erhält sie am Leben. Die Bewegung, die ihn stützt, hat kein anderes Programm als seinen Namen. In Wirklichkeit stützt er sie, die ohne ihn nichts wäre. Er ist nicht nur, wie es das Gesetz besagt, Staatspräsident und Armeeoberhaupt;

er ist tatsächlicher Regisseur des Parlaments, wirklicher Chef der Regierung. Seine legale Macht, die groß ist (ein Artikel 16 räumt ihm diktatorische Befugnisse ein, wenn er solche für notwendig erachtet), wächst weit darüber hinaus durch die effektive Macht, die sein Nimbus ihm verleiht.

Seit Mai 1958 gibt es keinen anderen Parteienkampf mehr als den zwischen de Gaulle und . . . Frankreich. Doch neben seiner hohen Statur steht nichts. Er hat keinen Nebenmann und keinen Erben. Sein Name schart magisch Mehrheiten um sich, schüchtert Widerspenstige ein. Doch ist niemand sichtbar, dem man solche sozusagen akrobatische Leistung zutrauen könnte. Um ihn sind mehr oder weniger tüchtige Fachleute, die Debré, Couve de Murville, Pompidou, Giscard d'Estaing, Peyrefitte, Fouchet; doch nicht einer verfügt über einen annähernd brillanten Namen, nicht einen umgibt die Geschichte mit solcher Aura, nicht einer vermag sich vor Massen solcher Autorität zu versichern. Angesichts der Mannschaft nimmt de Gaulle sich aus wie Gulliver im Reich der Zwerge. Zumeist sind es hohe Beamte, die in der Anonymität der Kabinette agierten, ohne daß die Öffentlichkeit von ihrem Vorhandensein erfuhr. Und noch heute vermögen sie nicht deren Aufmerksamkeit zu erregen, geschweige denn Begeisterung zu entfesseln. Man sieht in ihnen nichts anderes als Ausführende des Herrn. Das ist die vorherrschende Überzeugung, auch wenn sie nicht ganz der wahren Lage entspricht: Trotz des Nimbus, der ihn über alle erhebt, ist der Präsident kein einzelgängerischer Diktator, der — koste es, was es wolle — persönlichen Schrullen nachgeht. Er weiß die ihn umgebenden Mächte von Finanz, Heer, Staat zu respektieren; und so sehr er eigenwillig sie beeinflußt, so sehr berücksichtigt er deren Zielsetzungen. Kein säbelrasselnder Wirrkopf, ist er viel eher ein Schlichter widerstreitender Kräfte. Kein wilder Draufgänger, wohl aber ein Mann abwägender Vorsicht, gewohnt — wie bei der Abwicklung des Algerienkrieges —, zeitraubende verschlungene Umwege einzuschlagen. Die Macht seines Namens übertrug ihm, was einst dem Parlament gehörte, da es sich in Impotenz erschöpfte.

Doch die für ihn zugeschnittene und im Herbst 1962 nach seinen Wünschen abgeänderte Verfassung verlangt nach einer Figur ähnlichen Ausmaßes. Sie gibt es nirgends. Auch in der Armee nicht. Marschall Juin, der ranghöchste Offizier, ist mit der äußersten Rechten kompromittiert. Anderen, weniger Besternten, geht es nicht besser. Noch andere sind reine Militärs, keine Politiker. Dem Thronanwärter, Comte de Paris, der ebenfalls im Nachfolgegespräch erwähnt wird, kann man keine günstigere Prognose stellen. Er ist ein verständnisvoller liberaler Kopf, der durch ein regelmäßig erscheinendes Bulletin Beachtung findet, doch über aristokratische Salons der Hauptstadt ragt er nicht hinaus. Es ist im übrigen denkbar, daß de Gaulle eine monarchistische Lösung nicht für die schlechteste hält. In den dreißiger Jahren stand er dem Kreis der Action française nahe. Doch ist er inzwischen so weise geworden, um die unendliche Schwierigkeit des Projekts einzusehen. Heute und für lange Zeit kann man es nur in den Bereich des Wolkenkuckucksheims ansiedeln.

Allen fehlt die historische Aureole, die sich de Gaulle am 18. Juni 1940 erwarb, als er zur Fortsetzung des Kriegs gegen Deutschland aufrief. Dadurch wurde er nicht nur zum nationalen Retter, er erwarb sich bis heute Sympathien in Kreisen, die ansonsten politisierenden Militärs mißtrauen. Wie sehr de Gaulle über den Radius der Gaullisten hinausgreift, bestätigte sich im Herbst 1962. Während diese in der Parlamentswahl etwa 30 Prozent der Stimmen erhielten, billigten über 60 Prozent die Verfassungsänderung, welche, nach dem Vorschlag de Gaulles, die Präsidentenwahl direkt durch das Volk vorsieht. Dadurch verliert das Parlament ein Vorrecht, des es in der Dritten wie Vierten Republik innehatte, während die Zweite, 1848, nur darauf verzichtete, um einem Napoleon die Thronbestei-

gung zu erlauben. Das ist keine gute Erinnerung: Man sieht, daß — den zuversichtlichen Prophezeiungen de Gaulles zum Trotz — gerade die direkte Volkswahl den Weg zum Abenteuer freilegen kann. Um diese Methode zu empfehlen, erinnern ihre Verteidiger seltsamerweise nicht an die naheliegenden französischen Exempel, sondern an die USA. Auch dort würde der Präsident vom Volk gewählt, was ein stabiles Regime und die Sicherung der Demokratie ermöglicht hätte. Doch ist es falsch, Verfassungssysteme zimmern zu wollen, ohne die konkrete, geschichtlich geformte Situation jedes Landes zu berücksichtigen. In den USA gibt es zwei große Parteien, die die Präsidentenwahl ebenso entscheiden wie die Zusammensetzung von Kongreß und Senat. Frankreich wird seit altersher von einer Parteienvielzahl gekennkeichnet. Dies künstlich beenden zu wollen, kommt einer Gewaltanwendung gleich, die nichts Gutes mit sich bringen kann. Im Unterschied zum amerikanischen Beispiel ist jedoch der gaullistische Versuch ein solcher künstlicher Eingriff. Wie wir sahen, beruht er nicht auf der Stärke einer demokratischen Partei, sondern auf der Anziehungskraft eines Mannes. Mendès-France untersuchte die Folgen des präsidialen Regimes für Frankreich (La République moderne, Gallimard) *) und kam zum Schluß, daß die gewaltsame Zweiteilung der politischen Lager die Rechte bevorzugen müsse: sie würde sich mehr denn je der Demagogie des Antikommunismus hingeben, um eine gespaltene Linke zu beherrschen.

> „Man wird weder von Planung, noch von Europa, noch von Wirtschaftsreformen sprechen ... Die geschickt angefachte Furcht des Kommunismus — das ist das verfolgte Ziel — wird einen Aderlaß von Stimmen der Mitte und der linken Mitte nach rechts bewirken."

Durch solche Manipulation wird die Lage sicher nicht stabilisiert, sondern aufs höchste gefährdet. Frankreich würde kein neues Amerika werden, wohl aber, wie Mendès France feststellt, in „die Bahn des Bonapartismus gezogen, der seit eineinhalb Jahrhunderten nicht aufgehört hat, dieses Land zu bedrohen, indem er jedesmal, wenn es sich ihm ergab, dramatische Enttäuschungen heraufbeschwor."

Die neue Lösung, weit davon entfernt, das Regime zu sichern, wird es endgültig gefährden. Die Entmachtung der Parteien sollte fortgesetzt werden, doch verlangt dies ein mit Aureole umgebenes Symbol. Nichts davon ist sichtbar, und solche Symbole werden nicht in kurzer Zeit fabriziert. Die Parteien, im Parlament entmachtet, werden die Präsidentenwahl in einen Parteienkampf verwandeln. Von einem Platz verjagt, werden sie auf einem anderen ihre Zelte errichten. Die nächste Wahl soll 1965 stattfinden. Dann ist de Gaulle 75jährig. Wenn auch das Beispiel Adenauers zeigt, daß dies kein Rücktrittsalter zu sein braucht, so sollte man es dennoch nicht verallgemeinern. Es ist eine Notlösung, die hier wie dort keinem demokratischen Höhepunkt, sondern einem Niedergang gleichkommt. Doch ist es wahrscheinlich, daß dieser Notbehelf für das gaullistische System die einzige Gewähr seiner Existenz bietet. Alles andere wird es in Frage stellen. Um es den USA wirklich gleichzutun, müßte sich eine ähnliche politische Konstellation herausbilden. Von ihr ist noch nichts zu merken. Viel mehr Wahrscheinlichkeit hat die These, daß die Fünfte Republik mit de Gaulle steht und fällt, daß er eine Episode bedeutet, keine dauerhafte Lösung.

Gesellschaftliche Wandlungen

Wichtiger als die heute nicht zu beantwortende Frage „Wer folgt auf de Gaulle?" ist eine Betrachtung der sich vollziehenden Wandlung im gesell-

*) Jetzt unter dem Titel „Frankreich morgen" im Luchterhand-Verlag auch in Deutsch erschienen.

schaftlichen Gefüge. Ohne dies läßt sich auch keine politische Perspektive andeuten. Frankreich ist in einem tiefen Umwälzungsprozeß begriffen. Nicht erst seit de Gaulle, eigentlich seit dem Beginn der Nachkriegsepoche. Nur werden die Resultate jetzt nachdrücklicher spürbar. Das Land konservativer Industrieller, kleiner Ladenbesitzer, bescheidener Bauern modernisiert, amerikanisiert sich. Massenproduktion macht sich bemerkbar, stürzt altväterliche Lebensgewohnheiten. Autos, Fernsehen, Kühlschränke, Urlaubsreisen, ein wachsender Lebensstandard kennzeichnen die Veränderung. Die Modernisierung wurde sogleich nach dem Krieg in Angriff genommen, als unter Jean Monnet die erste Plankommission Bilanz aufstellte. Der Rückstand, die Veralterung von Industrie und Landwirtschaft wurden dargelegt, als Ziel die Beseitigung des „Malthusianismus" proklamiert, dem allzu lange wichtige Wirtschaftszweige anhingen. Unter solchen Impulsen, dem Zusammenrücken im Gemeinsamen Markt anderseits blieben Fortschritte nicht aus. Seit Jahrzehnten kannte die französische Produktion solchen Aufschwung nicht. Im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft liegt er zwar, zwischen 1954/63, mit 36 Prozent hinter der Bundesrepublik (59) und Italien (54), doch vor den Niederlanden (35) und Belgien (20). Die Landwirtschaft veränderte ihr Aussehen, indem sie Hunderttausende von Traktoren erwarb und in den letzten sieben Jahren, während die Produktion um die Hälfte anstieg, ein Viertel an Arbeitskräften einsparte. Das Land des Malthusianismus wird vom Amerikanismus erfaßt. Der Wohnungsbau, lange schleppend, zieht nach. Neue Wohnviertel mit vielstöckigen Häusern entstehen, um die Großstädte herum bilden sich sogenannte „Schlafsaal-Städte" der Arbeiterschaft. In zurückgebliebene Agrargebiete dringt Industrie. Neue Unternehmen entstehen durch Entdeckung von Erdöl (vor allem in der Sahara), von Erdgas (bei Lacq), von Kernenergie. Höhere Schulen und Hochschulen sind täglich mehr überfüllt. Man nimmt an, daß sich die Zahl der Schüler und Studenten im Laufe des nächsten Jahrzehnts von 7 auf 14 Millionen verdoppeln wird! Die Zahl der ungelernten Arbeiter reduziert sich fortwährend. Vor 20 Jahren waren in der Industrie 70 Prozent Ungelernte, in 10 Jahren soll diese Zahl sich auf 25 Prozent verringern.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß über den episodischen Charakter des de-Gaulle-Experiments hinweg diese gesellschaftliche Umwälzung eine politische Auswirkung hat, die ihm förderlich ist. Der Beginn der wirtschaftlichen Amerikanisierung führte zu einer Erlahmung des politischen Interesses, des Willens zu demokratischer Mitbestimmung, aus der das Regime systematisch Kapital schlägt. Die Enttäuschung über das Versagen der Vierten Republik, mit ihren Kabinettskrisen und Kolonialkriegen, tut ein übriges, um an die Stelle des homo politicus den homo oeconomicus zu setzen. Ganz ähnlich wie nach dem Zusammenbruch der Nazi-Herrschaft in Deutschland war auch in Frankreich die Versuchung stark, sich von Unangenehmem, Schwierigem abzuwenden. Welche Antwort sollte man auf Indochina geben? Welche auf Algerien? Wie soll man sich gegenüber den USA, wie gegenüber der Sowjetunion verhalten? Das ist alles sehr kompliziert, erfordert Nachdenken, Muße. Doch was ist, wenn die Rechnung für den Waschautomaten drängt, der Urlaub vor der Tür steht oder sonntags schönes Wetter ist, um eine Spazierfahrt zu machen? Kurzum, es gibt Sorgen und Verlockungen genug, um den Alltag des kleinen Mannes auszufüllen. Dabei waren die Parteien der vergangenen Republik so unerfreulich, und nun gibt es den großen Mann, dem man zwar mißtraut, dem man aber auch gern die Lösung mißlicher Aufgaben auf die Schultern lädt. Selbst in einem Lande mit uralter demokratischer Tradition, wie Frankreich es darstellt, ist die Versuchung, seiner staatsbürgerlichen Verantwortung zu entfliehen, groß. De Gaulle versteht es rattenfängerhaftgeschickt, aus dieser Gunst für sich Nutzen zu ziehen.

Wenn es unbestreitbar ist, daß der auftauchende amerikanische Lebensstil die politische Enthaltsamkeit fördert, so ist dennoch das Wirken mächtiger Gegentendenzen eine Tatsache. Selbst unterschwellig ist die lange demokratische Tradition vorhanden. Niemand kann ihr Ende verordnen, auch de Gaulle — und darin beweist er Klugheit — muß mit ihr rechnen. Zwar sind die traditionellen Parteien angeschlagen (die letzten Wahlen bestätigen es), doch die Gewerkschaften sind im Auftrieb, Jugend- und Studentenorganisationen zeigen Vitalität. Das verdrängte politische Interesse bekundet sich auf sozialem Gebiet mit wachem Gespür und errichtet gegenüber der Regierung eine Domäne, die sie beachten muß, will sie keine für sich unheilvolle Krise heraufbeschwören. Die Einlullung der Amerikanisierung kann nur fortschreiten, wenn das wirtschaftliche Wachstum anhält und soziale Spannungen ausgeschaltet werden. Die Beseitigung dieser Spannungen ist nicht gelungen. Die um ihre politische Mitwirkung betrogenen Bürger bekunden sich um so wachsamer in Fragen ihrer Lebenshaltung, von Wohn- und Schulbauten, Studienmöglichkeiten. Versiegte in den letzten Jahren die politische Diskussion, so greift immer mehr um sich die Debatte über die Demokratisierung der Wirtschaft, demokratische Gestaltung der Planorgane. Da der Staat in Frankreich auf das wirtschaftliche Geschehen einen weit größeren Einfluß ausübt als in der Bundesrepublik, gelangt man auf diesem Umwege wieder in hochpolitisches Gebiet. Um die soziale Lage zu verbessern, die Wirtschaft zu demokratisieren, muß nicht nur Einfluß auf den Staat gewonnen, seine gesamte Politik muß unter die Lupe genommen werden. Auf dem Umweg über die Wirtschaft melden die Staatsbürger von neuem ihr Recht auf Mitwirkung an. Von der Politik verdrängt, verlangen sie wirtschaftliches Mitspracherecht. Doch dies rollt wiederum die politische Debatte auf. Nicht nur das Problem ist politisch: Wer soll die Wirtschaft leiten? Auch dies: Was ist wichtiger, Atomrüstung oder sozialer Fortschritt?

Die größten Schwierigkeiten findet der gaullistische Staat auf diesem Gebiet. Gelingt es ihm, den Wirtschaftsbürger zu fesseln, wie er den politischen Bürger entmachtete, dann hat er eine wesentliche Konsolidierung erreicht. So kann es denn nicht wundernehmen, daß ein Minister erklärte, er würde nun darangehen, die Gewerkschaften „zu zerschlagen". Kurz darauf kam es zu dem großen Bergarbeiterstreik, der zu einem politischen Faktum höchsten Grades wurde. Die sonst so machtvolle und autoritär gebietende Regierung zeigte sich plötzlich isoliert in einem Lande, das sie gefügig glaubte. Selbst gaullistische Abgeordnete, den Wind spürend, waren gezwungen, Verständnis für einen Streik auszudrücken, der doch durch die Dienstverpflichtung ungesetzlich geworden war! Mit einem Schlage wurden die Grenzen de Gaulles sichtbar, der es überhaupt vorzog, seine schweigende Reserve nicht zu verlassen. Eine große Mehrheit des Landes erklärte sich solidarisch mit den Bergarbeitern, gegen die Regierung. Das bewies, daß der Wirtschaftsbürger noch längst nicht so kopflos gemacht wurde wie der politische Staatsbürger. Es ist damit zu rechnen, daß dies auch immer weniger gelingen wird. Ein Volk mit so alten demokratischen Traditionen wie das französische kann nicht auf die Dauer in eine Herde gemästeter Schafe verwandelt werden. Dennoch setzt das Regime hartnäckig den Versuch fort, die Gewerkschaften zumindest zu neutralisieren. Taktisch klug benutzte es die Unzufriedenheit, die ein Pariser U-Bahnstreik in der Öffentlichkeit hervorrief, um vom Parlament, im Eiltempo, die Billigung eines Gesetzes zur Streikordnung in öffentlichen Unternehmungen zu fordern. Nach dem neuen Gesetz müssen Arbeitsunterbrechungen in solchen Betrieben fünf Tage vorher angekündigt werden. Auf diese Weise soll die gewerkschaftliche Aktion beschnitten werden. Der Regierungserfolg war knapp, die Mehrheit reduzierte sich auf ganze 50 Stimmen. Es sah ganz so aus, als

handelte es sich um einen Pyrrhussieg. Da es schwierig ist, die Gewerkschaften „zu zerschlagen", sollen sie auf feinere Art gefügig gemacht werden. Es ist beabsichtigt, eine Art von Wirtschaftsparlament zu bilden durch Zusammenlegung von Senat und Wirtschaftsrat. Das würde zunächst einen Widersacher des Regimes, den Senat, beseitigen. Außerdem sollen die Gewerkschaften zur Mitarbeit angelockt werden. Ihnen will man einen größeren Einfluß in den Betrieben zugestehen; das Beispiel der westdeutschen Mitbestimmung, wo es gelang, die Arbeitnehmerorganisationen durch einige Konzessionen zu lähmen, schwebt manchen dabei vor. Das Ziel der Operation ist deutlich: Durch begrenzte Zugeständnisse sollen die Gewerkschaften in den gaullistischen Staat „integriert" werden. Nach der Verdrängung der politischen Parteien wäre dann auch die wirtschaftliche Flanke gesichert. Dieser Versuch ist nicht ganz aussichtslos, auf jeden Fall weniger illusionshaft als das verstiegene Ansinnen der „Zerschlagung". Die Gewerkschaften trachten natürlich nach einer Ausdehnung ihres Einflusses, auch sind einige von ihnen nicht primär antigaullistisch. Doch ist für die staatliche Operation die Lage heute weniger günstig als 1958: Die Verstärkung der autoritären Züge hat allenthalben Mißtrauen gesät. Vor allem wollen die Gewerkschaftsverbände ihre Unabhängigkeit bewahren und ihre Freiheit staatlichen Fesseln nicht opfern. Aus diesem Grunde ist anzunehmen, daß die Absicht, ihrer vermittels von Lockködern habhaft zu werden, scheitert. Ein wichtiges Anzeichen für das stärkere Mißtrauen in Kreisen, die das Regime zuerst mit Sympathie betrachteten, ist die Entwicklung des Christlichen Gewerkschaftsbundes, der auf seinem letzten, im Juni stattgefundenen Kongreß den Trennungsstrich gegenüber dem Regierungslager deutlich zog, indem er alle staatlichen Integrationsversuche verwarf. Im Laufe ihrer Existenz hat die Fünfte Republik manche gewerkschaftliche Hoffnung zerstört, der Einfluß hoher Finanziers ist allzu offensichtlich. Das alles erschwert die Herstellung eines vertrauensvollen Verhältnisses zwischen Regierung und Arbeitnehmern. Um dies zu erreichen, müßte sie über ihren eigenen Schatten springen. Der (von der Regierung ernannte) Plankommissar Pierre Massé bezeichnete als heutige geschichtliche Aufgabe, der „Gadget-Wirtschaft" amerikanischen Typs eine „schöpferische Wirtschaft" gegenüberzustellen:

> „Ihre Instrumente sind qualitative Investitionen für die Gesundheitspflege, die Kultur, die Geistigkeit: Krankenhäuser, Schulen, Universitäten, Museen, Theater, Kirchen —, allgemein die harmonische Gestaltung des Zusammenlebens menschlicher Gruppen."

Solche Zielsetzungen erfreuen sich weiter Zustimmung, sie werden insbesondere von den demokratischen Kreisen gefordert. Auch zwischen Regierung und Gewerkschaften geht die Debatte darum. Doch läßt sich nicht sagen, das Regime hätte sie sich zu eigen gemacht. Wie könnte es der „harmonischen Gestaltung des Zusammenlebens" dienen, wenn es dem Kommando von oben frönt und der Initiative von unten mißtraut, wenn es die demokratischen Organisationen fesselt und dem Großkapital freien Spielraum gewährt? In erster Linie dem Gesetz der Machtpolitik gehorchend, entwickelt es gerade die von Pierre Massé mit Recht als menschenunwürdig verurteilte amerikanische „Gadget-Wirtschaft". Die von ihm gezeichnete Alternative umreißt das zentrale Problem unserer Zeit, nach dem sich auch die künftige Parteienbildung in Frankreich gestalten wird.

Ein wichtiges Element kommender Auseinandersetzungen ist die Jugend. Die Generation, die 1940 und danach geboren wurde, tritt immer stärker in den Vordergrund. Das bedeutet etwas Neues. Sie hat weder Krieg noch Résistance bewußt erlebt, sie wird von der gegenwärtigen Gesellschaft beginnenden Wohlstands geprägt. Viele Dinge, die ihre Väter bestimmten, sind ihr unbekannt.

Verdun, Oradour, — das sind Worte, genau so wie Hunger und Entbehrungen. Diese Generation entwickelt sich nach neuen Problemen, nicht nach den alten. Sie kannte nie Hunger, — aber sie ist lebenshungrig, verlangt mit egoistischem Starrsinn ihren Platz im Wohlstandsglück. Sie ist weniger ideologisch veranlagt als ihre Väter. Für Sacco und Vanzetti würde sie vielleicht nicht so rasch demonstrieren, sie tut es jedoch für bessere Lernmöglichkeiten, Studienbeihilfen, Wohnungsbauten. So würde sie die Devise „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" übersetzen. Man sagt ihr viel Skepsis nach. Insgesamt ist sie wahrscheinlich den jungen Deutschen gleichen Alters verwandt. Ein nicht geringer Teil ist von Twist, schlechten Chansons, Geld- und Motorhunger verseucht. Nichts verurteilt das gaullistische Regime mehr, als daß es darin — obwohl es dies natürlich nicht wahrhaben will — seine beste Chance erblicken darf. Die anderen, die Denkenden, stehen ihm größenteils reserviert bis feindlich gegenüber. Es ist eine Tatsache, die dem Regime immer mehr zu schaffen machen wird: In der Jugend hat es nicht Fuß gefaßt. Die demokratischen Jugendorganisationen sind lebendig, finden Zuspruch; der große Studentenverband gehört zur Linken. Die Jugendlichen beunruhigen übrigens nicht nur die Regierung, sie erweisen sich insgesamt als schwer manipulierbar. Sie mißtrauen den Parteien, selbst wenn sie mit ihnen sympathisieren. Das konnte vor kurzem die kommunistische Partei mit ihren Studenten feststellen, die der Führung ungenügende Entstalinisierung vorwarfen und, trotz Rüge, bei diesem Vorwurf blieben. Auf dem sozialistischen Kongreß hörte man die Klage, daß die Partei eingehen werde, wenn es ihr nicht gelänge, die Verachtung der Jugendlichen zu überwinden. Die Generationsablösung kündigt sich als ernst an. Die nach 1940 Geborenen sehen in den Älteren sehr oft Gescheiterte, Leute mit überholten Rezepten. Auch wenn das bisweilen übertrieben ist — durchaus nicht immer! —, muß mit solcher Stimmung gerechnet werden. In dem Umbruch der politischen Fronten wird sie von keinem geringen Gewicht sein. Sie kann neue, heute noch ungeahnte Lösungen vorbereiten helfen. Wohin diese Jugend gehen wird, weiß man nicht. Nur ist es sicher, daß mit ihr ein anderes Frankreich heraufzieht.

Jenseits von de Gaulle

Innerhalb der demokratischen Opposition ist seit langem eine Diskussion im Gange über Sinn und Bedeutung des im Mai 1958 geborenen Staats. Wie konnte es dazu kommen? Welches waren die Fehler des gestürzten Systems? Kann das gegenwärtige Regime überwunden werden, indem man die Rückkehr zum alten predigt? Fruchtbare Gespräche gründeten sich — im Rahmen der Parteien, Gewerkschaften, besonders aber neuer Gruppen und Colloquien — auf eine umfassende Analyse des konstitutionellen, politischen und wirtschaftlichen Zustands der Vierten Republik und versuchten aus solcher Gesamtschau deren Zusammenbruch zu verstehen. Welches waren die Gründe, die das Parlament zur Unfähigkeit verdammten? Allmählich wurde sichtbar, daß man über eine Diskussion von Verfassungstexten hinauskommen mußte, wollte man nicht die Wirklichkeit übersehen. Immer mehr wurde man auf die Beziehungen zwischen politischer und wirtschaftlicher Macht gelenkt. Gewiß, die Parteien waren zerstritten, es gab schwache und widernatürliche Mehrheiten im Parlament. Aber war dies nicht oft die Folge eines Spiels fremder Kräfte, von Wirtschaftslobbies, die ihm ihren Willen aufzwangen? War es nicht darauf zurückzuführen, daß Linksregierungen schließlich konservative Politik machten, daß Friedensresolutionen sich in Kriegführung umsetzten? Nicht zuletzt zeigt auch der gaullistische Staat den Einfluß der großen Wirtschaftsmächte. Die Trennung von politischem Raum und ökonomischer Realität wird immer mehr als entscheidende Ursache für die klägliche

Kapitulation vor den Mai-Putschisten gedeutet. Eine ähnliche Kluft wie die, welche das Parlament von der wirtschaftlichen Oligarchie trennte, entfremdete die Abgeordneten ihren Wählern. Wie jene entscheidende Dinge nicht im Griff hatten, fühlten sich diese hilflos. Die politische Demokratie muß zerbrechen, wenn in der ökonomischen Sphäre — der Grundlage staatlicher Existenz — keine demokratischen Prinzipien herrschen. De Gaulle hätte den Staatsbürger nicht so bequem entmachten können, würde die Vierte Republik nicht so gute Vorarbeit, unter Wahrung formellen Rechts, geleistet haben. Faktisch hatte sie ihn bereits entmündigt, indem sie ihn zum bloßen Stimmabgeber herabwürdigte, dessen Stimme noch nicht einmal beachtet zu werden brauchte. Nur solcher Täuschung war der Indochinakrieg zu danken oder die westdeutsche Aufrüstung.

In dem bereits zitierten Buch unternimmt Mendès-France den Versuch, die Irrtümer der Vergangenheit aufzuzeigen und die großen Linien einer „modernen Republik" zu entwerfen. Auch er gelangt zu einem politisch-ökonomischen, sich gegenseitig bedingenden, zusammenhängenden Komplex:

> „Die organischen Strukturen der Vierten und Fünften Republik gehören tatsächlich dem letzten Jahrhundert entliehenen Modellen an, einer Epoche, wo die öffentliche Gewalt, bis auf wenige Ausnahmen, sich nur politischen Angelegenheiten widmete; die Demokratie beruhte folglich auf der ausschließlichen Vertretung der verschiedenen widerstreitenden Ideologien. Im 20. Jahrhundert verhält es sich anders. Minister, Parlamente, Behörden sind ständig dazu aufgerufen, Streitfälle zwischen Wirtschaftsinteressen zu entscheiden, Beschlüsse hinsichtlich der Vermehrung der Produktion oder des Außenhandels zu fassen, Industrie und Landwirtschaft zu modernisieren, Löhne und Kredit zu regeln usw. Weder die Vierte noch die Fünfte Republik wurden ausgestattet, um solche neuen Pflichten zu übernehmen."

Und weiter:

> „Es genügt nicht, eine formelle Demokratie wiederherzustellen; um eine wirkliche Demokratie aufzubauen, ist die Mitwirkung aller notwendig. Es wird keine Demokratie geben, wenn das Volk nicht aus wirklichen Staatsbürgern zusammengesetzt ist, die beständig als solche handeln."

Wie soll das geschehen? Mendès-France, der natürlich die Verfassung des gaullistischen Staats verwirft, hält diejenige der Vierten Republik für revisionsbedürftig: Er will eine stabile Regierung sichern, indem er ihr das Recht der Parlamentsauflösung gibt, wenn sie über keine Mehrheit verfügt. Parlament und Regierung sollen sich für einen „Plan" verpflichten, dessen Dauer im Prinzip für die gesamte Legislaturperiode bestimmt ist. Das wesentlich Neue betrifft jedoch die große Bedeutung, die er den Wirtschaftskräften beimißt. Zwischen Parlament und den verschiedenen Teilen des ökonomischen Sektors soll eine enge Verbindung hergestellt werden. Demokratisierung und Dezentralisierung der Planorgane, stärkere Beteiligung der Gewerkschaften, Schaffung einer Art von Wirtschaftskammer: das sind die großen Linien dieser Konzeption, die von folgendem Grundsatz ausgeht:

> „Der Stimmzettel bleibt symbolisch, wenn der Staatsbürger sich mit dieser Form der Souveränität zufrieden gibt. Der Wille des Volkes kann nur triumphieren, wenn das Volk seine Aktion direkt in den unzähligen örtlichen oder allumfassenden Organisationen, wo alle Fragen, die das öffentliche Leben angehen, behandelt werden."

In den Massen der Bevölkerung wird ähnliches gefühlt; schließlich haben sie bis heute noch keine neue Liebe für das Regime entdeckt, das de Gaulle ablöste.

Bei den letzten Parlamentswahlen verloren alle Parteien, die als Symbol des Vergangenen galten.

Neben und manchmal unterhalb dieser grundsätzlichen Diskussion gibt es Vorgänge mehr taktisch-praktischer Art, die das Aussehen der Opposition allmählich ganz verändern. Hier geht es um die Rolle der Kommunisten. Letzten Endes scheiterte die 1944 aus den Kriegswehen hervorgegangene Republik an der Spaltung der Linken. Die Ausschaltung der Kommunistischen Partei, die ein Viertel der Wähler ständig um sich vereinigte, mußte die Macht notwendig nach rechts verlagern. De Gaulle kann daher als Endresultat einer zehnjährigen steten Entwicklung betrachtet werden. Daran wird sich nichts ändern, solange die Kommunisten nicht ihren Platz im Bündnis der Linken wieder einnehmen. Schließlich kam jedes fortschrittliche Ereignis in der neueren Geschichte Frankreichs nur mit ihrer Hilfe zustande. Daraus sind sie nicht wegzudenken, und kein demagogisches Taschenspielerkunststück vermochte sie auszulöschen. Im November 62 waren sie die einzige Oppositionspartei, die Stimmen gewann. Mit 22 Prozent liegen sie weit an der Spitze der Antigaullisten. Seit dieser Zeit hat das Zusammenrücken zwischen Kommunisten und Sozialisten, aber auch mit Demokraten und christlichen Gewerkschaftern Fortschritte gemacht. Es ist etwas zustandegekommen, das man schon nicht mehr für möglich hielt: ein Gespräch, kein verlogenes Gekeife. „Man muß mit der kommunistischen Partei einen Dialog führen, einen öffentlichen Dialog . . .", sagte Mollet, der doch gewiß kein Freund Moskaus ist, auf dem letzten Parteitag im Juni. „Wir werden niemals an der Schaffung einer Volksdemokratie mithelfen, aber wir werden die Hilfe der kommunistischen Arbeiter in den Kämpfen gegen die Gefahr von Monarchie und Faschismus nicht abweisen", erklärte er weiter. Dies hatte man schon sehr lange nicht mehr von ihm gehört: seit 1948 nicht mehr! Mollet begründete seinen Standortwechsel nicht nur mit der autoritären Bedrohung, sondern auch mit den Wandlungen innerhalb der kommunistischen Bewegung: „Vielleicht hat Chrustschow den Stalinismus aus taktischen Gründen verworfen, das ist möglich. Ich weiß es nicht, doch ist es eine Tatsache. Für uns Sozialisten ist das ein Argument, das wir bei jeder Gelegenheit vortragen müssen." Zwischen beiden Arbeiterparteien begann ein grundsätzliches Gespräch, wobei Mollet folgende Fragen anschnitt: 1. Das Verhältnis zur UdSSR, 2. Denken die Kommunisten noch immer an eine revolutionäre Machtergreifung? 3. Sind sie noch immer für die Errichtung eines Einparteien-Staats? Daß dieser Dialog zustandekommt, ist bereits bedingt durch die Entwicklung des Kommunismus. Die französische Partei steht entschlossen zum Chrustschow-Kurs und hat mit ihrer Verurteilung der chinesischen Linie nicht gezögert. Verspätet begibt sie sich auf einen Weg, den ihre italienischen Genossen, unter Führung des überaus gescheiten Togliatti, seit langem zurücklegen. Sie will um jeden Preis aus der eineinhalb Jahrzehnte dauernden Einkesselung heraus, alles in ihren Kräften Stehende tun, um den gemeinsamen Block der Linken zu schmieden, ohne den diese nicht aktionsfähig sein wird. Der sozialistische Parteitag billigte eine „defensive Taktik" mit den Kommunisten und stellte fest:

> „Im heutigen Zustand des französischen Wahlkörpers kann sich die demokratische Linke in der Unfähigkeit finden, ihr Programm ohne Unterstützung der kommunistischen Massen zu verwirklichen, was das Spiel der Rechten erlauben würde . . ."

Trotz der vorsichtigen Formulierung wird deutlich, daß die Sozialisten eine Regierung bilden könnten, die sich auf eine Mehrheit stützt, der unter anderen Kräften auch Kommunisten angehören. Das ist etwas völlig Neues, seit die kom-

munistischen Minister Anfang 1948 von einem sozialistischen Premier aus der Regierung verbannt wurden. Ein anderes wichtiges Motiv bei der Annäherung der beiden Arbeiterparteien stellt die Außenpolitik dar. Seit de Gaulle seinen antiamerikanischen Kurs offen betreibt und Atomrüstung auf eigene Faust unternimmt, hat er keinen heftigeren Gegner gefunden als die Sozialisten, die vor allem *europatreu sind* und kein Zerwürfnis mit den USA wollen. Die Opposition gegen die gaullistische Außenpolitik wird zu einem starken Bindemittel der wachsenden Einheit der Linken.

Eine neue Situation entsteht in Frankreich, sowohl für das Regime wie für die Opposition. Stellt sie ihre Einheit her, wird ihr Druck unerhört anwachsen. Der Dialog, der sich zwischen Sozialisten und Kommunisten entsponnen hat, führt zu Auswirkungen auf gewerkschaftlichem Gebiet, wo die getrennten Richtungen ebenfalls zusammenrücken. Das Heraufkommen der jungen Generation wird sehr wahrscheinlich der Einigungstendenz förderlich sein, da sie von der Bitterkeit alter Gegnerschaft nichts weiß und an neue Aufgaben mit unbeschwertem Geist treten kann. Die Einigung der Linken wird die Gefahr für de Gaulle erhöhen: nur ihrer Spaltung verdankt er seinen Aufstieg. Von nun an wird mit neuen Perspektiven gerechnet werden müssen.

Fenner Brockway, M. P., London

Disengagement in Südostasien

Die Landkarte Südostasiens in meinem Atlas sieht wie ein unfertiges Zusammensetzspiel aus. Oben China in ein unpassendes Rosa gefärbt, darunter das grüne Burma, das rote Thailand, das blaue Laos, das purpurrote Vietnam und das gelbe Kambodscha. Trotz der verschiedenen Farbabstufungen passen sie ineinander.

Darunter aber ist ein Durcheinander unzusammenhängender Trümmer und Fetzen, große und kleine, hingestreut: das schmale Malaya von Thailand herüberreichend, Singapur ein Punkt an seiner Zehe; Borneo, groß und einsam; dann der Bogen einer Perlenkette von Inseln, beginnend mit den weitausgreifenden Sumatra und Java, Borneo umrundend, bis die Philippinen fast wieder mit China sich berühren.

Alle diese Formen und Größen miteinander zu verbinden, ist eine der wichtigsten politischen Aufgaben unserer Zeit. Wenn sie auch geographisch zusammenpassen, befinden sie sich doch in einem unangenehmen Konflikt miteinander, der explosive Wirkung haben kann. Die Explosion kann so groß sein, daß darüber eine ganze Welt einstürzt.

Betrachten wir diesen Teil der Welt einmal nicht so sehr vom Standpunkt hingestreuter Länderfetzen, sondern von dem der Völker.

Bis zu den beiden Weltkriegen waren sie Steine im Spiel der imperialistischen Mächte, des fernen Frankreich, Holland und Großbritanniens, des nahen Japan und in wirtschaftlicher Hinsicht Amerikas. Während des letzten Weltkrieges vertrieb Japan die europäische Besatzung und überließ den Völkern selbst den Widerstand. Mit der Niederlage Japans und dem Ende des Krieges forderten die

Völker ihre Freiheit. Sie gewannen sie für die gesamte Region, nach einem vergeblichen letzten Versuch Frankreichs in Indochina, einer Revolution in China gegen das von den Amerikanern unterstützte Regime und einer verspäteten und an der Oberfläche bleibenden Anerkennung der Selbständigkeit Malayas durch Großbritannien.

Es war eine politische Umwälzung — aber die Großmächte waren immer noch nicht dazu bereit, die Völker über ihr eigenes Schicksal bestimmen zu lassen. Die kommunistische Revolution in China machte aus ganz Südostasien einen Stein in der neuen Auseinandersetzung des Kalten Krieges. In den alten französischen und britischen Kolonien wurde dieser zum heißen Krieg — in Vietnam und Laos, in Malaya. Als die kommunistische Revolution Nordvietnam ergriffen hatte, strömte amerikanische Militärhilfe nach Südvietnam und Thailand, um ein weiteres Ausbreiten der Revolution zu verhindern. Die Rebellion gegen die britische Besatzung in Malaya wurde zur kommunistischen Rebellion, die durch eine Kombination von militärischer Gewalt und politischen Konzessionen überwunden wurde.

Die Völker Südostasiens wurden durch diesen Kalten Krieg in Verwirrung gestürzt, und sie sind es noch heute. Sie werden nicht frei sein, ihren eigenen Staat aufzubauen, solange sie nicht vom Kalten Krieg befreit sein werden.

Sie müssen sich aus den Bindungen lösen, wenn sie vom Bürgerkrieg errettet werden wollen, der künstlich von außen gezündet und geschürt wird, der bereits Laos ins Unglück führte und heute Südvietnam dezimiert. Sie müssen sich aus dem Weltkonflikt durch das Entstehen einer neuen Vereinigung der Völker lösen, die nicht mehr einer militärischen Beherrschung eines großen Machtblocks unterliegt und die die weiten Gebiete Malayas, Singapurs, Indonesiens einschließlich Borneos und die Philippinen umgreift.

In der heutigen Situation liegen sowohl Hoffnung wie Gefahren. Hoffnung dämmert in Vietnam. Die Amerikaner haben die Torheit ihres Versuches eingesehen, Laos zu einem westlichen Satelliten zu machen. Sie haben seine Neutralisierung akzeptiert. Aber sie halten an ihrer Entschlossenheit fest, Südvietnam zu einer Bastion des Westens zu machen.

Sie begrüßen die Beseitigung des diktatorischen Diem-Regimes (das sie jahrelang an der Macht gehalten haben), weil sie einsehen mußten, daß seine Beibehaltung den Krieg gegen die Vietcong-Rebellen beeinträchtigen würde. Aber die Niederlage der kommunistisch unterstützten Rebellion, die feste Etablierung einer prowestlichen Regierung bleibt ihr hartnäckig festgehaltenes Ziel.

Warum dann soll hier Hoffnung sein? Weil die Ereignisse die Amerikaner zwingen werden, ihre Politik in Vietnam zu ändern, so wie sie in Laos dazu gezwungen wurden.

Die Revolution in Südvietnam wird nicht dort stehen bleiben, wo sie heute ist. Die allgemeine Freude in Saigon über Diems Sturz wird durch die Palastrevolution nicht schon ihr Ziel finden, ebenso wenig wird die Landbevölkerung, die Mehrheit der Nation, damit zufriedengestellt sein.

Die Wahrheit ist, daß die von den Amerikanern angewandten Mittel, die Vietcong zu besiegen, die Bauern mehr auf die Seite der Rebellion getrieben haben als jeder militärische Sieg der Vietcong selbst. Sie sind in ihren Dörfern wie Gefangene eingesperrt; es wurden ihnen riesige Steuern, um den Krieg zu bezahlen, aufgezwungen; sie sind voller Haß und sehnen die Revolution herbei. Sie werden nur durch militärische Gewalt zurückgehalten.

Der zweite Faktor ist, daß sowohl Ho Chi Minh, der Präsident Nordvietnams, wie auch die Führer der Vietcong im Süden sich nun für die Beendigung des Kampfes auf der Basis nicht nur der Wiedervereinigung ganz Vietnams, sondern

auch der Neutralisierung unter einer Allparteien-Regierung und politischen Demokratie ausgesprochen haben.

Das war die Lösung, die die Genfer Konferenz von 1954 ausgesprochen hatte und die von Rußland, Großbritannien und China unterstützt wurde. Es ist die Lösung, die die Internationale Kontrollkommission, deren Vorsitzende Briten und Russen sind, anzustreben verpflichtet ist. Es ist schwer zu denken, daß der Präsident der USA sie nicht schließlich akzeptieren wird.

So gibt es also Hoffnung, daß das Disengagement von Kaltem Krieg und Großmächte-Intervention sich über das südostasiatische Festland ausbreiten wird. Selbst die Amerikaner stellten fest, daß Thailand davon nicht unberührt bleiben kann. Seine krassen Gegensätze von Luxus und Armut machen es reif für eine Änderung.

Gegen diese Hoffnung steht die Gefahr. Sie liegt in dem erklärten Ziel, Malaysia als ‚Bollwerk gegen den Kommunismus' zu errichten. Damit wird der Rahmen des Disengagement und der Neutralisierung gesprengt, die allein den Frieden nicht nur in Südostasien, sondern auch in der Welt sichern können.

Malaysia ist trotz seiner politischen Unabhängigkeit immer noch von britischen Militärbasen in Malaya, Singapur und Nordborneo besetzt. Es ist eine Großmächtedrohung gegen die neue Hoffnung auf Disengagement, die auf dem Festland im Entstehen ist und die von den hundert Millionen Menschen Indonesiens im Süden gestützt wird.

Die Tragödie ist, daß auf der Manila-Konferenz, die der Schaffung Malaysias vorausging, eine Vereinbarung zwischen Malaysia, Indonesien und den Philippinen erreicht wurde, die den Weg zu einer weiten Vereinigung ihrer Völker und zu einem Disengagement parallel zur Entwicklung auf dem Festland hätte öffnen können. Wenn Südostasien Frieden finden soll, müssen wir zu dem Geist und den Ausblicken nicht nur der Genfer Konferenz, sondern auch der Manilas zurückkehren. Das ist der Schlüssel, um aus dem Durcheinander auseinandergerissener Stücke, das heute Südostasien ist, ein Bild der Harmonie und der Hoffnung zu machen.

Rechtsanwalt Heinrich Hannover

„Der permanente Notstand"

„Alle Verteidigungsanstrengungen können nur einen Sinn haben: die Freiheit und Sicherheit unserer Gesellschaftsordnung zu schützen. Wir sind besorgt darüber, daß nach den vorgelegten Entwürfen von Notstandsgesetzen jede künftige Bundesregierung ermächtigt werden soll, bereits in Friedenszeiten Maßnahmen zu treffen, die einen substantiellen Teil der verfassungsmäßigen Grundrechte außer Kraft setzen. Dadurch werden die Grenzen zwischen dem Friedensrecht und dem Kriegsrecht weitgehend verwischt. So kann die Freiheit bereits preisgegeben werden, bevor ein Krieg sie bedroht."

Mit diesen Worten leiten die Professoren Heimpel, Raiser, Snell und Walcher das im Auftrage der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler von Prof. Dr. H. K. J. Ridder und Dr. E. Stein verfaßte Memorandum zu den Notstandsgesetzen ein, das unter dem Titel „Der permanente Notstand" als zweites Heft der Schriftenreihe der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler kürzlich erschienen ist und in der

Tagespresse starke Beachtung gefunden hat, so daß selbst das „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung" (Nr. 203, S. 1781) von dieser oppositionellen Äußerung Kenntnis nehmen mußte. Die Untersuchung beschränkt sich ausdrücklich auf die auch als „einfache Notstandsgesetze", als „Friedensgesetze" oder „Folgegesetze" bezeichneten Entwürfe des „Notstandspakts", in denen die Verfasser mit Recht „aktuellere Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik sehen als in dem Notstandsverfassungsgesetz, auf das sich die Diskussion in der Öffentlichkeit bisher fast ausschließlich konzentrierte".

Die Schrift bringt eine Reihe neuer und wichtiger Gesichtspunkte in die wissenschaftliche Diskussion ein. So wird die mangelnde Unterscheidung zwischen Kriegsrecht und Friedensordnung gerügt, die in den Gesetzesentwürfen durchgängig nachzuweisen ist. Zwar geben sich die Entwürfe und deren Begründung den Anschein, ausschließlich für den Kriegsfall und die Vorsorge für den Kriegsfall bestimmt zu sein. „Ein genaues Studium der Entwürfe zeigt jedoch, daß sie nicht eine einzige Vorschrift enthalten, die ausschließlich im Verteidigungsfall anwendbar wäre." (S. 15.) Umgekehrt aber „gelten alle Vorschriften für den Verteidigungsfall auch im Frieden, teils schlechthin, teils unter der Voraussetzung, daß es die Bundesregierung für ‚dringend erforderlich' erklärt. Die Gleichstellung des Verteidigungsfalls mit der Feststellung der Bundesregierung im Frieden, daß etwas ‚dringend erforderlich' sei, ebnet den Unterschied zwischen Friedensrecht und Kriegsrecht ein und verstößt damit eklatant gegen ein Grundprinzip jeder freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung im Sinne der tradierten westlichen Demokratie." (S. 16.) Die Verfasser fordern:

> „1. Das Friedensrecht muß von Begriffen und Instituten des Kriegsrechts freigehalten werden.
>
> 2. Alle Sondervorschriften für den Kriegsfall sind von den für Friedenszeiten bestimmten Vorschriften zu trennen und in besonderen Gesetzen zu regeln, die notwendig verfassungsändernden Charakter tragen.
>
> 3. Der Übergang vom Friedensrecht zu dem nur im Kriegsfall zu rechtfertigenden Ausnahmerecht ist an ein Verfahren zu binden, das jeden Mißbrauch ausschließt." (S. 59 f.)

Der zweite Abschnitt der Untersuchung beschäftigt sich mit den wirtschaftlichen Sondervollmachten, die in den Entwürfen des „Wirtschaftssicherstellungsgesetzes", des „Ernährungssicherstellungsgesetzes" und des „Verkehrssicherstellungsgesetzes" enthalten sind, und stellt fest, daß sie in Ergänzung des bereits am 22. Dezember 1959 — von der Öffentlichkeit kaum bemerkt — ergangenen „Gesetzes über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft" der Bundesregierung eine umfassende Verordnungsermächtigung für sämtliche Gebiete der Wirtschaft verschaffen und darüber hinaus eine weitgehende oder völlige Ausschaltung der Länder auf dem Gebiet der Wirtschaftsverwaltung ermöglichen (S. 27). In diesen von der Bundesregierung selbst als „Ermächtigungsgesetze" bezeichneten Gesetzentwürfen sehen die Verfasser die Absicht wirksam, „auf wichtigen Gebieten die Befugnis zur Setzung materiellen Rechts von den gesetzgebenden Organen auf die Bundesregierung zu verlagern, eine Tendenz, die mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist" (S. 24). Sie leiten die Verfassungswidrigkeit aus dem in Art. 80 Abs. 1 Satz 2 GG festgelegten Grundsatz ab, daß jedes Gesetz, das die Bundesregierung zur Rechtssetzung ermächtigt, Inhalt, Zweck und Ausmaß der erteilten Ermächtigung festlegen muß. Die wirtschaftlichen Sondervollmachten der Notstandsgesetze aber würden den — nach dem Grundgesetz an sich durchaus zulässigen — Übergang von der Marktwirtschaft zur zentral gelenkten Planwirtschaft — also eine ganz grundsätzliche und

Dokumente zur jüngsten deutschen Geschichte

29 Käthe von Normann: Tagebuch aus Pommern

Käthe von Normanns Aufzeichnungen berichten von menschlichen Leiden und menschlicher Größe inmitten einer Zeit, in der Unschuldige für die Taten einer unmenschlichen Führung heimgesucht wurden.

"49 Carl J. Burckhardt: Meine Danziger Mission 1937–1939

Die Dokumente und Erinnerungen des letzten Hohen Kommissars für Danzig geben Einblick in eines der interessantesten Kapitel der Zeitgeschichte.

"62 Die Tragödie Schlesiens 1945/46. Hrsg.: J. Kaps

Ein wesentliches Quellenwerk, das Zeugnis ablegt von einer schmerzlichen Epoche deutscher Geschichte.

"'80/81 Die Niederlage 1945 Aus dem Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht Hrsg.: P. E. Schramm

Die Dokumentation enthält das Tagebuch des OKW vom 1. 1. bis 19. 4. 1945, die letzten Wehrmachtberichte, ausgewählte Dokumente zum Kriegsende und das bisher unveröffentlichte Tagebuch des letzten Staatsoberhauptes im Dritten Reich, Großadmiral Karl Dönitz. Ein umfassendes, ausführlich eingeleitetes und kommentiertes, mit Register, Zeittafel und Übersichtskarten versehenes Quellenwerk.

"99 Alexander Hohenstein: Wartheländisches Tagebuch 1941/42

Die Aufzeichnungen des Bürgermeisters einer Stadt und eines Amtsbezirks im sogenannten Reichsgau Wartheland geben in anschaulicher Weise Einblicke in die Praxis nationalsozialistischer Besatzungspolitik. Mit ausführlicher Einleitung.

"'152/153 Potsdam 1945. Quellen zur Konferenz der »Großen Drei« Hrsg.: Ernst Deuerlein

Nach der Kapitulation Deutschlands versuchten die drei siegreichen Mächte, die USA, England und die Sowjetunion, auf der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 das europäische Problem zu lösen. Die vorliegenden Dokumente vermitteln einen Eindruck von der Situation des besiegten Deutschland, geben ein Bild von den diplomatischen Vorbereitungen der Konferenz und berichten vom Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen.

114 Kommandant in Auschwitz Autobiographische Aufzeichnungen des Rudolf Höß Hrsg.: M. Broszat

Rudolf Höß leitete bis zum Jahre 1943 das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz. Mit buchhalterischer Akribie gibt er einen makabren Bericht über sein Leben und das Funktionieren des Lagers. Mit ausführlicher Einleitung, Kommentaren und Register.

"'120/121 Lagebesprechungen im Führerhauptquartier Protokollfragmente aus Hitlers militärischen Konferenzen 1942–1945 Hrsg.: Helmut Heiber

Im Spätsommer 1942 befahl Hitler, den Inhalt seiner militärischen Besprechungen durch Stenographen aufnehmen zu lassen. Die dtv-Ausgabe enthält u. a. Aufzeichnungen über die Vorbereitungen zur Abwehr der Invasion in Frankreich sowie Ansprachen Hitlers an Generale am 12. und 28. Dezember 1944. Die letzte Aufzeichnung stammt vom 23. März 1945. Mit ausführlicher Einleitung, Kommentaren, Register

Normalband DM 2,50
"Großband DM 3,60
"'Doppelband DM 4,80

Deutscher Taschenbuch Verlag

nicht außerhalb der Verantwortung des Parlaments zu treffende Entscheidung — dem Ermessen der Regierung überlassen, ohne auch nur irgendwelche zeitlichen oder inhaltlichen Grenzen oder Richtlinien zu geben. Weder der Grundsatz, daß es genüge, wenn sich Inhalt, Zweck und Ausmaß der Ermächtigung aus dem Gesamtzusammenhang des jeweiligen Gesetzes ergeben, noch der allgemeine Verfassungsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit von Zweck und Mittel geben — entgegen der im „Bulletin" aaO. S. 1782 vertretenen Auffassung — einer durch die Formel „wenn es die Bundesregierung den Umständen nach für dringend erforderlich hält" eingeführten Ermächtigung die nach der Verfassung gebotene Bestimmtheit. Nur eine begriffsjuristische Betrachtungsweise kann ernstlich bezweifeln, daß es sich hier um einen geradezu klassischen Fall der Selbstentlassung des Parlaments aus der politischen Verantwortung handeln würde, den das Grundgesetz aus historisch begründetem Mißtrauen gegen Ermächtigungsgesetze ein für allemal verhindern wollte.

Ridder und Stein wenden sich sodann dem Thema „Verteidigungsbereitschaft im Frieden" zu und untersuchen, welche Maßnahmen gegenüber einem Überraschungsangriff vorgeschlagen werden, wie weit diese Maßnahmen unsere Lebenschancen im Falle eines atomaren Überfalls vergrößern und wie sie sich auf unser Leben im Frieden auswirken. Es werden insbesondere die zahlreichen Ausbildungs- und Übungsveranstaltungen im Frieden aufgezählt, die allein nach dem „Zivildienstgesetz" bis zu 2 Jahren (für Männer) in Anspruch nehmen, wenn man den ganzen Lebensabschnitt berücksichtigt, in dem die Zivildienstpflicht bestehen soll. Hinzu kommen Verlegungsübungen nach dem Aufenthaltsregelungsgesetz, die — was die Verfasser als typisch für den ganzen Gesetzeskomplex bezeichnen — ausführlicher geregelt werden als die wirkliche Evakuierung im Kriegsfall, und die Verpflichtung zur Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen für den Selbstschutz im Wohnbezirk und im Betrieb. Das Fazit dieses Abschnitts der Schrift, der sich insbesondere noch dem Aufbau einer Selbstschutzorganisation nach dem Selbstschutzgesetz widmet:

> „Man will einen vielgliedrigen Behördenapparat schaffen, der alle Details des Kriegsfalles vorausplanen soll. Er bildet zugleich den Kern einer Organisation, die jeden einzelnen ergreift, und zwar oft von mehreren Seiten her: als Wehrpflichtigen, als Zivildienstpflichtigen, als Selbstschutzpflichtigen im Wohnblock, als Selbstschutzpflichtigen im Betrieb, als Besitzer eines Fahrzeuges, als Hauseigentümer, als Unternehmer usw. Das Leben jedes einzelnen soll auf den Kriegsfall eingestellt sein, damit dieser niemanden unvorbereitet trifft. Die Bauweise der Häuser und der Industrieanlagen wird der Gefahr eines bewaffneten Überfalls angepaßt. Die Wirtschaft wird in den Dienst der Verteidigungsbereitschaft gestellt. Im Idealfall sind alle Betriebe und alle einzelnen ständig erfaßt und eingeplant, um im Kriegsfall sofort ‚eingesetzt' werden zu können." (S. 38 f.)

Schließlich wird auch die Frage nach den Erfolgsaussichten der ganzen gesetzlichen Planung im Ernstfall aufgeworfen und unter Heranziehung von Äußerungen Höcherls dahin beantwortet, daß nach der eigenen Vorstellung des Bundesinnenministers „der größte Teil der geplanten Maßnahmen im Kriegsfall schlechthin unsinnig" sei (S. 44), denn:

> „Was soll die Verplanung und Inpflichtnahme der ganzen Bevölkerung, wenn man selbst damit rechnet, daß im Kriegsfall nur gewisse ‚Inselstreifen' übrigbleiben würden, in denen vielleicht noch eine gewisse Ordnung aufrechterhalten werden kann? Was sollen die Evakuierungspläne, wenn man schon jetzt weiß, daß keine Zeit sein wird, um sie durchzuführen? Was sollen die im voraus festgelegten Fahrtrouten für alle Straßenfahrzeuge, wenn man nicht weiß, wo die Atomwaffen explodieren werden, welche Straßen und Brücken noch befahrbar sein werden usw.?" (S. 43 f.)

Der für diese völlig unsinnige totale Verteidigungsbereitschaft zu zahlende Preis aber besteht in einer weitgehenden „Inpflichtnahme und Verplanung aller einzelnen", „die notwendig mit einschneidenden Beschränkungen der persönlichen Freiheit verbunden ist" (S. 44). Auch Ridder und Stein halten die Inanspruchnahme der Arbeitskraft nach dem Zivildienstgesetz für unvereinbar mit Art. 12 GG und fügen den bisher zu diesem Thema bekanntgewordenen Äußerungen noch einige interessante und gewichtige Argumente hinzu (S. 45 ff.). Sie kommen zu dem Ergebnis, daß die im Grundgesetz garantierten Freiheitsrechte die Inpflichtnahme und Freiheitsbeschränkungen der Bevölkerung in dem vorgesehenen Umfang nicht zulassen. „Freiheitlichkeit und totale Verteidigungsbereitschaft schließen sich gegenseitig aus. Freiheit bedeutet notwendig immer auch ein gewisses Maß an Unsicherheit" (S. 52). Sie sind der Meinung, daß sich die Verteidigungsvorbereitungen im Frieden auf den militärischen Sektor und den Schutz der Zivilbevölkerung zu beschränken haben, und leiten dies aus der Grundentscheidung unserer Verfassung für den Vorrang der Freiheitlichkeit ab (S. 53 und 60).

> „Ein einigermaßen effektiver Schutz vor den Gefahren eines gezielten Atomüberfalls ist kaum möglich, es sei denn unter Opfern, die der Gesamtheit nicht zwangsweise abverlangt werden können. Wer sich etwa zeitlebens tief unter der Erde aufhalten will, um auch in jedem Fall eine Überlebenschance zu haben, mag das tun. Aber darf man jedermann dazu zwingen, seine Ersparnisse, anstatt für ein Eigenheim, zunächst für die Einrichtung eines Atombunkers mit zudem geringer Schutzwirkung zu verwenden? Es ist schwerlich Aufgabe des Staates, die einzelnen zur Vorsorge gegen derartige Risiken zu zwingen. Insbesondere kann er nicht die Antinomie zwischen Freiheit und Sicherheit verbindlich für alle seine Bürger entscheiden, ohne diese der Freiheit zu berauben." (S. 55.)

Das Verdienst dieser Schrift liegt — abgesehen von der Fülle neuer beachtlicher Gedanken und Anregungen, die sie zur wissenschaftlichen Diskussion beiträgt — insbesondere darin, daß sie die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit endlich auf die Nebengesetze zum eigentlichen Notstandsverfassungsgesetz lenkt, von denen die Bundesregierung annimmt, daß eine einfache Mehrheit im Bundestag zu ihrer Annahme ausreiche. Für den Juristen besteht kaum ein Zweifel, daß diese Unterstellung der Bundesregierung illusionär ist, da die Gesetze sowohl in Einzelregelungen als auch in ihrer Gesamtkonzeption, die auf eine Umwandlung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in einen „totalitären faschistischen Staat in voller Konsequenz, wie wir ihn vor 1945 erlebt haben" (Abendroth) hinausläuft, gegen die Grundprinzipien unserer Verfassung verstößt, so daß selbst eine verfassungsändernde Mehrheit ihnen — insbesondere dem Zivildienstgesetz — nicht zur Gültigkeit verhelfen könnte, sondern eine unabdingbare Schranke in Art. 79 Abs. 3 GG finden würde. Nach dieser Bestimmung ist eine Änderung des Grundgesetzes, die die in den Art. 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt, unzulässig. Sowohl Art. 1, der den Schutz der Menschenwürde garantiert und das Bekenntnis zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten enthält, als auch Art. 20, der die Bundesrepublik als demokratischen und sozialen Bundesstaat bezeichnet, in dem alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht, würden jedoch in ihrer Substanz angetastet, wenn die auf einem prinzipiell obrigkeitsstaatlichen Verständnis vom Staat und vom Menschen beruhenden Gesetzentwürfe wirklich Gesetz werden sollten. Diese verfassungsrechtlichen Konsequenzen der Gesetzentwürfe werden zwar in der Schrift von Ridder und Stein nicht ausdrücklich ausgesprochen, sie ergeben sich aber zwingend aus dem Gedanken der „Permanenz" des Notstandsrechts.

Das Gewicht der hinter dieser Schrift stehenden Vereinigung Deutscher Wissenschaftler dürfte ihr einen Einfluß auf die parlamentarische und außerparlamentarische Diskussion sichern. Es wäre zu wünschen, daß im Falle einer Neubearbeitung der Schrift auch das bisherige Schrifttum (vgl. die Literaturhinweise bei Jürgen Seifert, „Gefahr im Verzuge") berücksichtigt würde und die verfassungsrechtliche Beurteilung durch eine soziologisch-politische Betrachtungsweise abgerundet würde, für die Wolfgang Abendroths Analyse des „Notdienstgesetz"-Entwurfes (jetzt: „Zivildienstgesetz") den Weg gewiesen hat.

Dr. Elisabeth Freundlich, Wien

Reaktionen auf eine Ausstellung

Am Buß- und Bettag 1963 ist in der Frankfurter Paulskirche die Ausstellung „Warschauer Ghetto" eröffnet worden. Der folgende Aufsatz befaßt sich mit der gleichen Ausstellung in Wien vor einigen Monaten und analysiert die in die dort ausgelegten „Meinungsbücher" eingetragenen Stellungnahmen der Ausstellungsbesucher. Es handelt sich dabei um eine weit über den lokalen Rahmen hinausreichende zeitgeschichtliche Dokumentation, die auch und gerade für die Bundesrepublik Deutschland Gültigkeit besitzen dürfte. D. Red.

Kann der Mensch dem Menschen zur „Wahr"-nehmung verhelfen, kann er ihm „die Augen öffnen", kann er dazu beitragen, daß es dem anderen „wie Schuppen von den Augen fällt", er sehend wird und erkennt? Diese Frage stellt sich immer wieder und mit äußerster Dringlichkeit bei der Lektüre der für die Besucher der Ausstellung „WARSCHAUER GHETTOAUFSTAND 1943" ausgelegten Meinungsbücher. Gerade wer die Auseinandersetzung mit der unmittelbaren Vergangenheit für eine der wichtigsten Aufgaben unseres öffentlichen Lebens hält, muß sich vor billigem Optimismus darüber, was politische Aufklärung zu leisten vermag, hüten. Bestimmte Menschengruppen, und zwar der überwiegende Teil der mehr oder minder Vorbelasteten, ist für uns nicht erreichbar, ebensowenig durch Vernunftsgründe wie durch die ungeheuerlichsten Bilder und Dokumente. Der Nebel um die Gehirne, der Eispanzer um die Herzen schützt diese Menschen gewissermaßen vor dem inneren Zusammenbruch, der jedem Umbau ihrer Persönlichkeit voranzugehen hätte. Wir haben uns das wohl viel zu einfach vorgestellt, Menschen zur Besinnung, zur Einkehr zu bringen. Denn es stimmt nun einmal keineswegs, was Gutgläubige hier eintragen: „... ich vermag mir nicht vorzustellen, daß ein Besucher, ob jung oder alt, diese Ausstellung verläßt, ohne in seinem Inneren tief aufgewühlt und erschüttert zu sein, und die Ergriffenheit wirkt fort." — Oder: „Ich glaube, diese Ausstellung kann ein normal denkender Mensch nur erschüttert verlassen und mit dem Vorsatz, sein Bestes zu tun, um solche Ungeheuerlichkeiten heutzutage und in Zukunft unmöglich zu machen."

Eine Fundgrube menschlicher Verhaltensweisen

Wie aufschlußreich über menschliche Verhaltensweisen diese Aufzeichnungen sind, darauf wird in den Meinungsbüchern selbst wiederholt hingewiesen. So

schreibt einer: „... das Interessante für uns Juden die Reaktion der Nazi-Freunde in diesen Aufzeichnungen sowie das Benützen politischer Schlagworte." — Und ein Nichtjude (offenbar politischer Häftling aus den Kerkern des Dritten Reiches): „Womöglich noch interessanter als die Ausstellung sind die Eintragungen in diesem Buch. Da findet man sie wieder, die ewig unbelehrbaren Nazis — aber auch den einen oder anderen unbelehrbaren Juden. Welch eine Spanne zwischen dieser Ausstellung, die in sachlicher Weise ihre Anklage ausschließlich gegen den Nationalsozialismus richtet, und gewissen Eintragungen, die jeden von uns Andersgläubigen mitverantwortlich machen ... Als wir, ehemalige Angehörige der aus Zuchthäusern rekrutierten deutschen Afrikadivision 999 als Kriegsgefangene versuchten, den Amerikanern zu erklären, was in Deutschland gespielt wurde, da hat man das als Propaganda abgetan und hat uns zu verstehen gegeben, daß man uns als Hochverräter betrachte. Als aber die amerikanischen Truppen selbst in Bergen-Belsen all die Greuel sahen, da hat man von uns erwartet, daß wir ein Kollektivschuldgefühl zur Schau trügen. Kollektivverantwortung, Kollektivhaß, das ist der Teufelskreis, in dem sich die Weltgeschichte bewegt. Dürfen wir zu hoffen wagen, daß die Menschheit je davon loskommt?"

Ein christlicher Seelsorger, ein Vikar, bezeichnet die Meinungsbücher als eine „eigene zeitgeschichtliche Dokumentation" und fährt fort: „Was uns Mitgliedern einer jüngeren Generation bleibt, ist ein Berg von Arbeit an uns selbst, an denen nach uns — und womöglich auch an denen vor uns, die uns ein solches Erbe übergaben."

Die Mehrzahl der Eintragungen — anonym

Sieht man von führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wie kirchlichen Würdenträgern und Politikern ab, die in diesen Seiten ihrer Erschütterung Ausdruck geben und damit gleichzeitig ihr Bekenntnis zur Demokratie zu bekräftigen wünschen, und sieht man ferner von dem Fehlen jener ab, die sonst gern als Vertreter ihres Volkes aufzutreten pflegen, fällt auf: die wenigsten machen Angaben über Alter und Beruf. Aber ebenso auffällig ist, daß die Mehrzahl der Eintragungen anonym bleibt. Bei den alten Unentwegten und ihren sich zahlreich zu Wort meldenden jugendlichen Nachplapperern kann das nicht weiter verwundern. Daß aber auch die ehrlich Ergriffenen, die politisch Einsichtigen so vorsichtig sind, muß als bedenkliches Zeichen für den Stand der Demokratie gewertet werden. Denn die Demokratie wird immer nur so viel wert sein, wie ihre einzelnen Vertreter bereit sind, für sie einzusetzen. Wer das heutzutage doch wohl geringfügige Risiko seiner Namensnennung scheut, wird sich in Gefahrenzeiten noch viel weniger zu größerem Risiko bereit finden.

Die Betroffenen

Eine beträchtliche Zahl der Eintragungen stammt, wie nicht anders zu erwarten war, von den direkt oder indirekt Betroffenen, von den Überlebenden der Konzentrations- und Vernichtungslager oder von den Nachkommen der Zugrundegegangenen. Wem es verwehrt ist, eine Grabstätte zu pflegen, weil es sie nicht gibt, der will wenigstens in diesen Seiten ein kleines Memorial errichten. Da finden sich Eintragungen wie „durch Mörderhand Vater und Mutter verloren" oder: „im Andenken an meinen Schwiegervater, den wir in den Gaskammern von Auschwitz verloren". Ein Sechsundsiebzigjähriger und ein Achtundachtzigjähriger, deren ganze Familien ausgerottet wurden, teilen dies in wenigen Worten mit. Die Lagergemeinschaft Ravensbrück erneuert ihren Schwur: „Niemals wieder, niemals vergessen!" Ähnlich lautet die Eintragung eines „Verpflegungsführers des

Budapester Ghettos". Die Frage, darf und kann vergessen und verziehen werden, bewegt viele der Eintragenden. Manche ahnen erst dumpf, andere wissen es bereits klar, daß der Zusammenschluß aller, die guten Willens sind, erforderlich ist, um neue Ansätze im Keim zu ersticken. Am schönsten und klarsten drückt dies ein Jugendlicher aus, der (offenkundig unter dem Einfluß sozialistischer Erziehung) schreibt: „Ich bin 19 Jahre alt und habe den Faschismus nicht selbst erlebt. Doch bin ich berufen, über ihn zu sprechen. Alle meine Großeltern kamen in den Vernichtungslagern um. Meine Eltern verbrachten die besten Jahre ihres Lebens in der Emigration in Arbeitslagern. Meine ganze Familie lebt über die ganze Welt verstreut. Und das Andenken an die ermordeten Juden lebt in mir. Aber das Leben geht weiter. Es ist eine neue Generation herangewachsen, die nichts für die Verbrechen ihrer Eltern kann. Die Jugend ist unschuldig. Und jetzt liegt es an uns, zu verhindern, daß der Irrsinn des Rassenhasses in ihnen lebendig werde. Wir wollen Freunde sein, wir reichen euch gern die Hand ... Aber unbarmherzigen Kampf sagen wir allen an, die ... von neuem die Jugend vergiften wollen ... Aber wir sind optimistisch, wir glauben an den Sieg der Vernunft, der Menschlichkeit, darum „Vorwärts", aber niemals vergessen."

Und „eine unglückliche Mutter, deren Kind (10 Jahre) in den Gaskammern endete und deren Geschwister auf Scheiterhaufen verbrannt wurden": „Verzeihen, vergeben? Wir Juden müssen vergeben, so heißt es in unserem Glauben. Der Allmächtige vergibt auch ... Es kostet übermenschliche Kraft, das Wort auszusprechen, ich vergebe, wie es geschrieben steht."

Die Wachsamen

Die Wachsamen oder wachsam gewordenen, die im Kern ihres Wesens von den Ereignissen getroffen wurden, die Wißbegierigen, die die tiefer liegenden Ursachen für gegenwärtige, ihnen unverständliche Vorgänge erkennen wollen, sind eine andere Gruppe. Sie rekrutiert sich nur zum Teil aus jenen, die die Ereignisse auf dieser oder jener Seite miterlebten. Es ist die Gruppe derer, die entschlossen scheinen, einer neuen Barbarei rechtzeitig entgegenzutreten. Erstaunlicherweise findet sich hier nur ein einziger, der seinen politischen Irrweg eingesteht und nur ein einziger, der schildert, wie man seinerzeit von der Entrechtung profitierte. Der eine schreibt: „... Diese Ausstellung erschütterte mich, wühlte mich auf und verstärkte mein kumulatives Mitschuldgefühl ganz wesentlich. Denn auch ich war einmal ein Nazi, wenngleich auch ein nichtsahnender Idealist. Hätte ich auch nur einen winzigen Bruchteil erahnen können, welcher Massenverbrechen das ‚Dritte Reich' einmal fähig sein könnte, niemals wäre ich ein Mitglied dieser Mörderpartei geworden, ich, ein evangelischer Christenmensch."

Und der andere: „Wir haben es nicht gewußt? Landstraßer Hauptstraße, gerade vis-àvis der Kaserne, hat ein altes jüdisches Pensionistenehepaar gewohnt. Sie wurden ‚ausgesiedelt' und waren voll Traurigkeit und Hoffnung. Dokumente hatte man ihnen abgenommen, sie hatten nur Photokopien, ‚wir werden sie noch brauchen können'. Die Hausbewohner haben sich, als das Paar weg war, auf die armseligen Möbel gestürzt. Jeder war stolz, etwas erwischt zu haben. Eine Frau sagte: ‚Ich habe nur einen Sessel bekommen.' Was aus den Menschen wurde, niemand wollte es wissen. So war es an vielen Orten unserer Stadt." Ebenso in zahllosen anderen Städten, möchte man hinzufügen.

Die Mahnung, daß ständiges Erinnern die einzige Garantie sei, eine Wiederholung zu vermeiden, wird immer wieder erhoben. Einer schreibt: „Nur durch Wachhalten der Erinnerung an solche Ereignisse können Wiederholungen ähnlicher Vorgänge wirksam vermieden werden ... Man hat ja schon vieles über diese entmenschte Vergangenheit gehört und gelesen, aber das ist noch immer,

wie die Erfahrung zeigt, viel zu wenig ..." Ein anderer formuliert es so: „Solange das Bewußtsein darüber, daß so etwas geschehen konnte, also geschehen kann, nicht in alle Seelen eingehämmert ist, ist die Möglichkeit der Wiederholung der Ausrottung noch nicht ausgerottet."

Die Lehren der Vergangenheit anwenden

Und ein Dritter, der sich Gedanken über den Haß macht, der so leicht gegen das Andersartige ausbricht, führt aus: „... man muß das Verbindende suchen und sehen, vor dem Andersgearteten Respekt üben und sich die Haltung zu eigen machen, daß die Menschenwürde unantastbar bleiben muß, denn Verstöße dagegen können durch kein gerichtliches Urteil wiedergutgemacht werden. — Jedenfalls finde ich es natürlich, daß durch solche Dokumentationen nicht nur die Jugend, sondern auch diejenigen, die damals das durch den nationalsozialistischen Rassenhaß angefachte Vorgehen gebilligt oder auch nur stillschweigend geduldet haben, erinnert werden, was sie auch durch ihr Verhalten auf diese oder jene Weise angerichtet haben ..."

Das „Verbindende" übersetzt einer in die praktische Politik so: „Damit sich ähnliches nicht wiederholt, ist eine breite antifaschistische Front notwendig. Sozialisten und Kommunisten, Christen und Juden sollten alles Trennende beiseitestellen und vereint gegen das Wiederaufleben nazistischen Gedankentums vorgehen. Verbietet endlich ‚Kameradschaftsbünde' und ‚teutsche Burschenschaften'! Die Krankheit gehört im Keime erstickt ..." Der Ruf nach einem generellen Verbot antidemokratischer Verbände wird immer wieder erhoben, erfreulicherweise auch von Jugendlichen. So schreibt ein Einundzwanzigjähriger: „Sogenannte Kameradschaftsbündler und Gleichgesinnte marschierten in Berndorf, vor kurzem in Purkersdorf, mit den Orden jener Zeit, um die Fahnen jener Zeit zu weihen. Wie lange dürfen sie solches in Österreich denn noch, oder wo werden sie das nächste Mal marschieren? Ich bitte jeden, sich dagegenzustellen."

Und ein Älterer, Schwerkriegsversehrter des Ersten Weltkrieges, einer Offiziersfamilie der Monarchie entstammend: „Solange man noch hören muß: ‚Da ist einer durch den Rost gefallen', ist keinerlei Wiedergutmachung erfolgt. Keine DM kann das Geschehen auslöschen. — Selbstverständliche Folgerung: völlige Reinigung der Exekutive von allen SS-Leuten und Soldaten und Offizieren, die an den Greueltaten mittelbar und unmittelbar beteiligt waren. — Verbot der Kameradschaftsverbände und ihrer Aufmärsche mit Hitlerorden, die es nicht weniger sind, weil man das teuflische Hakenkreuz herausgekratzt hat, wie das Gesetz es befahl. — Eliminierung aller ‚Demokraten', die durch ihre Verfügungen, Vermischungen und ähnliches den Antisemitismus in allen seinen Abarten ermöglichen."

Es finden sich auch drastischere Vorschläge, wie: „Es wäre vorteilhaft, wenn man die Ausstellung auch in Bonn zeigen würde. Viele heutige Funktionäre würden sich an ihr Werk erinnern können."

Von christlich-religiöser Seite finden sich Eintragungen wie: „Gebete tilgen nicht die Schmach, doch halten sie die Reue wach. Bewahre uns, o himmlischer Vater, vor der Bestie im Menschen!" — Oder: „Ich bitte und hoffe auf Vergebung, obwohl nicht beteiligt, aber mitschuldig." — Aus dieser Gruppe der Wachsamen abschließend die Eintragung einer Frau, offenbar einer gläubigen Katholikin, die sich vor allem über die Erziehung der Jugend ernsthaft Gedanken macht. Sie schreibt: „... was soll man tun, um zu verhindern, daß sich jenes Furchtbare, der organisierte Massenmord, in Zukunft nicht wiederhole? — Vor allem soll man unsere Jugend gottesfürchtig und frei von Rassenhaß erziehen. Sie soll erkennen,

daß alle Menschen Kinder Gottes und frei und gleich sind. Daß die ganze Menschheit eine große Familie ist. Daß wir hier leben, um einander zu lieben und nicht zu hassen ..."

Die Unerreichbaren

Daß die Meinungsbücher unter anderem auch „eine willkommene Gelegenheit für alle Neonazis sind, endlich einmal ungestraft ihre Meinung kundgeben zu können", stellt eine der Eintragungen ganz richtig fest. Tatsächlich ist die Zahl der Wortmeldungen aus dieser Schicht recht hoch, gibt allerdings kaum Aufschluß über die richtige Proportion zur Gesamtbesucherzahl. Denn ebenso wie sich die meisten aus dieser Gruppe geradezu dazu drängten, ihre Ansicht zu äußern, ebenso gewiß fühlten sich viele andere, und zwar gerade die ehrlich Erschütterten, außerstande, ihren Eindruck niederzuschreiben, oder empfanden es angesichts der gezeigten Ungeheuerlichkeiten einfach als unangemessen. Beides ging aus mitangehörten Äußerungen von Besuchern unzweideutig hervor. Doch zeigt sich auch hier wieder einmal, daß nicht „wahr"genommen werden kann, was nicht wahr sein darf, weil es, wie schon eingangs erwähnt, zum inneren Zusammenbruch führen müßte. Ohne ihn ist aber ein Umbau der Persönlichkeit undenkbar, und so wird eine Umkehr nur in Ausnahmefällen zu erwarten sein dürfen. Statt dessen formieren sich in diesen Seiten Kolonnen zum Gegenangriff, indem Dokumente als Fälschungen erklärt werden und die Opfer selbst als die Verantwortlichen. Wie denn überhaupt Werfels prophetischer Satz „Nicht der Mörder, der Ermordete ist schuldig" uns in den unglaublichsten Varianten entgegenstarrt.

Der Ermordete ist schuldig

Die bündigste dieser Eintragungen: „Durch das grausame Schächten an Tieren und durch das Übervorteilen der verachteten ‚Arier' haben die Juden das heraufbeschworen. Es bleibt weiter so bis zum Ende." — Haßausbrüche, gegen die jedes Vernunftswort machtlos bleiben muß: „Skandal! Alles Lüge, Propaganda!" — „Schande über alle, die diese Ausstellung zustande gebracht haben. Schürt ihn nur weiter, den Haß und die Verleumdung."

Interessanterweise entfachen Eintragungen in hebräischen Buchstaben, offenbar von israelischen Besuchern herrührend, die Emotionen bis zur Weißglut. So wird einmal mit roter Tinte über hebräische Buchstaben geschrieben: „Ihr seid alle — in aller Welt verhaßt!" — Das „Teufelszeichen" tut seine Wirkung, unschwer vorzustellen, was es hervorriefe, würde Menschenhaß auch noch als ehrenvolle staatsbürgerliche Pflicht hingestellt. — Ein anderer: „Wie es wohl zu einem Antisemitismus kommen konnte (als ob selbst die abscheulichsten antisemitischen Ausschreitungen mit systematischer Ausrottung in einem Atem genannt werden könnten, E. F.), erklären wohl am besten die Protokolle von Zion (sic!), die ich jedem, der das glaubt, was hier geboten wird, dringend empfehlen will." (Gemeint sind natürlich die „Protokolle der Weisen von Zion", jene bekanntlich längst als Fälschung entlarvte Schrift, die dessen ungeachtet durch die gesamte antisemitische Literatur weitergeistert. Nicht einmal sie hat der Schreiber offenbar je gesehen, sonst würde er zumindest den Titel richtig zitieren). Er fährt fort: „Von den Verbrechen der Juden erwähne ich nur die 10,5 Millionen Weißrussen, die der Jude Trotzki bestialisch ermorden ließ."

Sie fühlen sich gedemütigt

Wie der Mechanismus des Selbstschutzes funktioniert, geht vielleicht am besten aus der Eintragung eines Zwanzigjährigen hervor (der sich durch die Anklage

dieser Ausstellung doch kaum selbst getroffen fühlen kann) und also wohl nur die Empfindungen seines Milieus, vor allem seines Elternhauses ausdrückt, wenn er schreibt: „Ich glaube, daß es weder zum gegenseitigen Verständnis der Völker noch zum Ansehen des jüdischen Volkes beiträgt, wenn Angehörige dieses Volkes uns nach einem verlorenen Krieg und seinen schweren Folgen immer wieder durch derartige Ausstellungen, Filme und ähnliche Propaganda zu demütigen versuchen!"

Das Gefühl der Demütigung ist selbst bei den nicht ganz hoffnungslosen Fällen so vorherrschend, daß dadurch jede Chance der Wahrnehmung und Erkenntnis genommen wird. „A good looser" zu sein (ein guter Verlierer), das ist eine tief verwurzelte angelsächsisch demokratische Tradition. Sie fehlt vollständig, der Verlierer schlägt blindwütig um sich.

Die Heuchler und Ablenker

Doch sind alle diese hirnvernebelten Behauptungen in der heutigen politischen Konstellation weit weniger gefährlich als was unter dem Deckmantel der Menschenliebe, der angeblichen Sorge vor Verbreitung von Haß auftritt. So schreibt einer scheinheilig: „Solcherartige (!) Ausstellungen, wo einzelne Bilder gleich doppelt gezeigt werden (es geschah dies in wenigen Fällen berechtigterweise, weil das gleiche Bild als Kettenglied in verschiedenen Zusammenhängen diente, E. F.), sind nicht geeignet, die Wahrheit zu sagen, denn sie schüren nur den Haß gegen alle Deutsche." — Oder vorsichtiger und perfider ausgedrückt: „Ich halte Ausstellungen dieser Art für denkbar ungünstig, einen solchen heldenhaften Kampf wie den Aufstand im Warschauer Ghetto zu ehren. Die vorzügliche Technik der Ausstellung macht es mir schwer, innerlich ergriffen zu sein!" — Keineswegs besorgt, Haß zu schüren, wenn es sich bloß um Haß in die gewünschte Richtung handelt, schreibt ein anderer, von den Ehemaligen gut erzogener, mit direkter Drohung endender Jugendlicher: „Diese Ausstellung finde ich als sehr unpassend. Man soll sie vielleicht in Israel oder sonst wo zeigen. Was uns Deutschen gezeigt werden soll, sind die Greuel von Prag vor 1938 und nach 1945. Die Deutschen aus den Ostgebieten (Schlesien, Ostpreußen, Pommern). Anscheinend hat diese Behandlung den betreffenden Subjekten nicht genügt, denn sie sind ja jetzt alle wieder da. Für eine bessere Behandlung bürgt die deutschbewußte Jugend."

Beliebt auch die Ablenkung auf andere, trotz ihrer Schrecken gar nicht vergleichbare Vorgänge während des letzten Weltkrieges oder in früheren Epochen. So einer: „Wir erwarten — sicher vergeblich — eine ähnliche Ausstellung über die grauenvollen Verbrechen der Alliierten in Dresden, die Bombenterrornächte und vor allem die Vertreibungen aus deutscher Heimat im deutschen Osten." — Der Hinweis darauf, daß Konzentrationslager keine deutsche Erfindung, sondern eine der Engländer im Burenkrieg sind, muß wiederholt herhalten.

„Alles übertrieben!"

Auch jene „Berichtigung", die man aus öffentlichen Disputen, aus Prozeßaussagen hinlänglich kennt, wonach die Zahl der Ermordeten ebenso wie die der Verantwortlichen arg übertrieben wird, findet sich in diesen Blättern:

„Ihre Ausstellung zeigt leider viele Fälschungen und unwahre Angaben; in Auschwitz wurden nicht mehr als eine Million Juden hingerichtet. Überhaupt möchte ich betonen, daß ungefähr zwei Millionen hingerichtet wurden, nicht 8—12, wie in den Schulen gelehrt wird . . . Außerdem möchte ich sagen, daß während des Krieges nur ungefähr zehn maßgebende Männer die Vernichtung der Juden leisteten, Hitler selbst erfuhr davon erst Anfang des Jahres 1945."

Es ist klar, was mit diesem Feilschen um die Bagatelle von ein paar Millionen Ermordeter bezweckt wird. Wenn Massenmord schon nicht gänzlich geleugnet werden kann, so kann doch zumindest Zweifel im allgemeinen über diese peinlichen Zwischenfälle geweckt werden. Und wenn nur zehn Männer ausgeheckt haben sollen, was dann unkontrollierbar im Osten vor sich ging, dann darf man doch weiterhin stolz auf die große Vergangenheit, ja sogar auf Hitler selbst sein, denn er wurde doch eben tragischerweise von einigen wenigen getäuscht, und hätte er davon erfahren, nie und nimmer hätte er die „Endlösung" zugegeben. — Man beachte auch die zweimalige Verwendung des Verbums „hinrichten", als handle es sich nicht um die Verarbeitung lebendiger Menschenmassen zu Abfall, sondern um den ordnungsgemäßen Vollzug einer, schließlich auch in einigen zivilisierten Ländern zugelassenen Todesstrafe an einzelnen.

Schüler und ihre Lehrer

Das erfreulichste Bild bieten begreiflicherweise die Eintragungen der Jugend (um so eindeutiger, um je jüngere es sich handelt) und um die ihrer Lehrer. Das erklärt sich nicht nur aus den noch unvernebelten Hirnen und den noch ungepanzerten Herzen der Kinder, sondern auch daraus, daß ja nur eine bestimmte positive Auswahl von Lehrern und Jugendleitern mit ihren Schülern die Ausstellung besuchte (oder von übergeordneten Institutionen hierher dirigiert wurde). Dazu kommt noch, daß die Eltern jüngerer Schüler bereits der Generation der Nicht-Belasteten angehören, während andererseits in der Regel erst vor älteren, also auch vor Studenten offener gesprochen wird, erst bei diesen der Einfluß des Elternhauses (oder der der Alten Herren der Burschenschaften) politisch bestimmend wird.

Die Allerkleinsten. Da finden sich rührende Kollektiveintragungen, die dennoch als Ergebnis staatsbürgerlicher Erziehung nicht belächelt werden sollten: „Wir wollen uns bemühen, es besser zu machen, damit so etwas nicht wieder geschieht." Unterschrieben: „Die 4 c" (einer Wiener Schule eines Arbeiterbezirkes). — Und eine individuelle Eintragung: „Ich bin erst zwölf Jahre, aber ich weiß, wie ich mich zu verhalten habe."

Daß in vielen Schulen Widerstand dagegen herrscht, kindliche Gemüter mit so viel Grauen zu belasten, geht (wobei dies oft auch nur ein vorgeschobenes Motiv ist) aus einer ganzen Reihe von Eintragungen hervor: „In der Hauptschule, die mein Sohn besucht, machte er den Vorschlag, die Klasse möchte sich doch die Ausstellung ansehen; leider fand der Vorschlag kein Interesse."

Eine temperamentvolle Mittelschülerin wendet sich energisch gegen alle Bedenken, Jugendliche hierher zu führen: „Es ist nicht nur eine Schande, daß so etwas unter sogenannten fortschrittlichen und kulturell denkenden Menschen im 20. Jahrhundert passieren konnte, sondern es ist auch ausgesprochen feig, dies von der Jugend abhalten zu wollen, um ihre Jugendzeit nicht zu belasten. Im Gegenteil! Man soll in den Schulen den Schülern in gereifterem Alter davon objektiv berichten, dann wird so etwas hoffentlich nie mehr möglich sein."

Eine Gruppe des VSM (Vereinigte Sozialistische Mittelschüler) unterzeichnet folgende Eintragung: „Wir jungen Sozialisten besuchten die Ausstellung. Nach dem Film konnte ich kaum atmen. Nie hat ein anderes Volk so viel erlitten als das jüdische. Der Warschauer Ghetto-Aufstand sollte ein Symbol der Menschenrechte und der Freiheit sein. Niemals vergessen! Niemals wieder Verfolgung irgendwelcher Völker, Rassen und Stämme!"

Ein Achtzehnjähriger aus der sozialistischen Jugendorganisation „Rote Falken" hat schon allerhand Einsichten gewonnen: „Ich habe geglaubt, genug über die Verbrechen der Nazis zu wissen ... Aber jedesmal erfahre ich Neues und Unfaßbares. Kann ich in solchen Wesen noch Menschen sehen? Wesen, die Wetten abgeschlossen haben, wie lange es ein Mensch aushält, wenn man ihn an den Füßen aufhängt? ... Sie haben nicht nur den Juden unsägliches Elend zugefügt, sie haben auch ihr eigenes Volk in der Welt verhaßt gemacht ... Und schon hat man diese Ära vergessen, es werden wieder jüdische Friedhöfe geschändet und Naziparolen gerufen. Ich rufe alle Juden, alle Deutschen, alle Österreicher, alle Polen und überhaupt alle Menschen, die guten Willens sind, zum erbarmungslosen Kampf gegen die braune Pest."

Kinder und Jugendliche zeichnen fast durchwegs mit vollem Namen und Adresse, vermutlich weil sie dazu angehalten werden, aber auch weil die Eintragung für sie einen wichtigen persönlichen Akt darstellt.

Wichtiger als der Fall von Troja

„Wichtiger als der Fall von Troja wäre es, auf diese Vorgänge im Geschichtsunterricht einzugehen", heißt es in einer Eintragung. Und ein Mittelschüler schreibt: „Im Geschichtsunterricht haben wir nie etwas davon gelernt." — Die Direktorin einer Hauptschule, die mitteilt, daß sie mit 48 Schülerinnen und drei Lehrern die Ausstellung besuchte: „Man kann es nicht oft genug und schonungslos zeigen und sagen, damit die Jugend vor ähnlichem bewahrt bleiben möge."

Die Geschichtsprofessorin eines Gymnasiums weist auf das Fehlen entsprechender Unterlagen für den Unterricht hin. Sie schreibt: „Ich habe diese Ausstellung mit meinen zwei Geschichtsklassen besucht und werde das Gesehene entsprechend im Unterricht auswerten. Leider haben wir sonst kein Bildmaterial. Es wäre dringend nötig, Historiker dafür zu gewinnen, eine kurze bebilderte Broschüre mit wissenschaftlich fundiertem Zahlenmaterial zusammenzustellen. Diese müßte an allen Schulen für den Geschichtsunterricht an die Geschichtslehrer gesendet werden, damit man immer entsprechendes Material zur Unterrichtsvorbereitung hat. Die Aufklärung der Jugend und der Kampf gegen Rassenwahn ist eine Aufgabe, die alle anständigen Menschen angeht."

Schließlich sei noch die Eintragung eines älteren Jugendlichen herausgegriffen, weil aus ihr deutlich der Widerstreit der Einflüsse spricht: „Ich bin erst 21 und kann das, was hier geschah, vielleicht noch nicht beurteilen, aber trotzdem bin ich der Meinung, daß hier das größte Verbrechen seit der Auslöschung der amerikanischen Königreiche durch die spanischen Konquistadoren geschah. Aber bringt nicht auch die Zeit alle Wunden zum Heilen? Warum kann man nicht auch vergessen? Jedes ans Licht bringen dieser Vorgänge entwurzelt doch den Friedenswillen und bringt wieder neuen Haß hervor. Lassen wir doch einmal alles ruhen. Blicken wir in die Zukunft und lernen wir aus der Vergangenheit." — Einer hat mit roter Tinte daneben notiert: „Lernen, indem wir vergessen?"

Dr. jur. Ilse Staff

Bewältigung der Vergangenheit (II)*

IV

In erschreckendem Maße wurde der allmähliche Bildungsabbau in Deutschland bereits unter dem Schutz der Weimarer Verfassung deutlich. Obwohl die Weimarer Verfassung in ihrer doktrinären Natur vom Standpunkt der Rechtsstaatlichkeit und der sozialen Demokratie kaum übertroffen werden konnte, wurden unter ihrem Schutz Dinge geformt, die dann im Frühjahr 1933 die Welt in tiefstes Elend verstrickten. Die Verfassungswirklichkeit konnte schon in den Anfängen der Weimarer Republik nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese, obwohl rein zahlenmäßig ihre Anhänger das Übergewicht hatten, auf die Dauer den ständigen Angriffen nicht gewachsen war: denn gerade die Kreise, die vom geschichtlichen Standpunkt aus berufen gewesen wären, die Hüter dieser Verfassung zu sein, waren von der ersten Stunde ihrer Entstehung teilweise ihre erklärten Gegner; zumindest konnten weite Kreise des gebildeten Bürgertums sich mit ihr nicht befreunden. Daß die Weimarer Republik an die Bildungsideale des liberalen Bürgertums des 19. Jahrhunderts anknüpfte, war zwar der Glaube gewisser deutscher Eliten, vermochte sich aber nicht zu einem tragenden Grundsatz der bürgerlichen Parteien zu verdichten. In weiten Schichten der deutschen Akademiker war die Republik ein Gegenstand der Ironie, ja der Verachtung; staatsrechtliche und völkerrechtliche Vorlesungen, in denen von der Republik berufene und bezahlte Professoren lehrten, waren von dem jungen akademischen Nachwuchs dann am meisten besucht, wenn diese Vertreter ihrer wissenschaftlichen Disziplinen die Weimarer Verfassung ironisierten oder gar schmähten. Man darf dabei nicht vergessen, daß ein großes Kontingent der Studenten in den ersten Jahren der Weimarer Republik sich zusammensetzte aus Männern, die den Ersten Weltkrieg unter Aufbietung ihrer gesamten Kräfte und unter dem Einsatz ihrer Ideale mitgemacht hatten und nun nach dem Ende des Kaiserreichs, das mit der Revolution zusammenfiel, ihrer Ideale beraubt waren — und sich leider für sie keinerlei Ersatz dieser Werte bot, bzw. sie diesen Ersatz, soweit er vorhanden war, nicht als wertgleich anerkannten. Diese Diskrepanz wurde nutzbar gemacht von den Elementen, die durch das Ende des Kaiserreichs sich in einem Zustand der Deklassiertheit fühlten. Hand in Hand mit dieser Erscheinung ging ein bisher latenter Antisemitismus zum offenen Angriff gegen den Bestand des Staates vor, wiederum geschürt von denjenigen Elementen, die nichts zu verlieren hatten und darauf bedacht waren, den jungen Menschen einen Sündenbock für das Jahr 1918 und seine gesamten Folgen anzubieten. Es ist hier nicht der Ort, zu untersuchen, inwieweit diese Erscheinung des Antisemitismus weltanschaulich auf einem Haß gegenüber der Rasse beruhte oder sich in seinen Folgerungen lediglich in den Konsequenzen bewußt geschürter Vorurteile auswirkte.

Es kam hinzu, daß die wirtschaftliche Entwicklung für breiteste Schichten des Volkes eine Form annahm, die gleichfalls nicht geeignet war, diese Elemente mit Vertrauen zur Führungsschicht der Weimarer Republik zu erfüllen. Genau wie in den ersten zweieinhalb Jahrzehnten zu Beginn des 19. Jahrhunderts unter der akademischen Jugend die verschiedensten geistigen Richtungen miteinander verflochten waren, so war dies auch in den 20er Jahren der Weimarer Republik der Fall, nur vielleicht mit dem Unterschied, daß jetzt der berechtigte Begriff des nationalen Gedankens sich in das offene Zerrbild des Nationalismus verwandelte. Auch wie damals war die Universitätsopposition revolutionär. Kreuzten sich da-

* Vgl. Heft 11, S. 871 ff.

mals in dieser revolutionären Bewegung krassester Chauvinismus engstirniger Franzosenhasser mit liberalen Gedanken, so konnte man nun dem Chauvinismus in seiner engsten Verbindung mit der Auflehnung gegen Kultur und Geist schlechthin begegnen. Ihrer Verantwortung nicht bewußte akademische Lehrer machten sich diese zwielichtige Haltung zunutze. Die ähnliche Situation in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts analysiert der Dichterjurist Immermann an dem Porträt der Persönlichkeit des Turnvaters Jahn:

> „Der deutsche Sonderlingsgeist nistet sich am liebsten unter den Gelehrten ein und zeigt sich meistens immer reformatorisch. Unsere Sonderlinge sind Apostel ihrer Launen und möchten alle Heiden zu ihnen bekehren. Weil nun aber das Leben an vielen Punkten ein gar harter und widerstrebender Block ist, so werden die weichsten Stellen ausgesucht, an denen die Bearbeitung noch am ehesten gelingen mag." (Memorabilien, Ausgabe von Harry Mayne, Band V, S. 358.)

Diese „weichsten Stellen" waren bei der akademischen Jugend in den ersten Jahren der Weimarer Republik ein verlogenes, bzw. entstelltes Geschichtsbild und die völlige Indifferenz gegenüber objektiven Werten. Was Heinrich von Treitschke in seiner „Deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert" (Hendel Verlag, Leipzig, 1928, Band II, S. 422) in dieser Hinsicht ausführt, galt von diesen ersten Jahren der Weimarer Republik wieder:

> „Mit Mut und Rüstigkeit war das neue Deutschland überreich gesegnet, aber andere nicht minder deutsche Tugenden, die Bescheidenheit, der wissenschaftliche Sinn, der entsagende Fleiß, die Ehrfurcht vor dem Alter und dem Gesetz gerieten in Mißachtung. Auch hinter der berühmten teutonischen Wahrhaftigkeit verbarg sich viel Selbstbetrug."

Dieser Selbstbetrug hinter „der berühmten teutonischen Wahrhaftigkeit" hatte sich bereits nur zu deutlich im Jahre 1817 auf dem Wartburgfest gezeigt, das als „großes Verbrüderungsfest deutscher Burschen" begangen wurde. In der damaligen Festschrift von Karl Sand, die unter den „deutschen Burschen" verteilt wurde, wurde protestantischer Geist mit modern-demokratischen Ideen auf phantastische Art verkettet. „Hauptidee unseres Festes", hieß es, „ist, daß wir allzumal durch die Taufe zu Priestern geweiht, alle frei und gleich sind; Urfeinde unseres deutschen Volkstums waren von jeher drei: die Römer, Möncherei und Soldaterei." Man bekämpfte die angeblichen Urfeinde mit deutscher Gründlichkeit: Unter Anleitung von Turnvater Jahn wurden die Werke „aller schreibenden, schreienden und schweigenden Feinde" verbrannt. Der Code Napoléon, Kotzebues Deutsche Geschichte, Saul Aschers Germanomanie, der ein „Wehe über die Juden" nachgerufen wurde, Hallers Restauration — diese und andere Schriften wanderten in die Flammen. Die Nationalsozialisten konnten sich wohl kaum eine bessere Vorbereitung für ihre Bücherverbrennungen denken und wünschen.

Daß außer der geistigen auch die wirtschaftliche Situation in Deutschland immer fragwürdiger wurde, konnte den Nationalsozialisten nur recht sein. Die schlechte wirtschaftliche Lage der Weimarer Republik steigerte die Arbeitslosigkeit und ließ das Heer derer, die nichts zu verlieren hatten als ihre Ketten, täglich größer und damit anfälliger werden für eine bewußte Irreführung. Die Dinge, die sich nunmehr in Deutschland abspielten, haben ihr bestes Vorbild in der Zeit vor dem Untergang der römischen Republik. Aus dieser Zeit wurde für verzweifelte Desperados im öffentlichen Leben, die zur Einsetzung der teuflischsten Mittel bereit waren, die Bezeichnung der „Catilinarischen Existenzen" übernommen. Liest man das Werk des römischen Historikers Sallust „Die Verschwörung Ca-

tilinas" und die hierauf bezüglichen Äußerungen Ciceros, dann kann man glauben, ein wort- und bildgetreues Porträt zu haben für den Umsturz, den Hitler vorbereitete. Mag auch die Darstellung Sallusts und Ciceros in vielen Dingen gefärbt sein, immerhin dürfte das Skelett dieser Darstellung zutreffen. Genau wie die Anhänger Hitlers sind die Teilnehmer des von Catilina geplanten Umsturzes zusammengelesen aus deklassierten, gestrandeten Elementen. Aus Rom wie aus den Provinzen hatte er fragwürdige Elemente um sich versammelt, und „es gab damals weder in Rom noch in irgendeinem Winkel Italiens einen einzigen von Schulden bedrängten Menschen, den er nicht in diesen unerhörten Bund des Verbrechens hineingezogen hatte." Auch Catilina bewarb sich um die höchste Stelle im römischen Staat und versprach in seinem Wahlprogramm das, was den riesigen Kreis der Schlechtweggekommenen genau wie später in der Weimarer Republik am meisten imponieren mußte, die Aufhebung der Schulden (Brechung der Zinsknechtschaft). Er versprach für den Fall des ihm günstigen Ausgangs der Wahl ein Gesetz zu beantragen, wonach die Schuldner von ihren Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern befreit sein sollten. Seine Anhänger waren, um später im Falle des Umsturzes zu allem bereit zu sein, schon lange vorher von ihm geschult in Mord, Brand und Raub — genau wie dies die vornehmste Schulung der Anhänger Hitlers in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik war. Die Anhänger Catilinas rekrutierten sich zunächst einmal aus denjenigen, die von der Machtübernahme Gewinn hofften durch Loslösung von ihren Schulden und die Ämter zu erhaschen hofften, die sie bei einem weiteren Bestand der staatlichen Ordnung nie erhalten hätten; dann aus den Veteranen Sullas, die hofften, durch neue Proskriptionen und neue Diktatur sich sanieren zu können. Weiter gehörten zu diesem Heer Leute, die infolge ihrer Faulheit, schlechten Geschäftsführung und völligen Untauglichkeit, mit ehrlichen Mitteln sich am Leben zu erhalten, unter der Last ihrer Schulden zusammengebrochen waren. Der Kern dieser Truppen bestand aus Mördern, Banditen und der gesamten Verbrecherwelt sowie solchen Personen, die dem Catilina „ganz angehörten", den eigentlichen Männern seiner Wahl. Sallust deutet an, daß sich diese vornehmlich rekrutierten aus „zierlichen Knaben, die nicht nur gelernt hatten zu lieben und sich lieben zu lassen, sondern auch imstande waren, den Dolch zu führen und Gift zu mischen." Schon der Röhmputsch und das sich daran anschließende Mordtribunal bewies die völlige Übereinstimmung der ersten Anhänger Hitlers mit jenen catilinarischen Gestalten. Es handelte sich bei ihnen genau wie bei den Anhängern Hitlers um Männer, deren Handlungen, wie Mommsen im 3. Band seiner „Römischen Geschichte" sagt, „in die Kriminalakten gehörten, aber nicht in die Geschichte."

V

Man kann vielleicht dem deutschen Volk zugute halten, daß es den allergrößten Teil der fortgesetzten Verbrechen, die sich nach der sogenannten „Machtübernahme" in den deutschen Konzentrationslagern und anderwärts ereigneten, zur Zeit der Begehung dieser Taten nicht gekannt hat (abgesehen natürlich von den bürgerlichen Nutznießern der nationalsozialistischen Bewegung, die in den entscheidenden Sachbearbeiterstellungen der Ministerien und dergleichen saßen und die Pläne Hitlers und seiner Anhänger in entsprechende Gesetze kleideten). Das aber, was sich vor dem Jahre 1933 in der Öffentlichkeit abspielte, vor allem welcher Art und wie beschaffen die Kreise waren, die sich zu Hitler bekannten, konnte jeder einzelne Deutsche mit der Hand greifen, da sich ja diese Dinge damals gewissermaßen auf offener Straße abspielten. Gerechtfertigt wollte die Unterstützung Hitlers und seiner Anhänger werden durch den Hinweis, daß damit die künftige Gefahr des Kommunismus gebannt würde. Dieses von Hitler betont

in den Vordergrund gesetzte Ziel war wohl der Hauptanreiz, daß aus gut bürgerlichen und vornehmen konservativen Kräften des deutschen Volkes dieser Bewegung alle nur erdenkliche Unterstützung zuteil wurde. Daneben galt diese Unterstützung durch bestimmte Kreise der deutschen Wirtschaft dem Ziele, den Sozialismus und die Gewerkschaftsbewegung für immer von der Einflußnahme auf das politische und wirtschaftliche Leben auszuschalten.

Wie sich diese Tragödie des deutschen Volkes gerade auf dem Gebiet der politischen Rechtsprechung ausgewirkt hat, kann nur der ermessen, der sich die Mühe macht, die heute nur noch in wenigen Bibliotheken und Archiven vorhandenen acht Bände der „Deutschen Justiz" (das Organ des in verschwindender Minderheit befindlichen republikanischen Richterbundes) zur Hand zu nehmen. Zusammengefaßt kann diese Rechtsprechung werden unter der Devise: der Feind steht links; dabei wurde unter links nicht etwa die Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei verstanden, sondern letzten Endes die Zugehörigkeit zu den republikanischen Parteien schlechthin. Dies zeigte sich nicht nur in den großen Prozessen, die den Verrat von Staatsgeheimnissen, Vorbereitung zum Hochverrat und dergleichen zum Gegenstand hatten, sondern ging bis hinein in Beleidigungsverfahren, in denen beamtete Funktionäre der Weimarer Republik um ihre Ehre kämpfen mußten.

Als sich gegen Ende der Weimarer Republik auch in den beiden großen republikanischen Parteien, dem Zentrum und der Deutschen Staatspartei, defaitistische Tendenzen bemerkbar machten, war das Schicksal der Republik bereits vor der sogenannten Machtübernahme besiegelt. Die eigentliche Zäsur war der Reichstagsbrand, der zur Folge hatte, daß die Kommunistische Partei, der diese Tat durch zynische, nicht einmal ernsthaft versuchte Kaschierung in die Schuhe geschoben wurde, aus dem parlamentarischen Kräftespiel ausschied und der Sozialdemokratischen Partei jede ernsthafte politische Einflußnahme genommen wurde. Daß die deutsche Sozialdemokratische Partei am 23. März 1933 als einzige Partei gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz stimmte, war eine Tat von historischer Bedeutung. Das Verhängnis aufzuhalten vermochte auch diese Partei nicht mehr. Das nationalsozialistische Regime begann.

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

DGB kein „Ordnungsfaktor"

Ende November hat sich der Deusche Gewerkschaftsbund auf einem außerordentlichen Kongreß in Düsseldorf ein neues Programm gegeben. Damit ist vorläufig ein Prozeß abgeschlossen, der in erstaunlichem Umfang publizistisches Interesse fand und der auch sonst allerlei Aktivitäten außerhalb der Gewerkschaften in Gang setzte. Nun ist bemerkenswert, daß die Ergebnisse des Programmkongresses in vielen Zeitungen, die bis dahin für eine Weile recht gewerkschaftsinteresssiert aufgetreten waren, kaum noch vollständig registriert wurden; vermutlich hatte man sich Günstigeres erhofft.

Der „Industriekurier" brachte seine Enttäuschung auf die knappe Formel, daß

vom DGB-Kongreß in Hannover bis zu den Düsseldorfer Beschlüssen „zwei Schritte nach links" passiert seien. Tatsächlich hat die Diskussion über das neue Grundsatzprogramm erwiesen, daß im Deutschen Gewerkschaftsbund mehrheitlich Kräfte vorhanden sind, die, trotz aller Pressionen von außen, an einer in mancher Hinsicht kritischen Position gegenüber den herrschenden Trends der Politik in der Bundesrepublik festzuhalten geneigt sind. Diese Erfahrung ist nicht ohne Gewicht. Wenn auch die Linie gewerkschaftlicher Politik nicht so sehr durch dieses oder jenes Grundsatzprogramm (das selbst wiederum in vielen Punkten dieser oder jener Interpretation fähig ist), sondern mehr durch die praktische Auseinandersetzung in den Gewerkschaften und zwischen Gewerkschaften und ihren sozialen und politischen Gegenspielern bestimmt werden mag, so steckt ein Grundsatzprogramm doch immerhin den Rahmen ab, innerhalb dessen politische Akzente der Gewerkschaften legitim gesetzt werden können. Überdies hat der Ausgang von Programmdebatten, wie sie sich jetzt im DGB abspielten, die Funktion eines Barometers des realen Kräfteverhältnisses in den Gewerkschaften. Schon der DGB-Kongreß in Hannover hatte öffentlich gemacht, daß in den deutschen Gewerkschaften deutliche Divergenzen vorliegen, — in und nach Hannover zunächst in Georg Leber (IG Bau-Steine-Erden) und Otto Brenner (IG Metall) personifiziert. Leber tritt „für vernünftige Notstandsgesetzgebung", für „ein Ja zu diesem Staat ohne Wenn und Aber", gegen „Klassenkampfdenken, das den Graben für den Kommunismus schafft" ein. Der „Spiegel" feierte Leber als den Typ des modernen, „amerikanischen" Gewerkschaftsführers, offenbar in Unkenntnis der amerikanischen Arbeitskämpfe, die nicht etwa im Leber-Stil, sondern in einer Härte ausgetragen werden, deren sich in der BRD selbst die IG Metall genieren würde. Tatsächlich lehnt sich die von Leber vertretene Konzeption vom „Ordnungsfaktor Gewerkschaftsbewegung" weit eher an den faschistischen Korporationsgedanken oder an die Konstruktion der Deutschen Arbeitsfront an, als etwa an die Gewerkschaften in den USA, — dies selbstverständlich nicht so gemeint, als vertrete Leber subjektiv eine Politik, die dem Faschismus parallel laufe. Kern der Leberschen Auffassung ist, daß die Gewerkschaften sowohl auf die Auseinandersetzung mit dem Ziel einer politisch-ökonomischen Neuordnung, wie andererseits auch auf die freie Interessenvertretung im Rahmen eines gesellschaftlichen Konkurrenzmodells zu verzichten haben zugunsten einer Arbeitsgemeinschaft mit den jeweiligen Unternehmern, deren ordnendes Prinzip nur „das Staatsinteresse" sein kann. Folgerichtig von diesem abstrakten Staatsbegriff ausgehend, macht Leber denn auch (vgl. „Vorwärts", 1. Mai 63) für das Scheitern der Weimarer Republik verantwortlich, daß „Mißtrauen zwischen der Arbeiterbewegung und dem Staat gesät wurde". Otto Brenner hat (in der gleichen Ausgabe des „Vorwärts") den Leberschen Staatsbegriff kritisiert und betont, daß es „auf das Verhältnis zum realen Staat, nicht zu einem ‚Staat an sich' ankommt". Brenner hat weiterhin daran erinnert, daß die republikanische Verfassung in Deutschland nicht vom Himmel gefallen ist, sondern in erster Linie von der Arbeiterbewegung zustandegebracht wurde, — daß republikanische Verfassung freilich nicht schon republikanischer Staat war — und daß auch die republikanische Verfassung dann wieder unter eifriger Mithilfe der sozialen Gegenspieler der Arbeiterbewegung abgehalftert wurde.

Vor dem Hintergrund dieser Auseinandersetzung im DGB wertete auch die „Zeit" (Nr. 22/63) die Veröffentlichung des Entwurfes für ein Grundsatzprogramm der Gewerkschaften: „Es ist seit einiger Zeit auch dem Außenstehenden offenkundig, daß im DGB Richtungskämpfe stattfinden, hinter denen nicht nur taktische, sondern auch sehr grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über den Standort der Gewerkschaften in der heutigen Industriegesellschaft stehen. Dieser Klärungsprozeß ist noch in vollem Gange; erst wenn er abgeschlossen ist, wird es dieser mehr als sechs Millionen umfassenden und in den Traditionen des 19. Jahrhundert erstarrten Massenorganisation möglich sein, sich ein zeitgemäßes Grundsatzprogramm aus einem Guß zuzulegen. Das wird noch Jahre dauern. Der von Georg Leber angeführte — und von Ludwig Rosenberg unverkennbar mit Sympathien bedachte — Reformflügel innerhalb des DGB ist bereits stark genug, eine Ablösung des verstaubten Grundsatzprogramms von 1949 zu erzwingen; er ist

aber noch nicht so stark, um ein neues Programm ohne Konzession an die überholten gewerkschaftlichen Ziele der Gruppe um Brenner durchsetzen zu können."

Sieht man von der Wertung der „Zeit" ab (und von so hintergründigen Wertungen wie etwa der, die Leber-Richtung als „Flügel", die Brenner-Richtung als „Gruppe" zu kennzeichnen, was den wirklichen Kräfteverhältnissen im DGB keineswegs entspricht), dann bleibt sicher zutreffend, daß das neue Programm eine künftige Entwicklung gewerkschaftlicher Politik in beiden Richtungen offen läßt, gegenüber dem Entwurf von 1962 jedoch der gemeinwirtschaftlich orientierten Richtung (Brenner, Gefeller u. a.) stärker entgegenkam.

Dies wird u. a. in folgenden Punkten deutlich: Während in der Fassung von 1962 der wirtschaftspolitische Akzent einseitig auf dem „unabdingbaren Element des Wettbewerbs" lag, sind in der Fassung von 1963 „Wettbewerb und Planung" nebeneinandergestellt. Während 1962 lediglich von der „Erhaltung des öffentlichen Industriebesitzes" die Rede war, wird im neuen Entwurf von „Erhaltung und Ausweitung des öffentlichen Industriebesitzes" gesprochen. Während 1962 „Sicherung der betrieblichen Mitbestimmung" verlangt wurde, steht im neuen Entwurf die Forderung, „durch Ausweitung der Mitbestimmung eine gesellschaftliche Umgestaltung einzuleiten". Stärker als im Entwurf von 1962 ist nun auch die Formulierung, daß „aktive Lohn- und Gehaltspolitik der Gewerkschaften auf eine gerechtere Verteilung des Sozialproduktes gerichtet" sei.

Die „Zeit" — und nicht nur sie — meinte freilich, diese programmatischen Zugeständnisse an gemeinwirtschaftliche Konzeptionen seien vorwiegend „Abschiedsschmerzen" bei der Trennung des DGB „von der Vorstellungswelt des 19. Jahrhunderts". Treibende Kraft der Reform sei die SPD, und „wenn in Düsseldorf alles planmäßig über die Bühne gehen sollte" („Zeit"), dann könnte man trotz allem von einer „Schwenkung des DGB um immerhin neunzig Grad" sprechen.

In den letzten Monaten vor dem Düsseldorfer Programmkongreß häuften sich die Versuche, der Vorstellung von den Gewerkschaften als „Ordnungsfaktor" zum Erfolg zu verhelfen. Dabei ergab sich eine Koalition zwischen den Publikationsmitteln der Führungsgruppen der Großindustrie (wobei in dieser Frage auch liberale Blätter wie der STERN dem Verzicht des DGB auf Politik das Wort redeten) und dem Vorstand der deutschen Sozialdemokratie, der u. a. mit einer Arbeitstagung zur Wirtschaftspolitik unter Regie von Dr. Heinrich Deist rechtzeitig vor dem Düsseldorfer Kongreß die Weichen zu stellen versuchte. Die Entwicklung im DGB indessen ging offenbar andere Wege; in der erstaunlich regen Programmdebatte in Gewerkschaftsorganen, bei der Fülle von Änderungsanträgen zum Programmentwurf und bei Konferenzen wichtiger Industriegewerkschaften (so dem Wiesbadener Kongreß der IG Chemie im September d. J.) überwog deutlich jene gewerkschaftliche Richtung, die dem Wunsch nach Assimilation gewerkschaftlicher Politik an den neuen Kurs des SPD-Vorstandes widerstand.

Düsseldorf bestätigte diese Tendenz. Hinausgehend über den Entwurf des DGB-Vorstandes wurde in der Präambel des Grundsatzprogramms die Kritik am politisch-ökonomischen System der Bundesrepublik um einiges verschärft; desgleichen wurde härtere Kritik an der Rüstungspolitik geübt (so u. a. durch einen Zusatz, der das Verbot von Atomwaffen fordert) und völlig neu ein Passus hinzugefügt, der sich „gegen alle Versuche wendet, die im Grundgesetz der Bundesrepublik verankerten Grundrechte einzuschränken oder aufzuheben". Der Unterschied zwischen der Politik des SPD-Vorstandes und den politischen Forderungen der deutschen Gewerkschaften wurde damit erneut ausgesprochen. Georg Leber blieb in Düsseldorf mit seinem Versuch, solche Festlegungen zu vermeiden, recht einsam. Der „zweite Schritt nach links" war geschehen; das „Bekenntnis zum Staat", das man den Gewerkschaften so dringlich nahegelegt hatte, war von der überwiegenden Mehrheit der Gewerkschaftsvertreter als Verpflichtung auf den konkreten politischen Kurs einer bestimmten politischen Gruppierung durchschaut worden. Wie weit oder nah in den Gewerkschaften der Schritt von der programmatischen Deklamation bis zur politischen Praxis ist, — das freilich wird sich, gerade in der Frage der Rüstungs- und Notstandspolitik, vermutlich schon bald zeigen müssen.

Dr. Arno Klönne

Spenden für Kriegsgräber?

Es ist Allerseelentag. Samstagnachmittagfrieden. Ich erwarte niemanden.

Die Hausglocke schnarrt.

Ich öffne — einem Vormundschaftspfleger der deutschnationalen Eintopfgesinnung. Er macht ein Gesicht, als stehe das Denkmal des Unbekannten Soldaten vor meiner Tür: „Ich sammle für . . ."

Mit fünf Worten präjudiziert der Ehrenamtmann meinen bürgerlichen Opferwillen. Er gehe von Haus zu Haus, als Kassenbote des Vaterlands, sagt der Mann, er hausiere für die Wohlfahrt der Frontsoldaten. Die, als sie privat auf dem Felde der Ehre verschieden waren, dienstlich zur vaterländischen Endbetreuung bei seinem Verein sich zu melden hatten: „Melde gehorsamst, daß, soeben über die Klinge gesprungen, ich von der Verpflegung mich ab und zur Kriegsgräberfürsorge mich umzumelden habe."

Er geht von Portemonnaie zu Portemonnaie, der Commis der posthumen Caritas. Der ewige Deutsche, der die Knechtung und die Rache der Geknechteten als Gärtner deutscher Heldenfriedhöfe überlebt und als Sargträger der Menschenrechte ewig zu bezeugen hat. Er sammelt hypothetisch Liebesgaben und personifiziert den Galgenwitz, den alle Landser rissen, bis er kam, der Tag, an dem er ihnen gewiß war — der Dank des Vaterlandes.

Die Patrioten, die ihr Selbstbestimmungsrecht zu Grabe tragen, indem sie zehn, fünf, auch nur eine Mark zur Dekorierung ihres Prestiges für die Gleisnerei der Kriegsgräberfürsorge zeichnen —, wissen sie, daß sie der Heuchelei Vorschub leisten?

Wissen sie, daß sie für die Folgen von Taten einstehen, die nicht einer der Täter bereut?

Wissen sie, daß sie verübte Morde als wohlverübt sanktionieren und die perfekt restaurierte Organisation zur Fortsetzung dieser Morde legalisieren?

Wißt ihr, daß ihr Generale von dem Odium des Kriegsverbrechens freikauft, damit sie mit weißgewaschenem Gewissen ihr schwarzes Handwerk weiterbetreiben können? Wollt ihr die demagogischen Lügen jener Vaterlandsverwalter ehrlich machen, welche die Leistung eines erpreßten Eides eine vaterländische Pflicht und die Selbstaufgabe eine Ehrenschuld nennen?

Oder wollt ihr nicht wissen, daß die Firmeninhaber des Vaterlandes, die aus der Firmenkasse die Bestattungskosten für ihre Angestellten scheinbar nicht bezahlen können, schon wieder die ungeheuren Mittel zu jenem ungeheuren Zwecke erschlichen haben: aus Bürgern Kriegsknechte, aus Kriegsknechten Helden zu machen, deren Beerdigungskosten sie auch dann wieder nicht bezahlen werden? Die Pflichtgroschen nämlich, die der deutsche Untertan seiner Obrigkeit als Tribut seines vaterländischen Gehorsams stets entrichten wird, werden in der Firma Deutschland keinem anderen Zwecke aufgeführt als ewig dem gleichen: neu rekrutierte Bürger an Waffen der allerneuesten Mode zu Waffenträgern der allerneuesten Ideologie auszubilden.

Und die neueste Mode und die allerneueste Ideologie wird immer die Vorwärtsverteidigung des Vaterlandes sein —, die Wafferträger werden die Totensonntagssoldaten der Massengräber und deren Friedhofsgärtner werden die hausierenden und parierenden deutschen Kleinbürger und Biedermänner am Allerseelentag sein.

Und so in alle Ewigkeit? Bis endlich der furor teutonicus ohne Ende nur deshalb ein Ende mit furor teutonicus sein wird, weil es auf einer von Vaterländern verwüsteten Erde mangels Grabraum keine vaterländische Kriegsgräberfürsorge mehr geben wird?

Gebt der deutschen Kriegsgräberfürsorge keinen Heller!

Wer ein Grab finanziert für Mörder, die von Deutschen ermordet wurden, wenn sie für Deutschland nicht morden wollten, finanziert das Grab seiner Kinder, die man jetzt schon das Morden für Deutschland wieder lehrt. Eure Schuld war es, daß es Kriegsgräber gab, unsere Schuld wird es sein, wenn es sie wieder geben wird.

Wenn ihr sühnen wollt, dann spendet!

Aber spendet für die polnischen Kriegsgräber und die jüdischen! Die deutschen Kriegsgräber sind die Abschlagzahlung der deutschen Schuld. Die haben wir bezahlt. Keinem Türsteher und Gerichtsvollzieher deutscher Schutz- und Trutzvereine sind wir absolvierende Ablaßgaben oder den Respekt des Vaterlandes schuldig. Mit einem einzigen Flugzeug, das Millionen kostet, die ihr bezahlt und mit denen ihr auf Millionen von polnischen oder jüdischen Kriegsgräbern Millionen von Rosen pflanzen könnt, schaufeln die Totengräber eures Friedens und eurer Bürger-

freiheit ein neues Massengrab, das seiner Helden wartet.

„Ich sammle für die Kriegsgräberfürsorge."

„Ja. — Bitte die Liste für die polnische."

„Für ...? ...?"

„Die polnische, mein Herr. Weil ich Deutscher bin. S ü h n e n kann ich meine Schuld nicht. B e k e n n e n aber kann ich sie."

„Unerhört sowas ..."

Unerhört ist, was man noch nicht gehört hat. Haben wir Angst, daß man es hören könnte? Sie müßten es sonst doch schon gehört haben, die Ablaßkrämer unserer konvertierbaren deutschen Bußfertigkeit, am Allerseelentag.

Merke: wenn man selber nicht hangen will, so muß der Hund die Wurst gestohlen haben. Sagt ein Sprichwort. Ein deutsches.

Hans v. Uslar

Ost-West-Handel — eine Notwendigkeit

Der Verfasser, führender Industrieller der westdeutschen Bekleidungsindustrie, hat uns die folgenden kurz gefaßten Ausführungen zum Thema Ost-West-Handel zum Abdruck zur Verfügung gestellt, in denen er die Bildung rein wirtschaftlich orientierter Ost-West-Gremien fordert. D. Red.

Es ist ein wirtschaftlicher und politischer Kapitalfehler der deutschen Industrie, den Osthandel weitgehend zu unterbinden, anstatt diesen in jeder Weise zu fördern. Das Argument, man würde dadurch den Kommunismus stützen, kann man getrost ad acta legen, denn Rußland entwickelte sich in den letzten 50 Jahren ohne deutsche Hilfe zur Weltmacht. Niemand wird das bestreiten und niemand wird behaupten wollen, ein intensiver deutsch-russischer Handel würde Folgen haben, die eine Änderung des vorhandenen Status zu Lasten Westdeutschlands verursachen würde.

Neben unserem Handel mit der übrigen Welt bieten sich seit Jahren große Chancen, mit den Ländern des „Comecon" gute Handelsbeziehungen anzuknüpfen. Die immer mehr auftretenden Schwierigkeiten unseres Exports mit den kapitalistischen Ländern müßten uns nach jeder kaufmännischen Faustregel zwingen, nach anderen Absatzmöglichkeiten Ausschau zu halten, und „Comecon" hat die Absicht und den Willen, diese Chancen zu nutzen. Warum sollen wir uns nicht langfristige und umfangreiche Aufträge auf allen Gebieten durch langfristige Kreditgewährung einhandeln?

Nehmen wir uns ein Beispiel an den vorbildlichen englischen kaufmännischen Usancen, Handel zu treiben, ungetrübt durch politische Forderungen.

Jede Kritik an der „Mißwirtschaft" Rußlands — und sei sie noch so wissenschaftlich untermauert — kann uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß Rußland bzw. das „Comecon" eine wirtschaftliche Macht darstellt, die sie als Handelspartner für uns geradezu prädestiniert. Welche Vorurteile, welche überholten Schreckgespenste, welche antiquierte Politik hindert uns, die wirtschaftlichen Gegebenheiten voll auszunützen?

Die leider erst jetzt angebahnten Versuche, mit östlichen Staaten den Handel zu intensivieren, werden, wenn politische Konzessionen verlangt werden, wiederum scheitern. Sind nicht Hunderte von Millionen Konsumenten im „Comecon" vorhanden, die jederzeit bereit wären, unsere Konsumgüter aufzunehmen, während in den Entwicklungsländern noch viele Jahre vergehen, ehe sich dort Konsumenten bilden?

Lösen wir uns endlich von der Vorstellung, daß der Kommunismus der „böse Wolf" sei, der uns auffressen will, sondern glauben wir daran, daß gute nachbarliche Beziehungen Handel und Wandel und alle Probleme erleichtern und lösen, die uns heute so bedrücken. Gehen wir mit Ernst und nüchternen kaufmännischen Überlegungen daran, Gremien zu bilden, die ohne politische Rücksichtnahme die Handelsmöglichkeiten mit den „Comecon"-Ländern besprechen und zur raschen Durchführung bringen.

Bei gutem Willen auf beiden Seiten werden wir Resultate erleben, die beide Volkswirtschaften — EWG und „Comecon" — außerordentlich befruchten. Lassen Sie uns in der EWG liberalen, weltoffenen Handel treiben, und die friedliche Koexistenz stellt sich von selbst ein.

Nur durch einen dynamischen, nach allen Seiten offenen Weltmarkt kann der Lebensstandard aller Völker verbessert werden, und das sollten unsere Politiker a n s t r e b e n und nicht v e r h i n d e r n.

Wilhelm Bentele

Zur Notstands-Diskussion

Unser Mitarbeiter, Univ.-Professor Dr. Hans Rheinfelder, der selbst der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e. V. angehört, hat nach der Lektüre des „Bulletins des Presse- und Informationsamtes der Bundesrepublik" vom 15. November folgendes Schreiben an die Redaktion gerichtet:

Mit einiger Erschütterung habe ich soeben die Antwort gelesen, die Herr Oberregierungsrat Dr. Axel Vulpius aus dem Bundesministerium des Innern im „Bulletin" unter der Überschrift „Rechtsfragen der Notstandsgesetzgebung" der von unserer Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e. V. herausgegebenen Schrift „Der permanente Notstand" der Professoren Dr. Ridder und Dr. Stein gewidmet hat. Herr Oberregierungsrat Dr. Axel Vulpius hat sich seine Arbeit nicht leicht gemacht. Aber mir scheint, daß er die tiefsten Anliegen der Schrift gar nicht gespürt hat. Ich kann nur sagen, daß ich traurig werde, wenn ich sehe, wie gering heute die Achtung selbst akademisch gebildeter Männer vor dem verantwortungsbewußten Schaffen von Fachleuten und gelehrten Professoren ist. Oft ist mir bei ähnlichen Erlebnissen der letzten Zeit das Mephistopheleswort eingefallen:

„Verachte nur Vernunft und Wissenschaft,
Des Menschen allerhöchste Kraft . . .
So hab ich dich schon unbedingt!"

Man muß die Sitzungen der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e. V. mitgemacht haben, um zu wissen, aus welch tiefem Ethos und mit wie großer Gewissenhaftigkeit hier die Lebensfragen unseres Volkes und der Menschheit angegangen werden. Die Physiker und die Juristen sind in der Mehrzahl. Neben anerkannten Rechtsgelehrten wie Ridder und Stein, stehen Vertreter der Naturwissenschaft und der mit ihr verbundenen Philosophie wie Heisenberg und Weizsäcker. Selten erlebe ich auf Tagungen eine so lautere Gesinnung, wissenschaftliche Verantwortung, ehrliche Hilfsbereitschaft wie bei den Zusammenkünften unserer Vereinigung. Aus den Ausführungen des Herrn Oberregierungsrats Dr. Axel Vulpius glaube ich herauszuhören, daß er die beiden Verfasser der Schrift nicht zu den „verständigen Menschen" rechnet, denen seine Behauptungen einleuchten. Soll man da nicht die Gegenfrage stellen dürfen, ob nicht vielleicht doch die beiden Professoren die verständigeren Menschen sind oder sein könnten?

Erinnert sich Herr Oberregierungsrat Dr. Axel Vulpius nicht mehr daran, wie es vor 1933 genau so angegangen ist? Will man es uns, die wir von damals noch den ganzen Schrecken im Gebein haben, verübeln, wenn wir in den drohenden Notstandsgesetzen eine furchtbare Gefahr für unser Volk heraufziehen sehen? Soll man abermals den deutschen Professoren den schweren Vorwurf machen, daß sie geschwiegen haben? Schon glaube ich wieder die Entschuldigung zu hören, man habe ja doch dies alles nicht voraussehen und wissen können! Nein: diesmal kann es j e d e r voraussehen und wissen, wofern er nur in seinen Gedanken zum Beginn der Dreißigerjahre zurückgeht und wofern er sich noch die Ehrfurcht vor verantwortungsbewußter Wissenschaft bewahrt hat, eine Ehrfurcht, die in Deutschlands größten Zeiten, als wir noch das „Land der Dichter und Denker" waren, selbstverständlich gewesen ist. Wer sich an die Zwanzigerjahre und den Beginn der Dreißigerjahre erinnert, der kann nur dringend vor Notstandsgesetzen warnen.

Ich möchte in der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler vorschlagen, der zweiten Auflage unserer Schrift die Antwort von Herrn Oberregierungsrat Dr. Axel Vulpius ungekürzt als Anhang beizugeben. Dann könnte sich jeder Leser selbst ein Urteil bilden und aus eigener Lektüre feststellen, mit welchen Argumenten aus dem Bundesinnenministerium auf unsere Anliegen — auf einen kleinen Teil unserer Anliegen — geantwortet worden ist. Ich möchte auch vorschlagen, Herrn Oberregierungsrat Dr. Axel Vulpius zu einer Aussprache mit den abgelehnten Professoren bei der nächsten Tagung einzuladen. Ob er sich dann wird überzeugen lassen, daß er unrecht hat, bleibe dahin gestellt. Sicher aber wird er die Überzeugung mitnehmen, daß er die lauteren Bemühungen der deutschen Wissenschaft künftig ernster nehmen muß, vielleicht sogar höher achten muß, als er es in seiner Antwort getan hat. Wir werden gerne in unseren Kreisen seine Antwort verbreiten und sie der Lektüre empfehlen. Möge auch er loyalerweise den Lesern des „Bulletins" den Rat geben, sich durch eigene Lektüre unserer Schrift ein Urteil zu bilden.

Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München

Fernseh-Spalte

Das Fernsehjahr 1963

Mehr als jede andere meinungsbildende Institution der Bundesrepublik ist das Fernsehen der Aufsicht einer (provinziell ausgerichteten) staatlichen Kulturbürokratie unterworfen. (Den Nachweis wird eine Monographie des Fernsehens in der Bundesrepublik erbringen, die die „Blätter" für eine der nächsten Ausgaben vorbereiten.) Ich möchte obige Feststellung nur als Bewertungsmaßstab für ein knappes Resümee des vergangenen Fernsehjahres verstanden wissen. Entsprechend seiner Konstellation hatte das Fernsehen Niederlagen einzustecken, d. h. Niederlagen, die zu seiner Ehre gereichen. Die Verfemung und schließliche Ausschaltung der „Panorama"-Redaktion, die Attacken gegen Neven du Mont, die Empörung der alten Generäle und neuen Politiker über Claus Hubaleks Fernsehspiel „Stalingrad", die unterschwellige Unzufriedenheit der amtlichen Gesinnungsprüfer über einen so harmlosen und milden Wortführer des Ausgleichs wie Kurt Wessel — das sind nur ein paar jener großen und kleinen Sandkörner, die man ständig im Getriebe knirschen hört und die die empfindsame Apparatur einer nominell demokratischen publizistischen Institution über Gebühr verschleißen. Und so müssen wir, was die Meinungsfreiheit anbelangt, eben deutsche Maßstäbe anlegen, also Maßstäbe, die uns bereits dort Respekt abnötigen, wo ungefähr die Startbasis der TV-Reporter und -Kommentatoren anderer Demokratien liegt. Seit Jahren verfolge ich die Maßnahmen zur Unterdrückung der Informations- und Redefreiheit im deutschen Fernsehen. In der Retrospektive offenbart sich deutlich die Methode. Es handelt sich also keineswegs um Einzelfälle. Doch davon ein anderes Mal. Ich möchte mit diesen Hinweisen nur zu bedenken geben, daß die Verantwortlichen in den Studios einem permanenten zermürbenden Nervenkrieg der Obrigkeit ausgesetzt sind. So gesehen, gibt es gerade in unseren Fernsehanstalten mehr Verantwortungsbewußtsein, als der oft unzufriedene Betrachter erwarten darf. Auch das muß einmal gesagt werden.

Das Erstaunlichste an diesem Massenpublikationsmittel war auch in diesem Jahr die Tatsache, daß es sich nicht zum Massenpublikationsmittel degradieren ließ. Im Gegenteil. Das Fernsehen wandte sich, wo immer es möglich war, gegen die Vergiftung und Verschlammung der öffentlichen Meinung. Die „Bild"-Analyse Gert von Paczenskys bedeutete gar ein Novum in der Geschichte der deutschen Öffentlichkeit. Erstmals zielte ein Massenpublikationsmittel im Kampf gegen ein anderes auf die Förderung der Ratio in der Öffentlichkeit. Wir haben ferner die Sendungen über die faschistischen Terrorgruppen der Exil-Kroaten, über das Schlesier-Treffen, über das braune Würzburg und andere Aktualitäten in bester Erinnerung. Vor allem aber möchte ich dem Deutschen Fernsehen bestätigen, daß es seine Bildungsaufgabe hervorragend bewältigt hat. Der Akzent lag sogar mehr auf zeitgeschichtlicher Problematik als auf musealer Geistigkeit. Die klassische und moderne internationale Dramatik war ebenso reichhaltig vertreten wie das aktuelle Original-Fernsehspiel. Geißlers „Schlachtvieh", Hubaleks „Stalingrad", Kafkas „Strafkolonie", Gorkis „Wassa Schelesnowa", Brechts „Galilei", Ionescos „Nashörner", Camus' „Belagerungszustand", Raffalts „Der Nachfolger", Büchners „Dantons Tod": das sind nur wenige Markierungen eines ertragreichen Jahres deutscher Fernsehdramatik. Original-Fernsehspiele wie „Der Fall Sacco und Vanzetti" oder „Schwarzer Montag", einzigartige Filme wie Malraux' „Die Hoffnung", János Herskos „Eiserne Blume" (Ungarn), Kulidshanows und Segels „Das Haus, in dem ich lebe", Cocteaus „Blut eines Dichters" (auch diese Liste läßt sich beliebig verlängern), zeugen davon, wie ernst und wie gut man es in unseren Studios meint. Selbst das Mainzer Programm, anfänglich auf „katholische Lebenshilfe" getrimmt, hat sich im Laufe der letzten Monate positiv entwickelt. Was zu rügen ist, soll in unserem angekündigten analytischen Bericht zur Sprache kommen. Zum Jahresschluß war es mir ein Bedürfnis, den bundesdeutschen Fernsehanstalten einmal zu bescheinigen, daß sie besser sind als ihr Ruf.

E. H. Wahl

Rudolf Rolfs

Was ich noch sagen wollte . . .

Im Monat Mai ist es ‚schick', eine Waldmeisterbowle zu trinken. Am 1. April leistet man sich das ‚Vergnügen', auf nicht vorhandene Löcher im Strumpf aufmerksam zu machen, und zu Weihnachten ist Konjunktur in Sachen ‚Frieden'.

Da kullern vielleicht gar dem Minister Krone ein paar rührselige Wassertropfen aus seinen bundesrepublikanischen Augen, und er wird fromme Lieder von Christi Geburt singen, als wären es Parteihymnen und der Stall zu Bethlehem das Behelfsheim eines Kriegsversehrten, der nun nach der Rentenerhöhung um, sagen wir 12 Mark dreiundvierzig im Monat, vollen Anteil am materiellen Wunder hat. Dieser Christparteifunktionär warnte allerdings vor kurzer Zeit davor, die Weltpolitik sich zu sehr entspannen zu lassen.

‚Frieden auf Erden'? . . . ‚Brot für die Welt'? . . . Was ‚Erde' und was ‚Welt' ist, bestimmt die Partei.

‚Frieden auf Erden!', das ist in diesen Tagen ein gutes Zusatzgeschäft. Der Metzgermeister wünscht seinen Kunden ein ‚Friedliches Weihnachtsfest'. Seinen Kunden! Mögen die gehaßten Vegetarier sich selbst kümmern! Politiker, die ihrer eigenen Politik über die Weihnachts-Friedens-Tage nicht hinaus trauen, schenken ihrer Ehefrau Goldbarren im roten Geschenketui. Die Zeitungen werden sich der Friedenskonjunktur nicht verschließen und sich mit Weihnachtssonderbeilagen uniformieren. Da ist schon eine Redaktion zu verstehen, die dann ein Jahr lang nichts mehr von ‚Frieden' hören will und sich angewidert von Friedensorganisationen distanziert, die sogar außerhalb der Weihnachtszeit vom Frieden reden.

Ein kurzer Krieg macht bessere Schlagzeilen als ein langer Frieden.

Doch, Zeitungsleute, verachtet das weihnachtliche Anzeigengeschäft nicht! Ist es nicht rührend, die Geschäftsleute ihren besten Kunden ein langes Leben wünschen zu sehen? Ja, beim Gedanken an Christi Geburt reiben sich auch atheistische Profiteure die geldscheinbeschmutzten Hände.

‚Frieden auf Erden!', das beste Saisongeschäft für Spielzeugpanzer, Schlachtschiffmodelle und Atombombennachbildungen für die ‚lieben Kleinen'.

Auch in Kasernen werden, dem alljährlichen ‚Friedenstrend' folgend, die Planspiele für kurze Zeit unterbrochen, um erst nach dem Feste mit Megatoten weiterzujonglieren, als handele es sich um die abgefallenen Nadeln des Weihnachtsbaumes.

Im vorigen Jahre las ich folgende Dinge: ‚Allen Freunden unserer Biere ein frohes Weihnachtsfest!' . . . ‚Weihnachtszeit . . . Safta-Zeit!' . . . ‚Nach den Feiertagen als pikante Abwechslung Käse!' . . . ‚Weihnachtsfestvorstellung: Der Rächer von Texas' . . . Dennoch muß ich zugeben: Weihnachtsgeschäft in allen Ehren, aber das Rüstungsgeschäft ist für den Geschäftsmann doch bequemer übers ganze Jahr verteilt. Außerdem: Wieviel Christbaumkugeln müßte man verkaufen, bis man den Gewinn eines Panzers drinhätte. Verstehen Sie jetzt, warum die Firma Krauss-Maffei keine Christbaumkugeln produziert?

Übrigens glaube ich, daß die meisten, welche ‚Stille Nacht, heilige Nacht' singen, das ehrlich meinen, denn auch der cleverste Krämer muß sich nach der Hatz etwas Ruhe gönnen, sieht er doch sonst neurotisch statt Engelshaar nur noch Hundertmarkscheine in seinem Weihnachtsbaum.

Dies schließt jedoch nicht aus, daß mancher fromme Sänger dieser friedlichen Nächte statt der Festtagsgans lieber die Friedenstaube in die Pfanne hauen würde.

Kein falscher Glanz sollte uns blenden, wenn es zu entdecken gilt, daß jemand sie zu rupfen beginnt.

In diesem Sinne: ‚Friede auf Erden!' Nicht saisonbedingt!

Dokumente zum Zeitgeschehen

UN-Resolution für ein Kernwaffenverbot im Weltraum

Die in New York tagende Vollversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete am 17. Oktober 1963 ohne Gegenstimmen eine von Mexiko im Namen der 17 Mitglieder der Genfer Abrüstungskonferenz eingebrachte Resolution:

DIE VOLLVERSAMMLUNG,

— in Erinnerung an ihre Resolution 1721 (XVI), die den Wunsch bekräftigte, daß die Erforschung und Nutzung des Weltraums ausschließlich dem Wohl der Menschheit dienen möge;

— entschlossen, Schritte zu unternehmen, um die Ausdehnung des Wettrüstens auf den Weltraum zu verhindern;

1. begrüßt die geäußerte Absicht der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, keine Träger von Kernwaffen und anderer Arten von Massenvernichtungswaffen in den Weltraum zu entsenden;

2. fordert einmütig alle Staaten auf,

a) keine Träger von Kernwaffen oder anderer Arten von Massenvernichtungswaffen auf eine Bahn um die Erde zu bringen, keine solchen Waffen auf Planeten zu installieren oder solche Waffen auf andere Art und Weise im Weltraum zu stationieren,

b) die genannten Tätigkeiten weder zu veranlassen oder zu fördern, noch auf andere Weise an ihrer Ausführung teilzunehmen.

Nach der einstimmigen Annahme der Entschließung gab UN-Generalsekretär U Thant folgende Erklärung ab:

Ich habe um das Privileg gebeten, mich an die Vollversammlung zu wenden wegen der Wichtigkeit dieses Ereignisses und wegen seiner Bedeutung für die Vereinten Nationen. Die Annahme dieser Resolution durch die Vollversammlung schließt die Übernahme einer dauernden politischen und moralischen Verantwortung der Organisation für ihre Beachtung ein. Die Resolution ist das Ergebnis gemeinsamer Bemühungen zweier Großmächte, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Der heutige Entschluß der Versammlung zeigt, daß diese Bemühungen den Interessen der ganzen Menschheit und den Zielen und Prinzipien der Vereinten Nationen entsprechen.

Der Sinn der Resolution ist es, Kernwaffen und alle anderen Massenvernichtungsmittel aus dem Weltraum fernzuhalten. Ihre Durchführung soll den in erster Linie betroffenen Staaten und auch allen anderen Mitgliedern der Vereinten Nationen die Gelegenheit geben, ihren Wünschen nach Verhinderung der Ausbreitung von Kernwaffen und anderer Waffen zur Massenvernichtung praktischen Ausdruck zu verleihen und dem militärischen Gebrauch wissenschaftlicher und technischer Fortschritte die nötigen Grenzen zu setzen.

Die Einigung über diese Resolution ist eine weitere kollaterale Maßnahme, die die Verwirklichung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung erleichtern könnte und die uns einen wichtigen Schritt auf dem Wege zu diesem Ziel näher bringt. Außerdem ist sie bedeutsam,weil sie ein weiteres Gebiet in die Entspannung zwischen den Großmächten einbezieht und einen gewissen Fortschritt in Richtung auf einen dauerhaften internationalen Frieden und Weltsicherheit darstellt. Die gegenwärtigen Umstände lassen eine merkliche Beruhigung der internationalen Situation, verbunden mit dem Abschluß

konkreter Vereinbarungen erkennen, und es ist daher nötig, mit neuer Entschlossenheit Fortschritte zur Lösung des zentralen Problems unserer Zeit, der allgemeinen und vollständigen Abrüstung, anzustreben.

Ich bin sicher, im Namen aller Mitglieder und für alle Völker zu sprechen, wenn ich große Genugtuung über diese günstige Entwicklung äußere und die Hoffnung ausspreche, daß diese Vereinbarung ein gutes Omen für die Zukunft sein möge.

General Assembly: Resolution on Banning Nuclear Weapons in Space.

Aufruf zum Ostermarsch 1964

Die Einstellung der Atomwaffentests ist vereinbart, und weitere Entspannungsabkommen bahnen sich an. Damit wächst die Hoffnung, daß der atomare Krieg verhindert und der Friede erhalten werden kann. Die Völker atmen auf: Der radioaktiven Verseuchung der Atmosphäre ist Einhalt geboten — ein erster Schritt zur umfassenden und kontrollierten Abrüstung ist getan!

Diese Abkommen sind ein Zeichen der Einsicht jener Politiker, die einen Anfang gemacht haben, sie sind ebensosehr ein Erfolg jener Millionen von Menschen in vielen Ländern, die seit Jahren gegen die atomare Rüstungspolitik auftreten. Jeder einzelne von ihnen hat den Umschwung mit vorbereitet, der sich jetzt vollzieht und dessen Ergebnis die weltweite Billigung der Entspannungsabkommen ist.

Der Friedensplan des Generalsekretärs der UNO zeigt den Weg, auf dem weitere Fortschritte der Abrüstungspolitik möglich sind. Dieser Plan sieht vor:

- Beendigung der Atomwaffentests auch unter der Erde,
- Verbot der Verwendung von Nuklearwaffen im Kriege,
- Maßnahmen zur Verhütung von Überraschungsangriffen,
- Verträge über atomwaffenfreie Zonen.

Dieser Plan muß Wirklichkeit werden!

Es ist keine Zeit zu verlieren. Die Fesselung des gesellschaftlichen Lebens durch überholtes Militärdenken und die Vergeudung von Produktivkräften durch eine sinn- und maßlose Rüstungspolitik muß in aller Welt ihr Ende finden, wenn eine friedliche und gesicherte Existenz aller Völker der Erde morgen noch möglich sein soll.

Die Forderung nach atomwaffenfreien Zonen steht in einigen Teilen der Welt vor der Verwirklichung. Mitteleuropa hingegen ist nach wie vor konfliktgeladen. Ein Krieg in diesem Gebiet wäre das Ende der mitteleuropäischen Völker. Deshalb rufen wir die Bürger aller Länder Mitteleuropas auf, die Kampagne für Abrüstung zu verstärken und die verantwortlichen Politiker in Ost und West davon zu überzeugen, daß die in Mitteleuropa bestehenden Probleme nur ohne Gewalt und Gewaltsandrohung gelöst werden können. Erneut stellen wir den Ostermarsch 1964 unter das Motto:

- Mitteleuropa — atomwaffenfrei
- Mitteleuropa — militärisch verdünnte Entspannungszone
- Mitteleuropa — Brücke zwischen Ost und West.

Noch immer reichen die Anstrengungen im Westen und im Osten unseres Vaterlandes nicht aus, um eine wirkliche Entspannung zu erreichen. Deutschland darf nicht Störenfried sein. Es kann seinen Beitrag zu einer Strategie des Friedens leisten. An die Stelle steigender Rüstungsanstrengungen und der Militarisierung des öffentlichen Lebens in beiden Teilen Deutschlands muß eine aktive Politik der Sicherheit durch Abrüstung treten.

In der Bundesrepublik fordern der Deutsche Gewerkschaftsbund und andere gesellschaftliche Gruppen eigene Abrüstungsinitiativen der Bundesregierung. Mit dieser Forderung stimmen wir überein. Wir schlagen vor:

- Verzicht auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen,
- Zustimmung und Beitritt der Bundesrepublik zu allen Vereinbarungen, die zum Verzicht auf Gewalt führen,
- Initiative der Bundesrepublik zu Verhandlungen über ein atomwaffenfreies, militärisch verdünntes Sicherheitssystem in Mitteleuropa.

Wir erklären: Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie, ein Ja zur Forderung des Grundgesetzes der Bundesrepublik: dem Frieden der Welt zu dienen. Eine Politik der Abrüstung in Mitteleuropa kann verhindern, daß der demokratische Stil unseres Landes durch administrative oder gesetzliche Maßnahmen abgebaut wird.

Wir bitten alle Mitbürger:

- Unterstützen Sie öffentlich unsere Vorschläge!
- Arbeiten Sie mit unserer Kampagne, die unabhängig von jeder parteipolitischen Bindung ist und keine einseitige Stellungnahme im Kalten Krieg kennt!
- Übernehmen Sie Verantwortung in den Ostermarsch-Ausschüssen!
- Helfen Sie, durch genaue Information die Denkschablone aufzulösen und Gesichtspunkte für friedliche Lösungen zu entwickeln!
- Machen Sie den Ostermarsch 1964 zu einem Höhepunkt der Kampagne für Abrüstung!

Eine starke Volksbewegung für Abrüstung kann weitere Schritte zu einer internationalen Friedensordnung vorbereiten. Der Friede kann erreicht und gesichert werden, wenn alle Menschen guten Willens ihr Verlangen nach Abrüstung und Entspannung öffentlich bekunden und in allen Bereichen der Gesellschaft durchsetzen.

Unterzeichner:

Professor D. Helmut Gollwitzer, Berlin — Dr. Gerhard Szczesny (Verleger), München — Rolf Hochhuth (Lektor), z. Z. Basel — Erich Kuby (Schriftsteller), München — Professor Otto Pankok — Hans A. Nikel (Verleger), Frankfurt — Paul Schallück (Schriftsteller), Köln — Gerhard Zwerenz (Schriftsteller), Köln — Christian Geißler (Schriftsteller), München — Robert Jungk (Schriftsteller), Wien — Professor Dr. Friedrich Heer, Wien — Heinz Kloppenburg DD. (Oberkirchenrat), Dortmund — Martin Niemöller (Kirchenpräsident), Wiesbaden — Professor Dr. Th. Gläß (Stadtrat, Schuldezernent), Frankfurt — Walter Buckpesch (Stadtrat, Schuldezernent), Offenbach — Dr. Erich Kästner (Schriftsteller), München — Karl Appelmann (Bürgermeister), Offenbach — Professor Ossip K. Flechtheim, Berlin — Professor D. Heinrich Vogel, Berlin — Heinz Hilpert (Intendant), Göttingen — Dr. Günther Anders (Schriftsteller), Wien — Ernst Kreuder (Schriftsteller), Darmstadt — Herbert Faller (Bundesjugendleiter der Naturfreunde Deutschlands), Frankfurt — Dr. Arno Klönne (wiss. Assistent), Bochum — Hans Konrad Tempel (Lehrer), Hamburg — Dr. Andreas Buro, München — Professor Wolfgang Abendroth, Marburg — Professor Hans Werner Bartsch, Frankfurt — Christel Beilmann (Schriftleiterin), Bochum — Werner Beutler (Oberstudienrat), Köln — Otto Böhnke (Betriebsratsvorsitzender), Dortmund — Hedwig Born, Bad Pyrmont — Dr. Margherita von Brentano (wiss. Rat), Berlin — Professor Heinrich Düker, Marburg — Dr. Erdmuthe Falkenberg (Reg.-Dir.), Frankfurt — Pfarrer Karl Giesen, Essen — Professor Johannes Harder, Wuppertal — Professor Eduard Hapke, Lüneburg — Dr. med. Ernst Hass, Dorfen — Josef Höning (Bevollmächtigter IG Metall), Rheinhausen — Gerd Hirschauer (Redakteur), München — Karl Friedrich Hübsche (Gewerkschaftssekretär), Bochum — Pastor Rudolf Dohrmann, Wolfsburg — Hanns Martin Elster (Schriftsteller), München — Pfarrer Helmut Goes, Stuttgart — Pastor Dr. theol. G. Greiffenhagen, Bremen — Pfarrer Herbert Günneberg, Essen — Dr. Rolf Gutte (Studienrat), Bremen — Karl Heinz Gutsmann (Gewerkschaftssekretär), Duisburg — Dr. Werner G. Haverbeck, Vlotho — Heinrich Hannover (Rechtsanwalt), Bremen — Wolfgang F. Haug (Redakteur), Berlin — Professor Gustav Heckmann, Hannover — Professor Helmut Heinemann, Lüneburg — Professor Karl Heckmann, München — Professor Lothar Hock, Gießen — Theodor Immer (Landesjugendpastor), Leer — Dr. med. Fritz Katz, Iserlohn — Professor Heinz Dietrich Kenter, Stuttgart — Hanns Hellmut Kirst (Schriftsteller), Feldafing — Dr. Ernst Moritz Klingenberg (Oberstudienrat), Mettmann — Professor Hans Dieter von Klöden, Hannover — Dr. Gernot Koneffke (Oberstudienrat), Neu-Isenburg — Josef Konrads (Oberstudienrat), Aachen — Günther Köpke (Gewerkschaftssekretär), Frankfurt — Dr. Rheinhard Köster (Pfarrer), Essen — Dr. Ulrich Kunz (Pfarrer), Ludwigsburg — Horst Kynast (Gewerkschaftssekretär), Kassel — Günter Laß (Gewerkschaftssekretär), Bielefeld

— Dr. Wilhelm Lenzen (geistl. Studienrat), Mönchengladbach — Manfred Liebel (1. Vorsitzender SDS), Frankfurt — Dieter Linz (Pfarrer), Köln — Dr. Armin Prinz zur Lippe, Detmold — Pfarrer Klaus Lohmann, Bad Godesberg — Dr. Lina Mayer-Kulenkampff, Hamburg — Dr. med. habil. Bodo Manstein, Detmold — Professor W. D. Marsch, Wuppertal — Ulrike Marie Meinhof (Chefredakt.), Hamburg-D. — Wilhelm Niemöller (Pfarrer), Bielefeld — Rudolf Paul (Oberstudienrat), Reutlingen — Professor Katharina Petersen, Hannover — Dipl.-Volkswirt Heinz Raspini, Lohr — Karl Rauch (Schriftsteller), München — Marie Friderike Rieger (Oberstudienrätin), Freiburg — Dr. Reinhold Rieger (Pfarrer), Reilingen — Sepp Sigulla (Gewerkschaftssekretär), Frankfurt — Pastor Udo W. Smidt, Bremerhaven — Dr. Wolfgang Sünkel (wiss. Assisent), Münster — Wolfgang Schlenker (Oberstudienrat), Ulm — Robert Scholl, München — Günther Schwarz (Gewerkschaftssekretär), Frankfurt — Martin Stöhr (Stud.-Pfarrer), Darmstadt — Professor D. H. Strathmann, Erlangen — Pfarrer Heinrich Treblin, Alzey — Professor Johannes Ude, Grundlsee — Dr. Hans Peter Vogt (Reg.-Assessor), Wiesbaden — Dr. Hartmut Weber (wiss. Assistent), Münster — Professor Fritz Wenzel, Braunschweig — Professor D. Ernst Wolf, Göttingen — Professor Konrat Ziegler, Göttingen — Pfarrer Eberhard Koch, Geisenheim — Pfarrer Ernst Otto Mohn, Offenbach — Pfarrer Albert Röhling, Düsseldorf — Pfarrer Heinrich Brüggemann, Dortmund — Bettina von Arnim (Malerin), Eschborn — Professor Dr. A. Neuhäusler, München — Renate Riebandt-Rolfs (Schauspielerin), Frankfurt — Pastor Hans Puschke, Hamburg — Pastor Karl-Johann Rese — Dr. Achim von Borries (Redakteur), Köln — Dr. H. G. Stück (wiss. Assistent), Darmstadt — August Bangel, Castrop-Rauxel — Herbert Stubenrauch (Lehrer), Wuppertal — Professor Joachim Hämmerling, Wilhelmshaven — Malte J. Rauch (Journalist), Frankfurt — Jochen Müller (Gewerkschaftssekretär), Frankfurt — Professor Reinhard W. Kaplan, Frankfurt — Horst Klaus (Gewerkschaftssekretär), Nürnberg — Carl Amery (Schriftsteller), München — Pfarrer H. D. Osenberg, Saarbrücken — Professor Johannes Kaan, Karlsruhe — Professor D. Kreck, Bonn — Manfred Roesner (Konzertmeister), Aachen — Dr. Fritz J. Raddatz (Verlagsdirektor), Hamburg — Manfred von Mackensen (Dipl.-Chem., Stuttgart

Vorschläge der „Humanistischen Union" zur Strafrechtsreform

Die folgenden Vorschläge der „Humanistischen Union" zur Strafrechtsreform sind kürzlich als Memorandum dem Strafrechtsausschuß des Deutschen Bundestages überreicht worden.

Der „Entwurf eines Strafgesetzbuches (E StGB 1962) mit Begründung" (Bundesratsdrucksache 200/62) entspricht in wichtigen Teilen nicht den Anforderungen, die an eine moderne Kriminalgesetzgebung zu stellen sind. Die grundsätzlichen Mängel des Entwurfes und seiner Begründung sind u. E. in folgendem zu erblicken:

Der Entwurf läßt den in der modernen Gesellschaft bestehenden Pluralismus ethischer Wertvorstellungen unberücksichtigt. Er ist bei der Regelung weltanschaulich umstrittener Straftatbestände — z. B. bei der ethischen Abtreibungsindikation, der Homosexualität und der künstlichen Samenübertragung — in Text und Begründung ganz unverkennbar einseitig an der katholischen Moraltheologie und dem scholastischen „Naturrecht" orientiert. Das widerspricht dem Wesen und den Prinzipien eines demokratisch-pluralistischen Rechtsstaates, in dem neben katholischen auch evangelische Christen und Nicht-Christen gleichberechtigt zusammenleben. Das Strafrecht ist ein Recht für alle und muß deshalb von Gruppenwertungen frei bleiben. Andernfalls wird die Gerichtsbarkeit vom Gesetz zu schwerwiegenden Eingriffen in die Gewissensfreiheit und die Intimsphäre genötigt.

Die Ergebnisse der empirischen Wissenschaften, insbesondere der Anthropologie, Psychologie, Psychiatrie und der Sozialwissenschaften sind in dem Entwurf nicht genügend berücksichtigt. Ebenso fanden die rechtlichen Regelungen und rechtspolitischen Erfahrungen des Auslands keinen wesentlichen Niederschlag.

Wenn das geplante Gesetzgebungswerk der realen menschlichen und gesellschaftlichen Situation der westlichen Welt in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts gerecht werden und den verpflichtenden Namen „Reform" verdienen will, muß es von folgenden Grundüberzeugungen getragen sein:

I. Das neue Strafrecht muß vom Geist des Grundgesetzes ausgehen. Der Kern des Grundgesetzes ist die konkrete Freiheit der einzelnen Person. Die Auswirkungen der Grundfreiheiten, die auf dem Gedanken der Toleranz beruhen, sind deshalb im Zusammenhang mit der Strafrechtsreform noch einmal zu überprüfen und in die Überlegungen viel mehr als bisher einzubeziehen. Überall, wo Strafvorschriften mit den Grundrechten der freien Entfaltung der Persönlichkeit, der Freiheit des Gewissens, der Meinung und der Information, der Freiheit der Kunst oder mit dem Gebot des Schutzes der Intimsphäre zu kollidieren drohen, ist für den Gesetzgeber äußerste Zurückhaltung am Platz. Als Richtschnur für solche strittigen Entscheidungen muß der für den modernen Rechtsstaat charakteristische, vom Grundgesetz (Art. 1, I und Art. 2, II) und von der Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts gestützte Grundsatz gelten: „Im Zweifelsfalle für die Freiheit!"

II. Die einzige legitime Aufgabe des Strafrechts ist die Abwehr antisozialer Angriffe auf den Rechtsfrieden. Keinesfalls gehört es dagegen zu den Aufgaben des Staates, Handlungen unter Strafandrohung zu verbieten, die weder Einzelpersonen noch der Allgemeinheit einen Schaden zufügen.

III. Strafvorschriften, die nicht auf diesen Voraussetzungen beruhen oder die sich als praktisch wirkungslos oder gesellschaftspolitisch bedenklich erwiesen haben, sind abzuschaffen, auch wenn eine solche Entscheidung im einen oder anderen Fall nicht sofort von der öffentlichen Meinung verstanden werden sollte. Der Staat muß in solchen Fällen darauf hinwirken, daß sich in der Öffentlichkeit allmählich ein Verständnis für die begrenzten Aufgaben des Strafrechts und die Unterschiede zwischen Recht und Moral ausbreitet. Der Gesetzgeber hat auf keinen Fall „allgemeine" Emotionen, Vorurteile oder Gebräuche zur Grundlage seiner Entscheidungen zu machen.

IV. Das Parlament sollte sich mit den internationalen Rechtsentwicklungen befassen und nur solche Handlungen unter Strafe stellen, die in den Strafgesetzen aller westlichen Kulturnationen als strafwürdig angesehen werden. Ein modernes Gesetz, dessen Geist nicht provinziell und partikularistisch sein soll, muß vor allem den europäischen Einigungsentwicklungen Rechnung tragen.

V. Die Bundestagsabgeordneten und die zuständigen Ausschüsse sollten in jedem Fall vor endgültigen Entscheidungen von der Möglichkeit der Befragung der wissenschaftlichen Sachverständigen Gebrauch machen und die gesicherten Erkenntnisse der Wissenschaft auch dann objektiv berücksichtigen, wenn sie ihren subjektiven politischen oder weltanschaulichen Meinungen zuwiderlaufen.

Auf der Grundlage der sogenannten allgemeinen rechts- und sozialpolitischen Erwägungen bittet die Humanistische Union den Bundestag, folgende Einzelvorschläge und Formulierungsentwürfe zu prüfen und in die Vorarbeiten zur Strafrechtsreform mit einzubeziehen (wir folgen dabei der Reihenfolge des Strafrechtsentwurfs E 1962 der Bundesregierung):

1. Die Zuchthausstrafe sollte wegen der außerordentlichen Erschwerung der Resozialisierung der Verurteilten und der praktischen Undurchführbarkeit im modernen Strafvollzug in ein neues Strafrecht nicht mehr übernommen werden. (Siehe allgemeine Richtlinien, Punkt III).

Der neue § 12, der die Straftaten nach ihren strafrechtlichen Folgen einstuft, könnte in Absatz 1 lauten: „Verbrechen sind rechtswidrige Taten, die mit Gefängnis über 10 Jahre und Verlust öffentlicher Rechte bedroht sind."

2. Die §§ 24 und 25 des Entwurfs („Schuldunfähigkeit wegen seelischer Störungen" und „Verminderte Schuldfähigkeit", also § 51 des geltenden Rechts) mögen in folgender Gesetzesvorschrift zusammengefaßt werden:

„Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn der Täter zur Zeit der Tat wegen einer in ihren Ursachen für ihn nicht erkennbaren, vom Bewußtsein willentlich nicht zu beeinflussenden, körperlich oder seelisch bedingten krankhaften Störung unfähig ist, das Unerlaubte der Tat einzusehen oder nach dieser Einsicht zu handeln.

War die Fähigkeit, das Unerlaubte der Tat einzusehen oder nach dieser Einsicht zu handeln, zur Zeit der Tat aus diesem Grunde erheblich vermindert, so kann der Richter die Strafe nach freiem Ermessen mildern oder von Strafe absehen."

Begründung:

Die Dreiteilung in Bewußtseinsstörung, krankhafte Störung der Geistestätigkeit und Geistesschwäche hat sich nach Ansichten von Juristen und medizinischen Sachverständigen nicht bewährt und ist auch begrifflich unscharf. Sie wird insbesondere dem gegenwärtigen Stand der Wissenschaft über den Aufbau der Persönlichkeit nicht gerecht.

Die vorgeschlagene Neufassung versucht, in Absatz 1 einen einheitlichen Begriff zu schaffen, der wie bisher von der Unfähigkeit des Täters, das Unerlaubte der Tat einzusehen oder nach dieser Einsicht zu handeln, ausgeht. Gleichzeitig sollte erreicht werden, daß das Wesen psychischer Erkrankungen nicht mehr ausschließlich auf die Krankheitsbegriffe einer nur naturwissenschaftlich,erbbiologisch fundierten Psychiatrie gegründet wird, sondern daß die namentlich in den angelsächsischen Ländern unter dem Sammelbegriff der „behavioral sciences" zusammengefaßten Forschungen berücksichtigt werden. Dies ist insofern notwendig, als eine Rechtsprechung, die einerseits auf dem Schuld- und Sühneprinzip, andererseits auf einer Schuldunfähigkeit nur aus naturwissenschaftlichen Gründen fußt, keinerlei Raum für eine sachgerechte Beurteilung der eigentlichen psychogenen Erkrankungen und vor allem der neurotischen Kriminalität hat.

In Absatz 2 wird dem Richter in der Beurteilung der Täterpersönlichkeit mehr Spielraum als bisher gewährt und ihm die Möglichkeit gegeben, gleichzeitig mit der Feststellung einer strafbaren Handlung die Strafe qualitativ weitgehend zu modifizieren.

3. Das Problem der Abtreibungsindikationen bedarf insgesamt der nochmaligen Prüfung. In jedem Fall ist die Unterbrechung einer durch Notzucht aufgezwungenen Schwangerschaft aus den im allgemeinen Teil hinreichend dargelegten menschlichen, sittlichen und verfassungsrechtlichen Gründen zuzulassen und gesetzlich zu regeln.

Als zusammenfassende Lösung der Frage der Abtreibungsindikationen schlagen wir vor, dem Absatz (1) des neuen § 157 („ärztliche Unterbrechung der Schwangerschaft") folgende Form zu geben:

„Die Abtötung einer Leibesfrucht durch einen Arzt ist nicht strafbar, wenn die Frucht aus einer Notzucht (§§ 204—208) herrührt oder wenn nach den Erkenntnissen und Erfahrungen der Heilkunde nur durch eine Fruchttötung die Gefahr von ärztlich nicht zu verantwortenden Gesundheitsschäden von Mutter oder Kind abzuwenden ist."

4. Der neue § 176 („Beleidigung von Persönlichkeiten des politischen Lebens") sowie die in den Reformentwurf aufgenommene neue Bestimmung gegen Indiskretionen (§ 182) ist zu streichen. Diese Gesetze bieten bei entsprechender Auslegung zu viele Möglichkeiten, die öffentliche Information und Kritik zu beschneiden und die Arbeit der Presse zu behindern, als daß sie mit dem Grundsatz zu vereinbaren wären. Sie sind außerdem überflüssig, da die Strafdrohungen gegen „üble Nachrede", „Verleumdung" und „Kundgabe von Mißachtung" sowie nicht zuletzt die Schadenersatzbestimmungen des Zivilrechts genügend Schutz gegen Indiskretionen und soziale Schädigungen bieten. Ein Sonder-Ehrenschutz für Politiker verstößt außerdem gegen den Verfassungsgrundsatz der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz.

5. Besonders fragwürdig sind die neuen §§ 187 und 188 „Gotteslästerung" und „Beschimpfung einer Religionsgesellschaft" (§ 166 alt).

Die beiden Bestimmungen gehen an den tatsächlichen weltanschaulichen Gegebenheiten, an der Vielfalt der Glaubensvorstellungen und Überzeugungen und an dem Faktum, daß die Bundesrepublik ein säkularisierter Staat ist, vorbei. Weder geht es an, in unserer pluralistischen Gesellschaft allein die mit dem Begriff „Gott" verbundenen religiösen Höchstwert-Gefühle zu schützen, noch gibt es heute in unserem Lande ein „allgemeines" religiöses Empfinden, noch ist es rechtmäßig, als alleinigen Maßstab für den Tatbestand der „Beschimpfung einer Religionsgesellschaft" das Empfinden der Betroffenen einzuführen.

Sollte sich der Gesetzgeber nicht zu der von prominenten Vertretern der christlichen Kirchen vorgeschlagenen vollständigen Streichung der für diese Vergehen angedrohten Strafen entschließen können, empfiehlt die Humanistische Union, die sich als unparteiische Vertreterin aller Glaubensrichtungen in unserem Lande betrachtet, die beiden §§ 187 und 188 in folgender Weise zusammenzufassen:

„(1) Wer öffentlich in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften eine im Inland bestehende Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsvereinigung, ihre Glaubensvorstellungen oder Überzeugungen, ihre Einrichtungen oder ihre Gebräuche in beleidigender Absicht beschimpft, wird mit Strafhaft oder Geldstrafe bestraft.

(2) Werke der Kunst fallen nicht unter diese Bestimmung."

6. Aus den Bereichen „Straftaten gegen die Ehe" und „Straftaten gegen die Sittlichkeit" (§§ 192—231 neu, insbesondere §§ 193, 203 mit § 5 Abs. 1 Ziff. 13, 216 und 217, 218, 220 a, 223) sind, wie sich aus den oben unter I bis V dargelegten Prinzipien ergibt und wie es der Praxis fortschrittlicher Kulturstaaten entspricht, alle sexuellen Handlungen auszuschließen, die

a) keine Gewaltanwendung oder Nötigung,

b) keine Schädigung Minderjähriger bedeuten und

c) nicht in der Öffentlichkeit ausgeführt werden.

Bestimmungen, die darüber hinausgehen, führen zu einer willkürlichen Auswahl weniger Verfolgungsfälle und dienen vorzugsweise den Interessen von Erpressern. Strafandrohungen schrecken weiter wahrscheinlich auch davon ab, psychiatrische oder andere ärztliche Hilfe für sexuelle Probleme, zu suchen. Davon abgesehen sind Verurteilung und Freiheitsentzug einer Heilung von psychischen Erkrankungen eher im Wege als förderlich. Letztlich geht es, solange ein Mensch andere nicht schädigt, um die fundamentale Frage des jedermann gebührenden Schutzes gegen staatliche Einmischung in seine Intimsphäre.

7. Der neue § 220 „Unzüchtige Schriften und Sachen", falls er beibehalten wird, müßte laut Artikel 5, Abs. 3 des Grundgesetzes den Zusatz erhalten:

„(2) Werke der Kunst fallen nicht unter diese Bestimmung."

8. Die vorgesehene Vorschrift des § 452 „Störung der Strafrechtspflege" (E 1962) ist in dieser Form ausgesprochen pressefeindlich. Über schwebende Strafverfahren könnte nach Inkrafttreten einer solchen Strafbestimmung praktisch nicht mehr berichtet werden. Die Humanistische Union schlägt deshalb folgende Umformulierung vor:

„Wer öffentlich während eines Strafverfahrens vor dem Urteil des ersten Rechtszuges in Druckschriften, in einer Versammlung oder in Darstellungen des Ton- oder Fernseh-Rundfunks oder des Films den künftigen Ausgang des Verfahrens oder den Wert eines Beweismittels in einer Weise zu beeinflussen sucht, die die Unparteilichkeit der Rechtsprechung gefährdet, wird mit Strafhaft oder mit Geldstrafe bestraft."

9. Verstöße gegen das Grundgesetz, soweit sie Grundrechte betreffen und wissentlich geschehen, sollten in Zukunft strafrechtlich geahndet werden. Die Humanistische Union hält es für untragbar und gefährlich, daß ausgerechnet diese fundamentalen, unsere gesellschaftliche Ordnung tragenden Rechtsgüter bisher weder strafrechtlich noch zivilrechtlich noch disziplinarrechtlich eigenen Schutz genießen.

10. Gemäß Artikel 26 des Grundgesetzes ist eine Strafbestimmung gegen die Vorbereitung eines Angriffskrieges zu fordern. Der Entwurf der Bundesregierung sieht erstaunlicherweise keine derartige Vorschrift vor. (§ 388 E „Landesverräterische Friedensgefährdung" vermag eine solche keinesfalls zu ersetzen.) Entsprechend den Genfer Konventionen von 1949 bedarf es außerdem der Einführung von Strafvorschriften zur Wahrung der Menschenwürde bei bewaffneten Konflikten. Die allgemeinen Strafvorschriften reichen zur Gewährung des darin vorgesehenen Schutzes nicht aus.

München, im November 1963

Fritz Bauer, Otto Bickel, Jürgen Böddrich, Kurt Desch, Axel Eggebrecht, Erwin Fischer, Ossip K. Flechtheim, Diether Gehrmann, Rudolf Genschel, Egon C. Hau, Günther Heipp, Gerhard Hettinger, Gerd Hirschauer, Egon Höhnke, René Hunold, Walter Jacobsen, Herbert Jäger, René König, Hans Kilian, Christel Küpper, Johannes Loschke, Golo Mann, Alexander Mitscherlich, Walter Seitz, Gerhard Szczesny, Hans Schaefer, Paul Schallück, Karl Schlechta, Wolfgang Schmidt, Wilhelm Weischedel, Wolfgang Wipprecht, John van Nes Ziegler, Lothar F. Zotz.

Bundesamt für Verfassungsschutz 1964: 18,8 Millionen DM

„Die Welt" berichtete am 28. November über die Aufschlüsselung des Bundeshaushalts für 1964 u. a.:

Insgesamt 810 Millionen DM werden im nächsten Jahr nach dem Entwurf des Bundeshaushalts für die Zivilverteidigung zur Verfügung stehen. Davon entfallen 22 Millionen DM auf die Beschaffung von Vorräten an Arzneien, Verbandstoffen und ärztlichem Gerät. 5,7 Millionen DM sind für die Aufstellung von Selbstschutzzügen des zivilen Bevölkerungsschutzes vorgesehen.

Für die ersten vier von insgesamt 24 Hubschraubern für den Bevölkerungsschutz sind im Etat 1,8 Millionen eingeplant. Für die Anschaffung von Luftschutzsirenen können 1964 rund 41 Millionen DM ausgegeben werden. 40 Millionen DM sind für die Wiederinstandsetzung von Luftschutzbunkern und -stollen aus dem Zweiten Weltkrieg vorgesehen ...

Bundesamt für Verfassungsschutz — Insgesamt sind für das Amt 18,8 Millionen DM vorgesehen, davon entfallen allein 5,7 Millionen DM, das sind 200 000 DM mehr als im Jahre 1963, auf die speziellen Überwachungsaufgaben der Behörde. Ferner wurden für 1964 zusätzlich 56 Planstellen für Beamte angefordert, so daß sich die Gesamtzahl der in dem Kölner Amt beschäftigten Beamten auf 442 erhöhen wird. 17 000 DM soll ein Durchleuchtungsgerät für Postsendungen kosten, das eine Öffnung von Briefen unnötig macht.

Bundesnachrichtendienst — Der Etat der früheren Organisation Gehlen soll im nächsten Jahr um rund fünf Millionen DM auf insgesamt 63 Millionen DM steigen.

Militärischer Abschirmdienst — Als einziger der drei Geheimdienste in der Bundesrepublik wird diese Organisation weniger Geld als in diesem Jahr erhalten. Der Etat des Abschirmdienstes beträgt im kommenden Jahr nur noch 1,16 Millionen DM, das sind 104 000 DM weniger als 1963.

Nachwuchswerbung der Bundeswehr — Insgesamt acht Millionen DM, den gleichen Betrag wie 1963, will das Bundesverteidigungsministerium im kommenden Jahr für die Nachwuchswerbung ausgeben. Allein vier Millionen DM sollen für Anzeigen und Beilagen in Druckschriften verwendet werden ...

Bundesjugendplan — Nur noch 57,7 Millionen DM statt 61,5 Millionen DM im Jahr 1963 sind im Haushaltsplan für dieses Vorhaben angesetzt ...

Otto Brenner warnt vor Notstandsgesetz

Der erste Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, nahm vor der fünften Bundes-Betriebsräte- und Vertrauensleute-Konferenz seiner Gewerkschaft zu der jüngsten innenpolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik Stellung. Nach einem Bericht der „Welt der Arbeit" vom 1. November 1963 sagte er u. a.:

Besonders bedenklich sei, daß man sich mit den Ansichten der Gewerkschaften und den Warnungen anderer demokratischer Kräfte oftmals gar nicht mehr sachlich auseinandersetzt. Man bemühe sich, sie zu entstellen und in Verruf zu bringen, ohne sie geprüft oder gar widerlegt zu haben. „Kritik an sich wird schon als Zumutung empfunden. Wer nicht mit allem einverstanden ist, was offiziell gepredigt wird, der soll kein guter Demokrat mehr sein. Das ist nicht nur ein gefährliches Zeichen, es ist geradezu eine Verdrehung all dessen, was wir unter Demokratie verstehen."

Die Gewerkschaften ließen sich vom demokratischen Eifer derer, die so ängstlich über eine untadelige Haltung von Fernsehen, Rundfunk und Presse wachen, leichter überzeugen, wenn ihre Argumente nicht so eindeutig darauf zielten, die Kritiker mundtot zu machen, statt die Übelstände, die kritisiert werden, zu beseitigen.

Seit zwei Jahren biete sich der Öffentlichkeit ein erschreckendes Bild, was die amtlichen Hüter der Demokratie unter Wahrung der Grundrechte und der Verfassung verstehen. Die Behandlung der Spiegel-Affäre lasse erkennen, mit welcher Leichtfertigkeit seinerzeit die ganze Aktion vom Zaun gebrochen wurde. Und in der Telefonabhör-Affäre versuche der Bundesinnenminister — ähnlich wie sein ehemaliger Ministerkollege Strauß — die Verantwortung auf untergeordnete Stellen abzuschieben.

„Ich glaube", betonte der Vorsitzende der IG Metall, „die Entwicklung des letzten Jahres hat deutlich gezeigt, wie berechtigt die gewerkschaftlichen Warnungen waren,

daß jede zusätzliche Notstandsgesetzgebung nur dazu führen würde, unsere demokratische Rechtsordnung auszuhöhlen und zu schwächen."

„Wir brauchen zur Sicherung unserer Demokratie keine neuen Gesetze! Wir brauchen einzig und allein die Gewähr, daß die vorhandenen Gesetze und besonders die in der Verfassung verankerten Grundrechte von allen geachtet werden, ganz besonders aber von der Bundesregierung, den Staatsorganen selbst."

Doch Krupp-Krise?

In den „Basler Nachrichten" vom 13. November 1963 nahm der Londoner Wirtschaftskorrespondent des schweizerischen Blattes, Rudolf Hahn, zu den Gerüchten über Liquiditätsschwierigkeiten der Firma Krupp Stellung. In seinem Bericht heißt es u. a.:

Die heftige Reaktion der deutschen Presse auf jüngste Krupp-Berichte einiger britischer Sonntagszeitungen wird in der Londoner City mit großer Verwunderung vermerkt. Gerüchte über Liquiditätsschwierigkeiten des Ruhrkonzerns zirkulierten in Frankfurt schon im Spätsommer. Daß sie von deutschen Zeitungen einfach ignoriert und totgeschwiegen worden waren, zeugt von Vernachlässigung der journalistischen Aufgabe und einem bedauernswerten Mangel an Mut. Wären sie nicht schließlich vom „Sunday Telegraph" und von der „Sunday Times", zwei durchaus seriösen und beileibe nicht zur kleinen Clique ausgesprochen deutschfeindlicher Blätter gehörenden Organen, aufgegriffen worden, dann läge heute noch immer nicht das zur Klärung der Situation seit langem überfällige Dementi aus Essen und von Bankier Abs vor.

Gewiß gelten die Borgward-, Schlieker- und Stinnes-Affären hier keineswegs als symptomatisch für Stabilität und Stehvermögen deutscher Großunternehmen. Aber natürlich haben sie auch in London eine gewisse Nervosität und Unsicherheit in der Beurteilung der deutschen Lage geschaffen, sind doch die finanziellen Beziehungen der City zur deutschen Industrie recht eng. Mit dem Hinweis auf die in Düsseldorf und Frankfurt seit Monaten herumgebotenen Krupp-Gerüchte haben die beiden Londoner Sonntagszeitungen darüber hinaus ein breites Publikum nachhaltig auf die einzigartige Tatsache aufmerksam gemacht, daß ein für die deutsche Wirtschaft und damit für die wirtschaftliche und politische Stabilität Westeuropas höchst bedeutsames Unternehmeneffektiv, der größte schwerindustrielle Komplex Europas — das private Eigentum eines einzigen Mannes ist, der nie Rechnung ablegt ... Wie die deutschen Börsen zur Genüge verdeutlichen, haben die Dementis aus Essen und von Bankier Abs die ausländischen Aktienkäufer bisher wenig beeindruckt und jedenfalls noch kaum bewirkt, daß man das Vertrauen zurückgewinnt und wieder anschafft.

Die Interparlamentarische Union befürwortet kernwaffenfreie und rüstungsbegrenzte Zonen

Vom 12. bis 20. September 1963 hielt die Interparlamentarische Union (IPU) in Anwesenheit von 440 Abgeordneten aus 58 Mitgliedstaaten in Belgrad ihre Jahreskonferenz ab und beschloß — neben anderen Dokumenten — die folgende Resolution:

Die 52. Interparlamentarische Konferenz,

— in Anbetracht der Notwendigkeit, zusammen mit der Ausarbeitung eines Vertrages zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung dringend entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um die Spannungen in den Beziehungen zwischen den Staaten zu vermindern und den Frieden in der Welt durch allgemeine und vollständige Abrüstung — das vordringlichste Ziel der Menschheit — zu erreichen,

— in der Erwägung, daß unter diesen Maßnahmen ein Vertrag über das Verbot aller Kernwaffenversuche und Vereinbarungen über die Errichtung atomwaffenfreier Zonen nach den Erfordernissen der internationalen Lage und mit Zustimmung der betreffenden Staaten eine besonders wichtige Rolle spielen könnten,

berücksichtigt die Tatsache, daß eine Reihe von Staaten Pläne zur Schaffung kernwaffenfreier Zonen in verschiedenen Teilen der Welt — in Mitteleuropa, auf dem Balkan, im Mittelmeerraum, in Nordeuropa, dem Pazifik, dem Nahen Osten, in Lateinamerika und anderen Regionen — unterbreitet haben und daß diese Anregungen in einigen Staa-

Die aktuelle Neuerscheinung:

Harold Rasch

Die Bundesrepublik und Osteuropa

Grundfragen einer künftigen deutschen Ostpolitik

148 Seiten, Paperback, Glanzumschlag,
7,80 DM

„Es empfiehlt sich, das Buch zu lesen. Man kann seine Ansichten ablehnen. Aber um das Nachdenken wird man nicht herumkommen. Was kann man Besseres über ein Buch sagen, als daß es den Leser aus dem Schlaf des Normalen herausreißt?"

Dr. Joachim Besser im „Kölner Stadt-Anzeiger"

PAHL-RUGENSTEIN-VERLAG KÖLN

ten günstig aufgenommen wurden, wie die von der Vollversammlung der Vereinten Nationen im Jahre 1961 verabschiedete Resolution über die Denuklearisierung Afrikas und die Unterstützung für den Plan eines kernwaffenfreien Lateinamerikas auf der 17. Sitzung der Vollversammlung zeigen;

berücksichtigt ferner, daß der Gedanke einer Denuklearisierung seinen konkreten Ausdruck schon in der im Jahre 1959 geschlossenen Konvention über die Antarktis gefunden hat;

erinnert an die auf den Konferenzen der Interparlamentarischen Union von Warschau und Brasilia angenommenen Resolutionen, in denen die Errichtung kernwaffenfreier Zonen als weitere Garantie für kollektive Sicherheit unterstützt wurde;

stellt fest, daß die weitverbreitete Zustimmung zu den Plänen für kernwaffenfreie Zonen sich günstig auf die Ausarbeitung der allgemeinen Bedingungen zu ihrer Errichtung auswirken könnte;

ist der Überzeugung, daß die Bemühungen um die Schaffung kontrollierter kernwaffenfreier und rüstungsbegrenzter Zonen in verschiedenen Teilen der Welt, sofern diese auf der Grundlage freiwilliger Vereinbarungen zwischen den Parteien eines bestimmten Gebietes zustande kommen und das militärische Gleichgewicht nicht verändern, der Sache des Friedens dienen und ein Schritt vorwärts in Richtung auf die Verwirklichung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung sein würden;

begrüßt die Unterzeichnung des Moskauer Vertrages über ein partielles Versuchsverbot *);

ruft nachdrücklich alle Beteiligten auf, ihre Anstrengungen in der 18-Mächte-Abrüstungskonferenz und anderen Gremien zu verstärken, um baldige Absprachen über weitere Vereinbarungen zur Minderung der Spannungen zu erreichen und das internationale Vertrauen zu stärken;

fordert die Verwirklichung des in der Präambel des Moskauer Teststop-Vertrages formulierten „Hauptziels", so „schnell wie möglich ein Abkommen über eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter strikter internationaler Kontrolle im Einklang mit den Zielsetzungen der Vereinten Nationen zu erreichen, das dem Wettrüsten ein Ende setzen und den Anzreiz zur Produktion und zur Erprobung aller Arten von Waffen, einschließlich von Kernwaffen, beseitigen würde".

---

*) Eine weitere Entschließung der Konferenz fordert „die wenigen Staaten, die das Abkommen noch nicht unterzeichnet haben auf, die nötigen Schritte zu unternehmen" und empfiehlt die Ausarbeitung von Vorschlägen, „einschließlich geeigneter Nichtangriffspakte" gemäß dem Wortlaut des Kommuniques der drei Atommächte von 25. Juli 1963.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Joh. L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 2,50, zuzügl. DM —,20 Porto, bzw. Postzustellgebühr.

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.

Bemerkungen:

Da für das Dezember-Heft besonders viele aktuelle politische Hauptaufsätze zu berücksichtigen waren, müssen die Spalten „Berichte und Kommentare" und „Aus der Wirtschaft" diesmal ausnahmsweise wegfallen.

Der Europa-Verlag, Zürich, bereitet eine von Prof. Golo Mann eingeleitete Neuauflage des seinerzeit weltberühmt gewordenen Werkes von Dr. Hermann Rauschning über den Nationalsozialismus „Die Revolution des Nihilismus. Kulisse und Wirklichkeit im Dritten Reich" vor.

Vorgesehen sind u. a.

Dr. Wolfgang K. H. Fischer:
Zur Strafrechtsform

Prof. Seymour Melman, New York:
Abrüstung und Wirtschaft

Prof. Dr. Harold Rasch:
Zum Thema „Heimatrecht"

In den letzten Heften u. a.

Prof. D. Helmut Gollwitzer:
Christliche Existenz in der DDR (8/63)

Dr. Hermann Rauschning:
Zur Kriegsschuldfrage 1939 (9/63)

Dr. Eugen Koller:
Die Not unserer Schulen (I) (11/63)

Es schrieben bisher u. a.:

Prof. Dr. Wolfg. Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Wolfgang Baranowsky
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1*)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Lucie Beyer, MdB, III/5*)
Carl Bloice, San Francisco
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Kanonikus John Collins
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Ulrich W. Döring
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1*)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann, MdB
Vera Elyashiv, Tel Aviv
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel, Frankfurt
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5*)
Dr. Hans Henrich, III/12*)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromádka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones, London
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Kogon
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Horst Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi, Rom
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Pfr. Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust, Montreal
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Enrico Marussig, Rom
Dr. Lily E. Marx, Rom
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. h. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Seymour Melman, New York
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, III/2*)
Herbert Mochalski
Hans Nätscher, V/1*)
Peter Nellen, Mdb, III/1*)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Niekiewicz, Warschau
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. László Márton von Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen, Kopenhagen
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Prof. L. A. Puntila, Helsinki
Außenminister Dr. Adam Rapacki, Warschau
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Rudolf Rolfs
Oreste Rosenfeld, Paris
Earl Bertrand Russell, O. M., F. R. S.
E. S. Sachs
Paul Schallück
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara, Tokio
William L. Shirer, New York
Julius Silverman, M. P.
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Bertil Svahnström
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvik, Bergen (Norwegen)
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg, New York
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. med. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Max Winiger, Zürich
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Abdelkader Zouari
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.